



Landtag von Baden-Württemberg

139. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Freitag, 8. Januar 2021 • Haus des Landtags

Beginn: 10:04 Uhr

Schluss: 14:02 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin	8649	Beschluss	8684
Eintritt der Abg. Christine Lipp-Wahl.	8649	Abg. Udo Stein AfD (zur Abstimmung)	8684
Anmerkungen zu den Ereignissen in Washington	8649	Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) (zur Abstimmung)	8685
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) (zur Geschäftsordnung)	8649	Abg. Dr. Christina Baum AfD (persönliche Erklärung)	8686
1. Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten im Nachgang der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder zur Corona-Pandemie am 5. Januar 2021		2. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – Gesetz zur Durchführung von Hausunterricht mit Jahresabschlussprüfungen und Schulabschlussprüfungen (Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg, des Gesetzes über das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung) – Drucksache 16/9543	
und Aussprache	8650	Abg. Dr. Rainer Balzer AfD	8687, 8690
Ministerpräsident Winfried Kretschmann	8650, 8677	Abg. Andrea Bogner-Unden GRÜNE	8687
Abg. Bernd Gögel AfD	8655, 8682	Abg. Dr. Alexander Becker CDU	8688
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	8659	Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD	8688
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU	8662	Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	8689
Abg. Andreas Stoch SPD	8666	Ministerin Dr. Susanne Eisenmann	8690
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	8670	Beschluss	8690
Abg. Harald Pfeiffer (fraktionslos)	8673	Nächste Sitzung	8690
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	8674		
Minister Manfred Lucha	8674		
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) (persönliche Erklärung)	8683		

Protokoll

über die 139. Sitzung vom 8. Januar 2021

Beginn: 10:04 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 139. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Frau Abg. Boser, Herr Abg. Dörflinger, Herr Abg. Dr. Gedeon, Herr Abg. Halder, Herr Abg. Lede Abal, Herr Abg. Renkonen, Frau Abg. Schwarz und Frau Abg. Wehinger.

Außerdem hat sich Herr Minister Hauk entschuldigt.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass wir heute eine neue Kollegin in unserer Mitte begrüßen dürfen. Die Landeswahlleiterin hat mit Schreiben vom 29. Dezember 2020 mitgeteilt, dass Frau Christine Lipp-Wahl mit Wirkung vom 1. Januar 2021 die rechtliche Stellung einer Abgeordneten des 16. Landtags von Baden-Württemberg erworben und somit die Nachfolge von Herrn Alexander Maier angetreten hat.

Sehr geehrte, liebe Frau Lipp-Wahl, im Namen des ganzen Hauses heiße ich Sie als frischgebackene Abgeordnete hier herzlich willkommen und wünsche Ihnen alles Gute und viel Erfolg bei der Ausübung Ihres Mandats.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich einige Anmerkungen zu den Ereignissen im Kapitol in Washington machen: Diese erschütternden Vorkommnisse und Bilder haben mich – ich bin mir sicher: uns alle – zutiefst bewegt und fassungslos gemacht.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Diese Propaganda wieder!)

Zum Kernbereich einer funktionierenden Demokratie gehört, dass die politisch Verantwortlichen demokratische Institutionen respektieren

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das war doch Ihre Antifa-Gruppe, die da angetreten ist! Das waren doch Ihre Hilfstruppen!)

und ein amtlich festgestelltes Wahlergebnis akzeptieren.

(Zuruf)

– Herr Abg. Dr. Fiechtner, der Anstand gebietet es, dass Sie jetzt zuhören. Wenn Sie weiterhin so massiv stören, muss ich Sie schon jetzt verwarnen, damit ich Sie dann aus der Sitzung ausschließen kann.

(Zurufe)

Zum Kernbereich einer funktionierenden Demokratie gehört, dass die politisch Verantwortlichen demokratische Institutionen respektieren und ein amtlich festgestelltes Wahlergebnis akzeptieren.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das sagt die Richtige!)

Wir Politikerinnen und Politiker in den Parlamenten und Regierungen stehen dabei besonders in der Verantwortung. Die Ereignisse in den USA haben gezeigt, wie gefährlich und demokratiezersetzend es ist, wenn Verantwortliche dieser Verantwortung nicht gerecht werden und die Grundregeln der Demokratie mit Füßen getreten werden.

(Zuruf: War das in der Türkei auch so?)

Die Ereignisse in den USA haben auch gezeigt, dass die Existenz unserer Demokratie

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

keine Selbstverständlichkeit ist. Wir Demokratinnen und Demokraten müssen permanent für sie eintreten, sie verteidigen und den Bürgerinnen und Bürgern dabei Vorbild sein.

(Beifall)

Es gehört zum Wesen der Demokratie, dass man sich mit dem politischen Gegner argumentativ – in der Sache durchaus auch hart – auseinandersetzt. Diese Auseinandersetzung darf jedoch nie die Schwelle zum Hass überschreiten.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Der politische Gegner darf niemals zum Feind werden. Erst recht gilt: Gewalt und die Akzeptanz von Gewalt dürfen in der Auseinandersetzung unter Demokratinnen und Demokraten keinen Platz haben. In diesem Sinn müssen wir uns unserer Verantwortung jederzeit bewusst sein, sowohl hier im Parlament als auch bei allen anderen politischen Debatten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Wir treten nun in die Tagesordnung ein. – Zur Geschäftsordnung, Herr Abg. Dr. Fiechtner, bitte.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsident, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Die Ansprache von Frau Aras zwingt geradezu dazu, einen Geschäftsordnungsantrag nach § 84 der Geschäftsordnung des Landtags von Ba-

(Dr. Heinrich Fiechtner)

den-Württemberg zu stellen, nämlich eine Resolution zu beantragen:

Der Landtag möge beschließen, dass man sich ausdrücklich von allen Aktivitäten der Antifa – sei es in Deutschland, sei es in den USA – distanziert

(Beifall)

und diese Vereinigung oder diese Zusammenrottung von Menschen als terroristische Bande verurteilt und jegliche Kontakte zu dieser terroristischen Bande

(Zuruf: Wer ist denn die Antifa?)

ausdrücklich ablehnt. – Ja, wer ist die Antifa?

(Zurufe)

Der, der sich – –

(Lachen)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner – –

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Das wissen Sie ja am allerbesten.

(Zurufe – Unruhe)

Sie hocken ja mit diesen Verbrechern zusammen. Das sind ja Ihre Hilfstruppen.

(Vereinzelt Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner – – Herr Abg. Dr. Fiechtner, ich darf Sie kurz unterbrechen. Einen Moment, bitte. – Ihr Antrag zielt darauf ab, die Tagesordnung zu erweitern, indem der Landtag eine Resolution – –

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ich bin mit der Begründung noch nicht fertig.

Präsidentin Muhterem Aras: Nein, Moment! Sie kommen gar nicht zur Begründung, weil Sie als Einzelabgeordneter keine Erweiterung der Tagesordnung beantragen können. Damit bitte ich Sie, wieder Platz zu nehmen.

(Beifall)

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten im Nachgang der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder zur Coronapandemie am 5. Januar 2021

und Aussprache

Ich erteile Herrn Ministerpräsident Kretschmann das Wort.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst ein paar Worte zu den Ausschreitungen sagen, die sich gerade in den Vereinigten Staaten zugetragen haben.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Kein Corona?)

Die Bilder, die wir vorgestern gesehen haben, haben uns aufgewühlt und empört. Denn die Vereinigten Staaten sind nicht irgendeine Demokratie. Sie sind nicht nur die älteste und mächtigste Demokratie der Welt;

(Zuruf)

wir haben den Amerikanern auch den Aufbau unserer Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg mit zu verdanken.

(Beifall – Zuruf: So ist es!)

In diesen Tagen zeigt sich wie unter einem Brennglas, wohin es führt, wenn man nicht auf Versöhnung setzt, sondern auf Hass, nicht auf Recht und Gesetz, sondern auf ungezügelter Macht und Gewalt,

(Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

nicht auf Vernunft und Fakten, sondern auf Paranoia und Verschwörungserzählungen. Das Ergebnis – das wissen wir nur zu gut aus der eigenen Geschichte – sind Spaltung, Chaos, Angst und Leid.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Damit kennen Sie sich bestens aus!)

Deshalb stehen wir fest an der Seite unserer amerikanischen Freunde,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Pol Pot!)

die ihre Demokratie in diesen Tagen und Stunden entschlossen ...

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, dafür bekommen Sie einen Ordnungsruf.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Warum?)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: ... gegen die Feinde der offenen Gesellschaft verteidigen.

Aber wir müssen daraus auch eine Lehre für uns selbst ziehen. Wir erkennen, dass auch die Ordnung der Freiheit nicht ein für alle Mal errungen werden kann, sondern immer wieder von Neuem begründet und erkämpft werden muss. Es gibt hier kein Ende der Geschichte. Ob die Demokratie Bestand hat oder nicht, hängt ganz entscheidend von unserer Fähigkeit ab, die Demokratie immer wieder zu erneuern, uns leidenschaftlich für sie einzusetzen – egal, in welcher Funktion – und sie, wenn nötig, entschlossen gegen ihre Feinde zu verteidigen.

(Beifall – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wir haben es im vergangenen Jahr auch bei uns gesehen, als der Reichstag, die Herzkammer unserer Demokratie, zwei Mal als Bühne missbraucht wurde,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

um unsere Demokratie anzugreifen und demokratisch gewählte Abgeordnete zu bedrängen und verächtlich zu machen.

(Zuruf: Genau!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Die Lehre daraus und die Lehre aus den Ereignissen in den Vereinigten Staaten ist: Die Brandmauer gegen rechts außen muss stehen. Dafür tragen wir als Parlamentarier eine große Verantwortung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme nun zum eigentlichen Thema der heutigen Sitzung und wünsche Ihnen allen zu Beginn noch ein gutes und vor allem auch ein gesundes neues Jahr.

Wir können, obwohl das jetzt gerade nicht so den Anschein hat, im Vertrauen darauf, dass wir mit dem Impfstart den Anfang vom Ende der Pandemie erleben, mit Zuversicht in dieses neue Jahr starten.

(Lachen des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Gleichzeitig müssen wir uns aber auch mit Realismus auf den weiteren Weg machen. Denn wir sind noch längst nicht über den Berg. Die Strecke, die jetzt gerade in den Wintermonaten vor uns liegt, ist schwierig. Sie ist wahrscheinlich die schwierigste Strecke der gesamten Pandemie.

In dieser Zeit kommt es darauf an, stark und geduldig zu bleiben, auch wenn wir alle von der Pandemie geschlaucht und genervt sind. Denn die Lage bleibt angespannt und ernst. Das medizinische und pflegerische Personal ist in vielen unserer Krankenhäuser und Heime an seiner Belastungsgrenze. Die Intensivstationen waren während der gesamten Pandemie noch nie so voll wie zum Jahreswechsel.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das stimmt doch gar nicht! – Zuruf: Das ist doch gar nicht wahr!)

Wichtige Operationen müssen aufgrund der hohen Zahl von Covid-Patienten verschoben werden.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Noch nie seit dem Beginn der Pandemie sind so viele Menschen an und mit Corona verstorben wie im letzten Monat.

(Zurufe, u. a.: Trotz Lockdown!)

Die Datenlage ist derzeit noch unklar, und die Zahlen sind noch nicht wirklich belastbar, weil während der Feiertage nur etwa halb so viel getestet wurde wie sonst und zahlreiche Infektionen verspätet gemeldet wurden.

(Abg. Anton Baron AfD: Wie viele Krankenhäuser haben Sie im letzten Jahr geschlossen?)

Gleichzeitig wissen wir, dass der Anteil der positiv getesteten Proben von rund 11 % auf zuletzt 16 % deutlich zunimmt.

Mehr Klarheit für die Infektionslage ist erst in der kommenden Woche zu erwarten. Dennoch können wir mit Sicherheit sagen, dass wir noch immer weit von unserem Ziel entfernt sind, unter die Schwelle von 50 Infektionen pro 100 000 Einwohner pro Woche zu kommen. Erst bei einer Inzidenz von etwa 50 können die Gesundheitsämter die Infektionen wieder nachverfolgen und die Infektionsketten wirksam brechen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Aus diesen Gründen haben wir am vergangenen Dienstag entschieden, den Lockdown zu verlängern.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ach nee!)

Doch wir haben uns nicht nur für eine Verlängerung entschieden, sondern auch für eine Verschärfung.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Na so was!)

Warum? Dafür gibt es zwei Gründe. Der erste Grund betrifft die Länge des „Bremswegs“. Mit einem R-Wert von 0,9 halbiert sich die Zahl der Infektionen jeden Monat.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Mit einem R-Wert von 0,7 hingegen halbiert sie sich jede Woche. Das bedeutet, zusätzliche Kontaktreduktionen haben eine sehr große Wirkung.

(Lachen der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Das haben uns die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der vorbereitenden Sitzung am Montag noch einmal sehr eindringlich vor Augen geführt.

Die Quintessenz daraus ist, nicht vorsichtig und langsam zu bremsen, sondern hart und kurz. Die Zahlen müssen herunter – je schneller, desto besser. Nur niedrige Zahlen verhindern Tod und Leid. Nur niedrige Zahlen geben der Wirtschaft wieder den notwendigen Schub.

Hinzu kommt ein zweiter Grund: die Virusmutationen, die in Großbritannien und in Südafrika festgestellt wurden.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ach, die Mutationen kommen jetzt!)

Die epidemiologischen Daten deuten darauf hin, dass diese Mutationen wahrscheinlich sehr viel ansteckender sind als das ursprüngliche Coronavirus. Es gibt zwar noch keine letztgültige Sicherheit, doch wenn wir warten würden, bis wir ganz sicher sind, wäre es für eine wirksame Gegenstrategie zu spät.

(Zuruf: Dann schließen Sie alle Schulen zu!)

Wir wissen, dass die Virusmutation aus Großbritannien inzwischen auch bei uns in Baden-Württemberg

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Nein!)

und in anderen Bundesländern angekommen ist. Deshalb empfehlen uns Wissenschaftler aus Großbritannien eindringlich, die Ausbreitung der Virusmutation jetzt wirksam zu begrenzen. Die Bilder von überfüllten Krankenhäusern und überforderten medizinischen Personal

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

aus dem Vereinigten Königreich sprechen dabei für sich selbst.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Eine Fake News nach der anderen!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Ministerpräsident, warten Sie bitte. – Herr Abg. Dr. Fiechtner, ich bitte Sie letztendlich, sich mit Ihren Zwischenrufen zurückzunehmen. Zwischenrufe sind im Parlament erlaubt – aber nicht als Dauerrufe.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wie viele Zwischenrufe sind erlaubt?)

Wenn Sie weiterhin so stören, ist das eine grobe Verletzung des Sitzungsverlaufs, und dann muss ich Sie von der Sitzung ausschließen. Das ist die letzte Warnung.

(Beifall – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Aus diesen Gründen werbe ich um Unterstützung für die folgenden Beschlüsse, die wir beim Bund-Länder-Gipfel am Dienstag gefasst haben und die am 11. Januar in Kraft treten werden:

Erstens: Die bisherigen Beschränkungen bleiben in Kraft. Die Ausgangsbeschränkungen am Tag und die Ausgangssperren bei Nacht ab 20 Uhr bleiben bestehen. Alle Geschäfte und Einrichtungen, die derzeit geschlossen sind, bleiben geschlossen.

Zweitens: Private Zusammenkünfte werden noch stärker als bisher beschränkt. Zukünftig darf man sich nur noch im Kreis des eigenen Hausstands und höchstens mit einer weiteren Person treffen, die nicht zum eigenen Haushalt gehört.

(Zuruf)

Um familiäre Härten abzumildern und insbesondere den Bedürfnissen von Familien mit kleinen Kindern oder Alleinerziehenden gerecht zu werden, werden dabei aber Kinder bis 14 Jahren in Baden-Württemberg nicht mitgezählt – Kinder aus demselben Haushalt, um dies noch einmal zu verdeutlichen.

Zudem kann sich eine Familie mit einer weiteren Familie zu einer Betreuungsgemeinschaft zusammenschließen, in der die Kinder wechselseitig betreut werden.

Drittens: Die MPK hat für extreme Hotspots mit einer Inzidenz ab 200 weitergehende lokale Maßnahmen zur Eindämmung des Virus beschlossen. Hiernach soll insbesondere der Bewegungsradius auf 15 km um den Wohnort beschränkt werden. Ziel des Beschlusses ist es, die Mobilität einzuschränken, weil wir – leider nicht nur in Baden-Württemberg – in den vergangenen Tagen und Wochen extreme Menschenansammlungen, vor allem in den Schneeregionen, beobachten mussten.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Das geht aber nicht. Deshalb werden wir mit wirkungsgleichen Maßnahmen auf lokaler Ebene solche Menschenansammlungen verhindern und den Beschluss der MPK nicht nur im Verhältnis 1 : 1, sondern strenger umsetzen, nämlich schon jetzt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist sadistisch!)

Wir werden die örtlichen Behörden anhalten, solchen Ansammlungen und Verstößen gegen das Abstandsgebot unverzüglich vor Ort entgegenzuwirken und sie mit entsprechenden Maßnahmen – wie etwa Parkplatzsperrungen oder Straßensperren an touristischen Ausflugszielen –

(Zurufe, u. a.: Festnehmen, einsperren!)

zu verhindern. Ich habe heute mit dem Sozialminister und gestern mit dem Innenminister gesprochen, um dies mit den Verantwortlichen vor Ort umzusetzen.

(Zuruf: So etwas gab es noch nicht mal bei Honecker!)

Die Menschen müssen wissen, dass wir sie wieder nach Hause schicken, wenn es beispielsweise im Schwarzwald oder auf der Schwäbischen Alb zu voll wird, und zwar unabhängig davon, ob sie aus einem Gebiet mit hoher oder mit niedriger Inzidenz kommen. Ziel ist es schließlich, Ansteckungen aufgrund von Menschenansammlungen zu verhindern.

(Vereinzelt Beifall)

Im Übrigen will ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir in Baden-Württemberg bereits jetzt landesweit Ausgangsbeschränkungen haben, die in anderen Ländern nur in Hotspots gelten. Diese Ausgangsbeschränkungen behalten wir bei. Man darf bei uns ohnehin nur aus triftigem Grund das Haus verlassen, und insbesondere am Abend soll man zu Hause bleiben. Wir gehen hier also strenger vor als andere Länder, weil wir davon überzeugt sind, dass dies notwendig ist.

Viertens: Kantinen werden geschlossen, wo immer die Arbeitsabläufe es zulassen. Die Abgabe von Speisen und Getränken zum Mitnehmen bleibt zulässig.

Fünftens: mehr Homeoffice. Dieser Punkt wird leider noch immer unterschätzt, denn während der Arbeitszeit und auf dem Weg ins Büro haben viele Menschen die meisten Kontakte. Homeoffice ist deshalb ein wirksames

(Zuruf)

und zugleich relativ „schmerzarmes“ Mittel, um die Zahl der Infektionen deutlich zu senken. Ich appelliere daher mit Nachdruck an die Arbeitgeber: Lassen Sie, wo immer möglich, Ihre Beschäftigten von zu Hause aus arbeiten.

(Beifall – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Klos zu?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein, ich lasse jetzt keine Zwischenfragen zu. Ich gehe ja nachher noch einmal ans Redepult; dann können Sie mir gern Fragen dazu stellen.

(Zuruf)

Das ist sehr wichtig. Deshalb habe ich meine Wirtschaftsministerin gebeten, Unternehmen, Verbände und Gewerkschaften zeitnah zu einem Homeoffice-Gipfel einzuladen; denn ich bin überzeugt, wir können und müssen hier noch besser werden.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Sechstens: Der Betrieb von Kitas und Schulen hat für uns höchste Priorität –

(Abg. Anton Baron AfD: Warum denn das?)

für die Bildung und das Wohlbefinden der Kinder genauso wie für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Abg. Anton Baron AfD: Zumachen!)

Trotzdem wissen wir, dass auch Kinder und Jugendliche zum Infektionsgeschehen beitragen. Die eindringliche Empfehlung der Wissenschaft war deshalb, Kitas und Schulen noch eine Weile geschlossen zu halten.

(Zuruf: Gut! Gut!)

Aus diesem Grund haben wir einstimmig beschlossen, die Maßnahmen fortzusetzen, die wir in unserem Lockdown-Beschluss vom 13. Dezember vereinbart haben.

(Zuruf: ÖPNV!)

Das bedeutet für Baden-Württemberg, dass alle weiterführenden Schulen bis Ende Januar geschlossen bleiben.

(Zuruf: Alles schließen!)

Bis dahin findet dort kein Präsenzunterricht, sondern ausschließlich Fernunterricht statt. Nur die Abschlussklassen können von diesem Grundsatz abweichen.

Auch die Kitas bleiben zunächst geschlossen,

(Zuruf: Sehr gut!)

genauso wie die Grundschulen.

(Zuruf: Sehr gut! Richtig!)

Dort lernen die Kinder mit Arbeitsmaterialien.

Allerdings müssen wir bei aller Entschlossenheit immer auch Augenmaß bewahren und berücksichtigen, dass die Jüngeren unter den Schließungen am allermeisten leiden. Gerade sie brauchen Struktur und Stabilität; gerade sie brauchen den Präsenzunterricht. Das gilt in ganz besonderer Weise für die sozial Schwächeren. Pandemie ist auch eine soziale Frage; das haben uns Kinderärzte und Kinderpsychologen noch einmal klar vor Augen geführt.

Deshalb sagen wir bei Kitas und Grundschulen nicht: „Wir schließen – und damit basta.“ Im Interesse der Kinder würden wir Kitas und Grundschulen gern bereits ab dem 18. Januar wieder öffnen. Doch garantieren können wir das heute noch nicht. Dazu brauchen wir belastbare Zahlen über die Infektionslage, die heute noch nicht vorliegen. Deshalb werden wir diese Entscheidung erst am kommenden Donnerstag treffen. Dabei gilt: Nur wenn sich die Tendenz abzeichnet, dass die Infektionszahlen fallen, können und werden wir wieder öffnen – alles andere wäre nicht verantwortbar.

Dabei sind wir uns sehr bewusst, dass die Schließungen nicht nur hart für die Kinder und Jugendlichen sind, sondern auch für die Eltern, die – wie im Frühjahr – alles gleichzeitig unter einen Hut bringen müssen.

Deshalb haben wir vereinbart, den Anspruch auf Kinderkrankengeld zum einen auf 20 Tage pro Kind und Elternteil, für Alleinerziehende 40 Tage, zu verdoppeln und diesen Anspruch zum anderen auch dann zu gewähren, wenn die Kinder wegen der Beschränkungen zu Hause betreut werden müssen und nicht krank sind. Das ist ein wichtiges Signal der Solidarität an alle Eltern.

(Beifall – Zuruf)

Lassen Sie mich abschließend noch etwas zu Wirtschaft und Kultur sagen. Ich kann sehr gut verstehen, dass viele Menschen verzweifelt sind, weil sie ihren Beruf nicht ausüben können oder um ihr Geschäft bangen. Die Entscheidungen, die wir hier ein ums andere Mal treffen, fallen uns außerordentlich schwer. Trotzdem sind die Entscheidungen notwendig, denn wenn wir die Zahlen jetzt nicht herunterdrücken, sind auch die wirtschaftlichen Schäden später noch größer.

Die weltweiten Erfahrungen mit der Pandemie zeigen glasklar: Nur niedrige Infektionszahlen helfen der Wirtschaft. Hohe Zahlen schaden ihr – und die Zahlen würden explodieren, wenn wir in der jetzigen Lage anders handeln würden.

Gleichzeitig versuchen wir, die wirtschaftlichen Schäden nach Kräften abzumildern. Deshalb erlauben wir ab Anfang kommender Woche Click and Collect für den Handel, sodass die Kunden Waren online oder telefonisch bestellen und anschließend abholen können.

(Zuruf: Das ist ja wahnsinnig großzügig! – Unruhe)

Nach dem Ende der Weihnachtszeit wird nicht mehr so viel und mit so großem Termindruck eingekauft,

(Anhaltende Unruhe)

sodass die Gefahr von unkontrollierbaren Zusammenballungen vor den Läden gesunken ist. Trotzdem trägt der Handel nun die Verantwortung dafür, die Abholung so zu organisieren, dass möglichst wenige Menschen vor den Läden aufeinandertreffen.

Außerdem arbeiten Bund und Länder mit Hochdruck an der Auszahlung der Hilfszahlungen. Die Novemberhilfen werden spätestens ab dem 10. Januar vollständig ausbezahlt. Für Dezember werden seit Jahresbeginn Abschläge bezahlt. Auch für die weiteren Überbrückungshilfen sollen zeitnah Abschlagszahlungen ermöglicht werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei alledem ist weiterhin von entscheidender Bedeutung, dass sich alle an den Geist unserer Vereinbarungen halten und nicht die Lücke suchen.

(Zuruf)

Nur gemeinsam kommen wir von den Zahlen runter. Nur wenn sich alle an unsere Beschlüsse halten, können wir die Zahlen schnell genug senken. Nur dann können wir es ermöglichen, den Lockdown so schnell wie möglich wieder zu verlassen. Dass es geht, haben wir im letzten Frühjahr eindrücklich unter Beweis gestellt.

Meine Damen und Herren, kurz nach Weihnachten konnten wir mit dem Impfen loslegen. Das gibt uns Hoffnung und Zu-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

versicht, denn die Impfungen sind entscheidend im Kampf gegen das Virus.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Körperverletzung!)

Lassen Sie mich deshalb etwas ausführlicher auf dieses Thema eingehen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Menschenverletzung! – Gegenruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Allem voran möchte ich einmal würdigen, wie schnell es gelungen ist, die ersten wirksamen Impfstoffe zu entwickeln.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das wissen wir doch gar nicht!)

Machen wir uns noch einmal klar, was für eine historisch einmalige Leistung das ist, eine Leistung, die noch vor wenigen Monaten kaum jemand für möglich gehalten hätte. Über diesen historischen Erfolg sollten wir uns auch einfach mal richtig freuen, statt immer nur das Haar in der Suppe zu suchen.

(Beifall)

Es hat sich als richtig erwiesen, dass Bund und Länder von Anfang an auf Impfstoffe und nicht auf eine Durchseuchung der Bevölkerung gesetzt haben. Die Impfungen sind unsere entscheidende Langzeitstrategie,

(Zuruf)

und mit dieser Langzeitstrategie werden wir am Ende auch erfolgreich sein.

(Zuruf)

Darüber hinaus war es auch richtig – das betont der MPK-Beschluss ausdrücklich –, bei der Beschaffung der Impfstoffe nicht national,

(Zuruf: Genau das war doch der Fehler!)

geschweige denn regional vorzugehen, sondern europäisch.

(Beifall – Zurufe)

Was wäre es denn für ein Signal gewesen, wenn wir nur an uns gedacht und den Schweden, den Griechen, den Polen oder den Spaniern den Impfstoff weggeschnappt hätten,

(Zuruf)

ganz nach dem Prinzip „Deutschland first“?

(Zuruf)

Wir sehen doch gerade, wohin das führt.

(Beifall – Zurufe)

Es hätte die Säulen des gesamten europäischen Hauses ins Wanken gebracht. Wer bei den Impfungen nicht auf eine gemeinsame europäische Beschaffung und eine solidarische europäische Verteilung setzt, dem fehlt nicht nur das Herz, son-

dern auch der Verstand. Denn er hat von unseren vitalsten Interessen hier in der Mitte von Europa keine Ahnung.

(Zuruf)

Das gilt natürlich auch für die Pandemie selbst. Diese können wir nicht erfolgreich bekämpfen, wenn das nicht auch alle um uns herum erfolgreich machen.

(Beifall)

Bedeutet das, dass man an dem Prozess der Impfstoffbeschaffung, -produktion und -verteilung nichts kritisieren darf und nichts mehr verbessern kann? Das bedeutet es natürlich nicht.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Klar ist: Der Bund muss bei der Beschaffung, Produktion und Verteilung der Impfstoffe beschleunigen. Dafür haben sich alle Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten gemeinsam eingesetzt. Deshalb ist es gut,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ein nicht kontrollierter Stoff!)

dass die Bundesregierung nun ein solches Signal gegeben hat. Denn es ist klar: Die Investitionen in die Impfungen sind nichts gegen die Kosten, die durch die Schäden und die Kompensationszahlungen anlässlich der Beschränkungen entstehen,

(Zuruf)

ganz zu schweigen von den Steuerausfällen, die auf uns zukommen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ich impfe Sie! – Gegenruf: Mit was?)

– Als Abgeordneter sollte man sich wirklich einmal überlegen, ob man zwischenrufen oder ob man pöbeln will.

(Beifall)

Wir in Baden-Württemberg tun jedenfalls alles, um die Impfungen schnellstmöglich voranzutreiben, und deshalb erwarten wir dasselbe auch vom Bund. Wir haben im Land in wenigen Wochen eine umfassende Impfinfrastruktur aus dem Boden gestampft, und wir haben seit dem Impfstart trotz Feiertagen und Wochenenden rund 50 000 Menschen in Baden-Württemberg geimpft – und das bei einem Impfstoff, der schwer zu produzieren, zu transportieren und zu lagern ist.

(Zurufe)

Unser Land meistert diese Herausforderung – unsere Verwaltung, aber auch die 25 000 Menschen, die sich freiwillig gemeldet haben, um bei unserer Impffensive mit anzupacken: Ärztinnen und Ärzte, Pflegekräfte und Helfer. Ihnen danke ich von Herzen, dass sie sich an dieser Kraftanstrengung beteiligen.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein. – Sie leisten Großartiges, und sie haben die Anerkennung von uns allen verdient.

Die Impfungen in unserem Land sind gut angelaufen. Die Hotline funktioniert. Die Anrufe werden sorgsam bearbeitet, und die Impftermine werden zügig vergeben. Zunächst können sich natürlich nur die Menschen impfen lassen, die das höchste Risiko für einen schweren Verlauf haben oder ein besonderes berufliches Risiko tragen.

(Unruhe)

Natürlich ruckelt es am Anfang bei einem Projekt dieser Größenordnung auch mal. Doch diese Startschwierigkeiten stellen wir schnellstmöglich ab.

Nächste Woche stehen auch unsere Kreisimpfzentren zum Impfen bereit. Heute sollen uns weitere 87 750 Impfdosen erreichen. Hinzu kommt der Impfstoff von Moderna, der vorgestern zugelassen wurde. Auch hier erwarten wir zeitnah eine erste Lieferung.

Ursprünglich sollte die nächste große Lieferung an die Kreisimpfzentren gehen, doch dann hätten wir ein paar Tage verloren. Deshalb lassen wir diese Lieferung nun zu unseren zentralen Impfzentren liefern und schieben die Inbetriebnahme der Kreisimpfzentren ein paar Tage nach hinten. Das zeigt: Wir wollen alles sofort verimpfen, was geliefert wird, und keinen einzigen Tag verlieren.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Körperverletzung!)

Allerdings verimpfen wir so, dass die Margen für die Zweitimpfung, die wir für erforderlich halten, in Reserve bleiben.

(Beifall – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Ministerpräsident, lassen Sie zwei Zwischenfragen zu, und zwar einmal von Herrn Abg. Dr. Schweickert und einmal von Frau Abg. Dr. Baum?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein. Ich gehe nachher nochmals ans Redepult, und dann können Sie mir gern diese Fragen stellen.

(Lachen der Abg. Dr. Christina Baum AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Dann traut er sich mehr!)

Unsere Impfkampagne ist alles in allem vorbildlich angelaufen. Wir verimpfen, was wir bekommen, und wir impfen, so schnell es geht. Tatsache ist aber: Die Impfungen werden ihre Bremswirkung auf die Ausbreitung des Virus erst in einigen Monaten entfalten.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das weiß doch keiner!)

Deswegen müssen wir weiterhin wachsam bleiben und uns an alle Vorschriften halten – aber sie auch so sehen, dass man nicht alles muss, was man darf. Nur wenn jeder Einzelne selbst überlegt, ob der Kontakt, den er jetzt macht, notwendig ist, und selbst für sich die Entscheidung trifft, können wir dieses Virus besiegen. Das geht allein mit Geboten und Verboten

nicht. Wir sind da im Prinzip vollständig darauf angewiesen, dass die Bevölkerung von sich aus mitmacht. Das tut ein überwiegender Teil der Bevölkerung. Aber wir müssen dafür werben, dass es möglichst alle machen. Denn leider ist es so, dass schon kleinere Kohorten von 10 bis 20 % dieses Virus verbreiten können.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Arglistige Täuschung!)

Bis dahin müssen wir also wachsam bleiben und zusammenhalten.

Die Landesregierung tut das Menschenmögliche, um die Impfungen so schnell wie möglich voranzutreiben. Dafür sind wir aber auch auf die Hilfe aller angewiesen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Verantwortungloses Handeln!)

Ich bitte Sie daher nochmals hier im Haus: Werben Sie mit Nachdruck für das Impfen, und rufen Sie die Bürgerinnen und Bürger dazu auf. Machen Sie den Menschen deutlich, wie viele Plagen und wie viel Elend die große Erfindung des Impfens in der Vergangenheit schon verhindert hat. Lassen Sie uns die Pandemie auf diese Weise gemeinsam besiegen. Packen wir es gemeinsam an!

Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, für die Aussprache zu der Regierungsinformation haben die Fraktionen eine Redezeit von 20 Minuten je Fraktion vereinbart.

In der Aussprache erteile ich nun nach § 83 a Absatz 3 der Geschäftsordnung das Wort für die AfD-Fraktion Herrn Fraktionsvorsitzenden Gögel.

(Zuruf: Guter Mann!)

Abg. Bernd Gögel AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich, auch im Namen meiner Fraktion, Ihnen allen hier im Hohen Haus und den Bürgern im Land ein gutes neues Jahr bei bester Gesundheit wünschen.

(Beifall – Zuruf: Danke schön!)

Leider hat das Jahr 2021 nicht mit dem gewünschten Licht am Ende des Tunnels begonnen. Von dem versprochenen Durchimpfen sind wir noch meilenweit entfernt, Herr Ministerpräsident.

(Zuruf)

Unsere Grundrechte sind nach wie vor außer Kraft, und von demokratischen Prozessen kann man in dieser Verordnungsgeisterfahrt beim besten Willen nicht sprechen.

Meine Damen und Herren, wir kommen hier zum wiederholten Mal zu einer Sondersitzung zusammen, um im Nachgang über die Beschlüsse eines nicht entscheidungsfähigen Gremiums zu debattieren.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sehr richtig!)

(Bernd Gögel)

Ich frage Sie, die Landesregierung: Wann wollen Sie endlich einen geordneten demokratischen Prozess wiederherstellen?

(Beifall – Abg. Daniel Rottmann AfD: Sehr gut!)

Unter „geordnet“ verstehen wir: Zuerst beraten die Parlamente und treffen ihre Mehrheitsentscheidungen, und im Anschluss können Sie, Herr Ministerpräsident, mit der Kanzlerin debattieren, sofern Sie noch einen Bedarf sehen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg ist ein föderales Land. Das Subsidiaritätsprinzip muss in unserem Land wieder zur Geltung gelangen.

(Beifall – Zuruf: Bravo!)

Je nach Kompetenz müssen die Entscheidungen hier in Baden-Württemberg getroffen und dann über Berlin bis nach Brüssel weitergetragen werden – und nicht umgekehrt, meine Damen und Herren.

(Beifall – Zuruf: Sehr gut!)

Das, was Sie hier machen, ist die Außerkraftsetzung unserer föderalen Prinzipien und eine Missachtung des Parlamentarismus in unserem Land, meine Damen und Herren.

(Zurufe, u. a.: Das stimmt doch nicht! – Das stimmt nicht! – Abg. Andreas Stoch SPD: Ganz viel keine Ahnung!)

Am Ende des vergangenen Jahres haben Sie mit Ihrem Heilsbringer, dem Corona-Impfstoff, den Bürgern das Licht am Ende des Tunnels und den Weg aus der Pandemie versprochen. Noch vor Weihnachten haben Sie, Herr Ministerpräsident, sehr emotional Folgendes hier im Parlament vorgetragen – Zitat –:

... die Bevölkerung wird durchgeimpft, und dann ist es herum mit dieser Pandemie.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Genau! Das hat er gesagt!)

Die Realität sieht leider anders aus.

(Zuruf: Wie?)

Im Tunnel ist es noch immer dunkel. Das, was Sie angezündet haben, ist ein kleines Teelicht neben den Gleisen in diesem Tunnel. Aber von Licht kann man dabei nicht sprechen.

Der Stand der Impfstoffverfügbarkeit ist ein Desaster, meine Damen und Herren. Für diesen Zustand trägt an allererster Stelle die Bundeskanzlerin die alleinige Verantwortung.

(Zuruf: Nein!)

Allerdings können wir Sie, Herr Ministerpräsident, und auch Sie, Herr Lucha, nicht aus Ihrer Mitverantwortung entlassen.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

Warum trägt gerade die Bundeskanzlerin die Verantwortung für dieses Versagen? Bereits im Juni des vergangenen Jahres haben Gesundheitsminister Jens Spahn und seine Kollegen

aus Frankreich, Italien und Holland über Modalitäten wie Liefermengen, Konditionen und Vertragsverhandlungen mit den Impfstoffherstellern gesprochen. Frau Merkel waren diese Verhandlungen suspekt. Sie bezeichnete sie als nationalistisch – und mit Ihren Ausführungen, Herr Ministerpräsident, pflüchten Sie ihr bei. Sie hat ihren Gesundheitsminister zurückgepfiffen; sie wollte, dass diese Verhandlungen von EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen für die gesamte EU geführt werden. Ich sage Ihnen nur: Schauen Sie sich den Zustand der Bundeswehr an, dann können Sie sich von den Fähigkeiten der Kommissionspräsidentin ein Bild machen, meine Damen und Herren.

(Beifall – Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf: Sehr gut!)

Die Demütigung von Jens Spahn war allerdings der Kanzlerin nicht genug. Sie zwang die vier Gesundheitsminister zu einem Entschuldigungsbrief an die EU-Kommissionspräsidentin.

(Zurufe)

Da sollten wir der „Bild“-Zeitung Glauben schenken, auch wenn in diesem Brief Bonn als Absender drinsteht. Das lässt mich persönlich vielleicht auch etwas daran zweifeln, aber zuzutrauen ist es ihr in jedem Fall.

Eine kaltblütige Machtdemonstration und erneute Fehlentscheidung mit weitreichenden Folgen für die eigene Bevölkerung – wie schon bei der Währungspolitik, der Energiewende und der Flüchtlingskrise, meine Damen und Herren.

(Beifall – Zuruf)

Gesundheitsminister Spahn hatte bei seinen Bemühungen um die Impfstoffbeschaffung die Daseinsvorsorge für unsere Bürger im Blick. Die Kanzlerin kennt diesen Begriff anscheinend nicht. Diese Bemühungen waren unerwünscht und nicht hilfreich, wie sie so oft in ihren Reden betont. Und warum? Weil die Bundeskanzlerin lieber die Impfstoffbeschaffung in die Brüsseler Hände legt, weil sie lieber volle Macht an das Brüsseler Zentral-EU-Obrigkeitskonstrukt übergibt statt an die Gesundheitsminister der Nationalstaaten, meine Damen und Herren – als ob Brüssel jetzt schon die Hauptstadt Deutschlands wäre.

(Zurufe, u. a.: Ja! – Absolut!)

Was war das Ergebnis? Die Daseinsvorsorge für die Bürger in unserem Land wurde missachtet. Es kam zum Scheitern der EU-sozialistischen Planwirtschaftsphilosophie. Und warum, meine Damen und Herren? Weil auf der EU-Ebene die Entscheidungsprozesse viel zu viel Zeit in Anspruch nehmen, weil es bei 27 Einzelinteressen doch niemals zu einem schnellen Ergebnis kommen kann.

Da, wo es aus ihrer Sicht um das Leben der Bürger in unserem Land geht, ist doch Brüssel die völlig falsche Entscheidungsebene, meine Damen und Herren.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Schnelligkeit, Schnelligkeit!)

Meine Damen und Herren, während andere Länder wie beispielsweise Israel oder die USA bis zum Ende des ersten Quar-

(Bernd Gögel)

tals 2021 einen Großteil ihrer Bevölkerung durchimpfen wollen

(Zuruf)

und wohl auch werden, bewegen sich die EU und vor allem Deutschland im Schnecken tempo. Wenn sie das Tempo der ersten zwei Wochen fortsetzen, werden sie im Best Case sechs Jahre und im Worst Case bis zu zehn Jahre brauchen, um tatsächlich die Impfwilligen in diesem Land geimpft zu haben.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ein Unsinn!)

– Rechnen Sie es aus.

Meine Damen und Herren, die Verantwortlichen in unserem Land, auch in unserem Bundesland, haben hier in einem gravierenden Ausmaß gegen ihren Amtseid verstoßen, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden.

Meine Damen und Herren, ein Untersuchungsausschuss in Berlin ist das Mindeste, was bei diesem Impfstoffbeschaffungsversagen der Bundesregierung, der Kanzlerin und auch der Länderchefs gefordert werden muss.

(Beifall)

Ein anderer Aspekt, der heute Morgen auch noch nicht beleuchtet wurde: Bei der gesamten Debatte um das Impfen sollten wir die Freiwilligkeit der Impfung stärker in den Fokus rücken. Die Regierung stellt diesen Aspekt zwar immer wieder heraus; wenn man sich aber Mitglieder des Ethikrats wie Herrn Professor Henn anhört, der den Impfgegnern im Falle einer Corona-Ansteckung keine Intensivbetten zur Verfügung stellen möchte, dann darf man doch berechtigt fragen: Was sollen solche Wissenschaftler in einem Ethikrat?

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Meine Damen und Herren, außer der Freiwilligkeit des Impfens stellt sich natürlich die Frage nach der Sicherheit der Impfstoffe. Es hat uns, die AfD, sehr erstaunt, dass selbst der Entwickler des Impfstoffs von BioNTech, Ugur Sahin, seiner Entwicklung nicht vertraut. Er möchte aktuell nicht, dass seine Mitarbeiter geimpft werden,

(Zurufe)

weil er Ausfälle durch Nebenwirkungen befürchtet.

(Vereinzelt Lachen und Beifall)

Das ist nicht sehr vertrauenerweckend

(Zuruf)

und verschafft den Impfskeptikern neuen Zulauf.

Meine Damen und Herren, es muss doch jedem Bürger selbst überlassen werden, ob er mit oder ohne Impfung leben möchte.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Gögel, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Abg. Bernd Gögel AfD: In der zweiten Runde.

(Vereinzelt Lachen)

Im Moment möchte ich meinen Vortrag zu Ende bringen, weil meine Redezeit läuft.

Manche Bürger empfinden eine Impfung als Eingriff in ihre körperliche Unversehrtheit.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Es ist ein Eingriff!)

Diese Meinung gilt es zu respektieren.

(Beifall)

Kein Gesetz kann und darf den freien Willen des Menschen außer Kraft setzen, meine Damen und Herren.

(Zuruf)

Es darf unter keinen Umständen zur Diskriminierung von Impfgegnern kommen. Ich zitiere hier Jean-Jacques Rousseau:

Die Freiheit des Menschen liegt nicht darin, dass er tun kann, was er will, sondern dass er nicht tun muss, was er nicht will.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Dr. Christina Baum AfD: Das ist sehr gut!)

Kommen wir zu den neuerlichen Verordnungen, die Sie heute wieder mit Ihrer Regierungsmehrheit – wobei diese aktuell gar nicht vorhanden ist, aber sie wird sich dann noch zeigen – bestätigen werden und die am kommenden Montag in Kraft treten werden.

Wir, die AfD, halten Ihre Maßnahmen nach wie vor für falsch und nicht zielführend. Jetzt gibt auch schon die Bundesregierung indirekt zu, dass ihre vorherigen Maßnahmen doch nicht treffend waren. Auch Sie, Herr Ministerpräsident, müssen doch zugeben, dass die Ansteckungsgefahr nicht, wie vor dem zweiten Lockdown vermutet wurde, hauptsächlich in den Gaststätten und im Einzelhandel besteht, sondern hauptsächlich an den Arbeitsplätzen, in privaten Haushalten und in dem viel beschworenen ÖPNV. Da erklären Sie bitte den Bürgern in unserem Land, warum man solche augenscheinlich sinnlosen Maßnahmen beschlossen hat und ihre Geltungsdauer jetzt noch verlängert.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, jetzt soll sich ein Haushalt nur noch mit einer weiteren Person treffen dürfen. Schön und gut, aber man könnte hierzu 50 Beispiele bringen, bei denen Sie sich selbst vor Lachen ausschütten würden.

Nehmen wir einmal an, ein Haushalt besteht aus fünf Personen. Wenn sich jede dieser Personen getrennt mit einer weiteren Person trifft, haben sich alle insgesamt mit weiteren fünf Personen und nicht mit einer einzigen Person getroffen. Das wäre erlaubt. Wo ist hier bitte die Logik?

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Da gibt es keine Logik!)

Ein besseres Beispiel: Ein Familienmitglied, das den Müll wegbringen möchte, trifft im Flur auf Personen aus drei weiteren Haushalten. Da es für diese Personen verboten ist, sich zu treffen, muss das Familienmitglied den Müll wahrscheinlich unterwegs abstellen und sich zurück in die Wohnung be-

(Bernd Gögel)

geben. Aber auf dem Weg von der und zur Arbeit sitzt dieser Mensch – nennen wir ihn Herr Mustermann – in einem überfüllten ÖPNV mit weiteren 40 Personen, die zu 40 anderen Haushalten gehören. Das ist gewünscht und erlaubt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wo gibt es denn einen überfüllten ÖPNV?)

– Schauen Sie sich die Praxis an. Sie fahren nicht mit der Bahn.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Weil alle mit dem Auto fahren, gell?)

Wenn sich jemand in seiner Freizeit mit Freunden treffen möchte, darf er das nur mit einer weiteren Person.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Reine Schikane!)

Meine Damen und Herren, das hat keine Logik, das ergibt keinen Sinn. Das darf kein Dauerzustand werden.

(Beifall – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Eine sadistische Schikane ist das! Purer Sadismus!)

Kommen wir zu einer weiteren aus unserer Sicht sinnlosen Coronamaßnahme. Infolge unverlässlicher Zahlen, Daten, Fakten – weder das RKI noch die Gesundheitsämter mit ihren Testzentren konnten über die Feiertage verlässliche Daten liefern – werden die Schulöffnungen weiter nach hinten verschoben. Jetzt heißt es, dass man die Kinder eventuell ab dem 18. Januar wieder in die Kitas oder in den Präsenzunterricht an den Grundschulen schicken möchte. Ob das tatsächlich geschehen wird – das hat der Herr Ministerpräsident ausgeführt –, wird am nächsten Donnerstag entschieden. Die Menschen müssen sich also eventuell wieder auf ganz kurzfristige Veränderungen einstellen. Es wird so getan, als ob das ganz einfach in den Familien zu regeln wäre.

Warum können die Kinder nicht getrennt – ein Teil an der Schule, ein Teil digital zu Hause – unterrichtet werden? Weil wir über ein, zwei Jahrzehnte die Digitalisierung in diesem Land verschlafen haben.

(Beifall)

Das stellen Sie Ihren Aussagen nicht voran. Sie haben dieses Thema über Jahrzehnte unter den Teppich gekehrt und nicht entscheidend nach vorn gebracht. Da sind andere Länder weiter.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Deutlich!)

Wir haben in Deutschland in 25 % der Schulgebäude WLAN – in 25 %! In Dänemark sind es übrigens 100 %.

(Zurufe)

Warum wurden die Bürger in unserem Land an Feiertagen weniger getestet? Weil die Testzentren und die Gesundheitsämter geschlossen hatten. Geschlossen! Die haben auch Feiertag gemacht.

(Zurufe)

Wenn Sie schon von einer Katastrophe von nationaler Tragweite sprechen, wenn Sie schon diese und jene Maßnahmen

treffen und die Bürger in ihren Rechten einschränken, wenn Sie schon unser Grundgesetz außer Kraft setzen, dann sollten Sie gefälligst dafür sorgen, dass Sie zuverlässige und valide Zahlen aus Testzentren und Gesundheitsämtern auch über die Weihnachtsfeiertage bekommen, meine Damen und Herren. Das ist ganz entscheidend.

(Beifall – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Aber darum geht es doch gar nicht!)

Meine Damen und Herren, um das Ordnungschaos perfekt zu machen, möchten Sie den Bewegungsradius weiter einschränken. Wenn in einem Stadt- oder Landkreis die Inzidenzzahl auf über 200 positiv Getestete pro 100 000 Einwohner steigt, dürfen sich die Menschen nur noch bis zu 15 km von ihrem Wohnort wegbewegen. Ich bin froh, dass im Enzkreis die Zahl jetzt wieder unter die 200 gegangen ist; deshalb kann ich heute Morgen auch hier sprechen.

Unser Ministerpräsident hat wohl schnell erkannt,

(Zuruf)

dass diese Verordnung sinnfrei und absolut schädlich für seine Wiederwahl sein könnte, und deshalb bereits angekündigt, sie nicht umsetzen zu wollen.

Meine Damen und Herren, wir, die AfD-Fraktion, haben schon zu Beginn des ersten Lockdowns Ihre Maßnahmen für falsch gehalten. Wir haben schon damals darauf hingewiesen, dass die Hotspots und die möglichen Ansteckungsgefahren woanders liegen: nicht in der Gastronomie, die die Hygienevorschriften exzellent umgesetzt hat, und nicht in der Hotellerie und auch nicht in den Friseursalons, sondern an den Industriearbeitsplätzen, in den häuslichen Bereichen und im ÖPNV. Deshalb fordern wir Sie auf: Beenden Sie diesen unsäglichen Lockdown, legen Sie endlich ein langfristiges Konzept vor, wie Sie die besonders gefährdeten Personengruppen schützen wollen, beheben Sie endlich den Personalmangel in den Krankenhäusern, hören Sie auf, darüber nachzudenken, weitere Krankenhäuser zu schließen.

(Beifall – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja, das ist entscheidend!)

Gehen Sie in die Offensive, und werben Sie um Pflegekräfte und Krankenhauskräfte. Das wären sinnvolle Maßnahmen.

(Zuruf)

Stellen Sie medizinisch zertifizierte FFP3-Masken für die vulnerablen Gruppen kostenlos zur Verfügung,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

schaffen Sie Einkaufszeiten für vulnerable Gruppen und Senioren, und informieren Sie die Bürger in unserem Land darüber,

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

wie sie sich am besten vor dem Virus schützen und ihr Immunsystem selbst am besten stärken können. Entlasten Sie den ÖPNV – den Bereich, wo so viele Menschen aufeinander

(Bernd Gögel)

dertreffen – durch zusätzliche Busse und Ruftaxis für Senioren. Als Beispiel empfehle ich Ihren Oberbürgermeister Palmer in Tübingen.

(Beifall – Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Die Bürger in unserem Land sollen aktuell auf eigene Fahrzeuge umsteigen – das sind zurzeit die sichersten Verkehrsmittel –, um sich vor Ansteckung zu schützen.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Meine Damen und Herren, insgesamt steht die AfD für Selbstbestimmung vor Fremdbestimmung. Das ist der wesentliche Aspekt.

(Beifall)

Bei Ihrer Angst- und Hysteriedebatte haben Sie jegliches Augenmaß verloren.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Absolut!)

Sie vergessen immer wieder, zu erwähnen, dass wir uns bei ernsthaften Krankheitsverläufen, gemessen an der Gesamtbevölkerung, im Promillebereich bewegen.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja, genau!)

Diesen Aspekt erwähnen Sie mit keiner Silbe.

Verschaffen Sie sich und uns endlich valide Zahlen, speziell über den aktuellen Durchseuchungsgrad der Gesamtbevölkerung. Diese Daten sind im Zusammenhang mit Impfungen und angesichts des zu erwartenden prozentualen Anteils der Impfwilligen unerlässlich, um ein voraussichtliches Ende der Pandemie zu ermitteln. Das ist das Licht am Ende des Tunnels – wenn Sie diese wissenschaftlichen Zahlen endlich auf dem Tisch haben.

Wir, die AfD-Fraktion, fordern die Bürger in unserem Land auf, Sie, die Landesregierung, weiterhin kritisch zu hinterfragen und Sie letztlich – nicht nur aufgrund Ihres neuerlichen Versagens bei der Impfstoffbeschaffung – dann am 14. März 2021 abzuwählen, meine Damen und Herren.

(Beifall – Zuruf: Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: Ich erteile das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz für die Grünen.

(Abg. Anton Baron AfD: Die Lobeshymne fängt an!)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vornweg darf ich Ihnen allen ein gutes neues Jahr wünschen, Ihnen und Ihren Familien beste Gesundheit in diesem Jahr und alles Gute.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir befinden uns weiterhin in einer sehr ernsten Lage. In dieser Hinsicht beginnt das neue Jahr dort, wo das alte geendet hat; denn die Infektionszahlen sind weiterhin sehr besorgniserregend. Herr Kollege Gögel, wenn Sie heute Morgen das „Morgenmagazin“, wenn Sie die „Tagesschau“ oder andere Nachrichten verfolgt hätten, dann

hätten Sie mitbekommen, dass das Robert Koch-Institut heute um 5:30 Uhr mit 1 188 Todesfällen einen Höchststand vermeldet hat. Das ist in hohem Maß alarmierend. Dass Sie in Kenntnis dieser Tatsache hier diese Rede halten können, das ist unverantwortlich und zeigt, dass Sie unfähig sind, verantwortungsvolle Politik zu betreiben.

(Beifall – Zurufe)

Alle Maßnahmen, die die Landesregierung verfügt hat, finden auf der Basis unserer Verfassung statt. Sie sind hier vom Landtag auf gesetzgeberischer Grundlage bestätigt worden.

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Christina Baum AfD: Bestätigt, aber nicht beraten!)

Ihre Rede, Herr Gögel, ist in hohem Maß widersprüchlich. Sie werfen der Regierung – Sie fangen bei der Kanzlerin an und hören beim Gesundheitsminister auf – vor, die Impfzentren nicht schnell genug eingerichtet zu haben. Aber in Ihrer Rede verlieren Sie kein Wort dazu, dass es sinnvoll ist, sich impfen zu lassen.

(Zurufe)

Das, was Sie hier vortragen, ist in hohem Maß widersprüchlich.

(Zurufe, u. a. Abg. Carola Wolle AfD: Haben Sie schon mal was von Meinungsfreiheit gehört?)

Es zeigt ein weiteres Mal, dass Sie unfähig sind, verantwortungsvolle Politik für die Menschen im Land zu betreiben.

(Beifall – Unruhe)

Schauen Sie sich doch mal an, was draußen im Land – –

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Schwarz, warten Sie bitte. – Meine Damen und Herren von der AfD-Fraktion, fast alle von Ihnen haben inzwischen so laute Zwischenrufe gemacht, dass Herr Abg. Schwarz nicht mit seiner Rede fortfahren konnte. Sie haben vorhin gesprochen. So, wie es bei Ihren Reden relativ ruhig zugeht, bitte ich Sie, das bei allen anderen Reden umzusetzen.

Herr Abg. Schwarz hat das Wort.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Meine Damen und Herren, wenn Sie sich heute im Land umblicken, dann stellen Sie fest, dass die Kliniken, dass die Ärztinnen und Ärzte, dass die Pflegerinnen und Pfleger jeden Tag ihr Bestes geben,

(Zuruf)

um in dieser Lage klarzukommen. Dafür danke ich allen im Gesundheitswesen Tätigen. Das ist das, was wir heute an dieser Stelle aussenden müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall – Zuruf: Sie haben Kliniken geschlossen!)

Das ist aber kein Dauerzustand. Überlastete Kliniken dürfen kein Dauerzustand sein. Deswegen müssen wir alles Notwendige tun, um das Virus einzudämmen, um Infektionsketten nachvollziehbar zu machen und um weitere Infektionen zu verhindern. Das sind dieser Tage die zentralen Aufgaben.

(Andreas Schwarz)

Deswegen bin ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, dankbar, dass Sie zusammen mit der Kanzlerin sowie Ihren Kolleginnen und Kollegen einheitliche Regelungen getroffen haben. Diese einheitlichen Regelungen für die Bundesrepublik Deutschland sind notwendig. Sie haben die richtigen Entscheidungen getroffen. Meine Fraktion unterstützt Sie dabei.

(Beifall)

Zwei Dinge sind in diesem Jahr anders als am Ende des vergangenen Jahres. Sorgen bereitet mir die Mutation des Virus. Denn wenn die Berichte aus Großbritannien stimmen, dann ist diese neue Variante in der Lage, schneller mehr Menschen anzustecken. Zudem scheint diese Mutation auch stärker Kinder und Jugendliche zu betreffen. Auch das müssen wir bei unseren Entscheidungen, bei unseren Maßnahmen mit berücksichtigen. Umso wichtiger ist es, alle unnötigen Kontakte zu vermeiden und die dafür notwendigen Regelungen zu treffen.

Zum anderen hat sich aber etwas verändert, was mir Anlass zur Hoffnung gibt: Die ersten Impfstoffe sind zugelassen. Die Landesimpfzentren haben noch im alten Jahr den Betrieb aufgenommen, und noch in diesem Monat starten die Impfzentren vor Ort. Der Zeitlauf hängt hierbei an den Lieferungen der Impfstoffe durch den Bund. Es sind ja jetzt, Herr Minister Lucha, weitere Lieferungen für Baden-Württemberg zugesagt worden. Dadurch wird die Zahl der geimpften Menschen in Baden-Württemberg sehr schnell steigen.

Wir unterstützen dabei das Vorgehen von Ihnen, Herr Minister Lucha, und Ihrem Team, das in einen nationalen, in einen europäischen Rahmen eingebettet ist. Ich finde, das ist das richtige Vorgehen. Herzlichen Dank, Herr Minister, an Sie und Ihr Team und auch an all diejenigen, die als Ehrenamtliche die Impfzentren vor Ort unterstützen. Das ist gelebte Solidarität.

(Beifall)

Deswegen kann ich auch nur appellieren: Lassen Sie sich impfen, sobald Sie an der Reihe sind. Es ist richtig, hier mit den Gruppen zu starten, die am verletzbarsten sind, und dann über das Jahr 2021 hinweg das Ziel zu erreichen, mit einem relevanten Anteil von Geimpften das Virus zu stoppen. So wird es uns gelingen, gemeinsam aus der Pandemie zu kommen.

(Beifall)

Ich möchte das Thema Impfungen mit einem weiteren Appell an uns alle verbinden: Lassen Sie uns in dieser großen Krise bei den Fakten bleiben. Es hilft niemandem, wenn sich jetzt in der Großen Koalition im Bund gegenseitig die Augen ausgestochen werden. Ich kann nicht verstehen, wieso Teile der SPD fast schon plump

(Oh-Rufe)

ein Bild des nationalen Egoismus zeichnen. Nein, auch hier gilt: Entweder kommen wir gemeinsam aus der Krise, oder wir schaffen es nicht. Wir Grünen sind klar dafür, das Virus gemeinsam zu besiegen. Deswegen ist es völlig richtig, dass die Impfstoffbeschaffung in der Europäischen Union in abgestimmter Weise erfolgt.

(Zuruf)

Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir mit dieser Strategie am Ende besser dastehen als bei nationalen Alleingängen. Denn das ist auch gelebte europäische Solidarität.

(Beifall)

Ja, lassen Sie uns bei den Fakten bleiben – das gilt auch, wenn ich auf den Dreikönigstag der FDP schaue. König Lindner, König Wissing, König Rülke: Alle drei rennen in unterschiedliche Richtungen. Der eine König trägt den aktuellen Kurs mit, weil er Landesminister im Nachbarland Rheinland-Pfalz ist. Der andere König – Herr Lindner – hält sich die Augen zu, weil er am liebsten sofort die Gastronomie wieder öffnen möchte. Herr Lindner trumpft hier auf, und wer ihn dann fragt, wie er die Pandemie bekämpfen möchte, erhält keine Antwort. So sieht es aus: Leerstelle bei der FDP und bei König Lindner.

(Vereinzelt Beifall)

Und der dritte König – Sie, Herr Kollege Rülke – sitzt wie der bessere Bundestrainer auf der Sofakante und bildet sich schnell ein Urteil darüber, was alles falsch gelaufen sei, was man alles besser machen könne. So geht das nicht, Herr Kollege Rülke.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich werde es nachher sogar sagen!)

So geht das nicht.

Die Grundlage ist doch klar – das gilt nicht nur für Baden-Württemberg, sondern auch für die anderen Länder –: Es geht jetzt darum, die Fallzahlen deutlich zu senken. Das geht nur mit konsequenten Maßnahmen. Dafür sind auch Kontakteinschränkungen notwendig. Das geht nur mit mehr und mehr Impfungen. Und es geht am besten national und europäisch abgestimmt. Deswegen laufen auch alle Ihre Vorwürfe gegen den Gesundheitsminister ins Leere.

(Beifall)

Aus dem Katalog der Maßnahmen, die der Ministerpräsident angesprochen hat, sind einige Themen hier im Land bereits heftig diskutiert worden. Das waren die Kontakteinschränkungen, das waren der Beitrag der Wirtschaft und das Thema Schulöffnungen.

Für uns Grüne, für meine Fraktion, hat die Bildung eine sehr hohe Priorität. Wir stehen dafür, wann immer es die Infektionslage zulässt, die Kindertagesstätten zu öffnen, den Schulbetrieb bestmöglich in Gang zu halten. Wir wissen um die Bedeutung, die Kitas und Schulen für Kinder und für Familien haben.

Dazu gehören ohne Zweifel die Vorteile des Präsenzbetriebs. Kinder sind dann mit anderen Kindern als Peergroup in Kontakt. Sie lernen miteinander und voneinander. Sie erhalten direkte Rückmeldungen durch die Lehrkräfte. Bildung im Präsenzbetrieb hat eine hohe Verbindlichkeit, hat einen hohen Wert.

Jedoch gibt es ein Aber – und das ist ein großes Aber –: Möglich ist das alles nur auf dem Boden der Faktenlage,

(Zuruf: Aha!)

(Andreas Schwarz)

auf der Grundlage der Bewertung des Infektionsgeschehens. Es zeichnet sich immer stärker ab, dass ein Normalbetrieb der Schulen und Kindertagesstätten eben leider zum Infektionsgeschehen beiträgt. Das gilt insbesondere für weiterführende Schulen, und das gilt auch für Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas, die ja täglich Kontakte haben. Deswegen ist es richtig und notwendig, an die Themen Schulöffnungen und Kita-Öffnungen differenziert heranzugehen.

Noch ist nicht völlig klar, wie sich das Infektionsgeschehen nach den Feiertagen und nach dem Wochenende entwickelt hat. Deswegen ist es richtig, die Schulen und Kitas zunächst insgesamt geschlossen zu halten, Fernunterricht durchzuführen und eine Notbetreuung anzubieten. Meine Fraktion trägt das mit.

Wir müssen jetzt darüber sprechen, unter welchen Bedingungen eine Öffnung der Kindertagesstätten und der Grundschulen ab übernächster Woche möglich ist. Denn es ist doch völlig klar, liebe Kolleginnen und Kollegen: Nur dann, wenn die Zahlen besser werden, sind hier Lockerungen denkbar. Für meine Fraktion ist klar: Präsenzbetrieb an den Schulen ist abhängig von der Inzidenz. Es braucht hierfür eine verlässliche Datengrundlage.

(Beifall)

Wir können schon heute aktiv werden. Was jetzt getan werden muss, ist die Vorbereitung des Schulunterrichts in den nächsten Wochen. Wir haben dazu eigene Vorschläge entwickelt. Jetzt muss der Dialog dazu gesucht werden, was die verschiedenen Szenarien für dieses Schuljahr 2020/2021 sind – mit der Schulgemeinschaft, mit allen Betroffenen.

Denn Schulen lassen sich nicht einfach an- und ausschalten wie ein Lichtschalter. Vielmehr setzen wir auf einen differenzierten Instrumentenkasten, der einen Schulbetrieb unter Pandemiebedingungen ermöglicht. Dabei geht es zum einen um verschiedene Unterrichtsformen. Gerade für ältere Jahrgänge ist Fernunterricht möglich, wenn er durch Lehrerinnen und Lehrer digital gut begleitet wird. Wir haben dazu die technische Infrastruktur, es gibt Leihgeräte. Viele Schulen haben sich technisch und auch pädagogisch darauf vorbereitet.

Eine andere Möglichkeit, Kontakte zu reduzieren, besteht darin, Klassengrößen zu reduzieren. Hybridunterricht oder wochenweiser Wechselunterricht sind hier die Stichworte. Auch das ist unter Pandemiebedingungen eine Form des Unterrichts, die gut funktionieren kann. In meinen Augen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind das wichtige Differenzierungen zwischen dem reinen Präsenzunterricht und dem Schließen der Schulen. Genau in dieser Abstufung spielt die Musik.

Dort, wo der Präsenzunterricht stattfinden muss, gehören Schutzmaßnahmen zum Instrumentenkasten: eine zeitweise Teilung der Klassen, CO₂-Ampeln, Filtergeräte in den Räumen, die sich nur schlecht belüften lassen, und selbstverständlich die Ausstattung aller Erzieherinnen und Erzieher und aller Lehrkräfte mit FFP2-Masken. Das gilt natürlich auch für die Grundschulen. Deswegen ist es eine richtige Entscheidung gewesen, Frau Ministerin, dass jetzt die Lehrkräfte an den Grundschulen FFP2-Masken erhalten.

(Beifall)

Die Instrumente sind bekannt. Daraus muss jetzt ein tragfähiges Konzept für den Rest des Schuljahrs entwickelt werden. Dazu gehört der Distanzunterricht, dazu gehört als zentrale Aufgabe die weitere verlässliche Digitalisierung der Schulen, und dazu gehören Sicherheit und Hygiene. Denn wir sind davon überzeugt: Gerade in der Zeit der Krise kommt Unterricht und Bildung ein großer Stellenwert zu. Gerade in dieser Zeit kann Bildung gelingen, wenn das klug angegangen wird. Das steht für uns Grüne ganz oben auf der politischen Agenda, damit alle Kinder auch unter Pandemiebedingungen gute Bildung erhalten.

(Beifall)

Bezüglich der Ausgestaltung der verschärften Vorschriften für private Zusammenkünfte bin ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, dankbar, dass Sie klargestellt haben, dass diese Regelungen angepasst werden. Denn – das muss man einfach einmal ganz offen sagen – zur Lebenswirklichkeit gehört eben auch, dass es unterschiedliche Familienmodelle gibt, dass es bei den Familien in Baden-Württemberg unterschiedliche Situationen gibt. Deswegen, Herr Ministerpräsident, sind die Ausnahme für Betreuungsgemeinschaften und das Nicht-Mit-zählen von Kindern unter 14 Jahren sehr wichtig. Das bildet die Lebenswirklichkeit der Menschen in Baden-Württemberg ab.

Meine Fraktion hat am Mittwoch, am Dreikönigstag, darauf gedrängt. Deswegen begrüßen wir es, dass dies jetzt in der Verordnung so umgesetzt wird. Vielen Dank.

(Beifall)

Eine andere große Frage war, wie es mit der Wirtschaft weitergeht. Die einen klopfen bang an und fragen nach weiteren Hilfen. Gastronomie, Kultur, der stationäre Einzelhandel, all diese Unternehmen sind in ihrer Tätigkeit massiv eingeschränkt. Deswegen ist für uns klar: Die Novemberhilfe, die Dezemberhilfe und jetzt die Überbrückungshilfe III müssen schnell laufen. Hier ist der Bund gefragt. Die Zahlungen müssen sehr schnell bei den Unternehmen eingehen.

Wir begrüßen es, dass Click and Collect jetzt möglich gemacht wird. Herr Ministerpräsident, Sie haben dargestellt, dass die Situation jetzt eine andere ist als Mitte Dezember. Ich bin mir sicher, dass der Einzelhandel weiß, welche Verantwortung er hat. Wir kennen viele kluge Konzepte im Einzelhandel, und ich bin mir sicher, dass sie sehr verantwortungsbewusst umgesetzt werden.

(Zuruf: Das gab es schon vor vier Wochen!)

Abholangebote sind ein Baustein, damit der Einzelhandel gut durch die Krise kommt. Wir müssen hier aber weiterdenken. Ich habe schon im Dezember hier im Plenum angedeutet: Wir brauchen für das Frühjahr einen Neustart für den stationären Einzelhandel. Wir brauchen eine Perspektive für unsere Innenstädte, gerade für die Zeit, wenn man die Pandemie in den Griff bekommen hat. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, es sind doch unsere gewachsenen Zentren, die einen immensen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten. Zu einer hohen Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden tragen der stationäre Handel, die inhabergeführten Geschäfte, die Gastronomie mit ihren Angeboten, Kinos, Büh-

(Andreas Schwarz)

nen, Kultureinrichtungen bei. Das alles macht unsere Städte lebendig.

Deswegen ist es uns wichtig, ein Angebot für den Einzelhandel, für Kunst und Kultur in den Städten zu machen. Wir werden in diesem Jahr darauf besonders den Fokus legen. Das heißt z. B., dass wir schauen, ob die Städtebauförderung, die Bund und Länder ausbringen, gezielt genutzt werden kann, um zu einer Revitalisierung der Innenstädte und Zentren beizutragen.

Wir sollten auch unsere Förderprogramme, die wir haben – angefangen bei der Stadtmodernisierung über das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum bis hin zum Ausgleichstock –, dahin gehend überprüfen, ob sie gezielt zur Förderung der Innenstädte, gezielt zur Stärkung der Zentren beitragen können. Meine Fraktion wird die Instrumente dahin gehend überprüfen, und dort, wo es notwendig ist, werden wir auch noch etwas obendrauf legen.

Wir brauchen den stationären Einzelhandel, die Gastronomie, die Einrichtungen von Kunst und Kultur, lebendige Städte und Gemeinden. Gerade das macht unser lebenswertes Baden-Württemberg aus.

(Beifall)

Neben den Hilfen für die Wirtschaft stehen auch berechnete Forderungen und Erwartungen an die Arbeitswelt im Raum. Unternehmen haben eine Verantwortung ihren Beschäftigten gegenüber, auch im Hinblick auf Arbeitsschutz und Gesundheit. Das ist in diesen Zeiten besonders wichtig.

Wir unterstützen den dringenden Appell von Ihnen, Herr Ministerpräsident, und Ihren Kolleginnen und Kollegen, dass möglichst viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ins Homeoffice gehen – immer dort, wo das möglich ist. Das Land und die Landesverwaltung sowie der nachgeordnete Bereich gehen hier schon mit gutem Beispiel voran. Auch in meiner eigenen Fraktion – mit den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – erlebe ich, dass mobiles Arbeiten gut funktionieren kann.

Es liegt ja im Interesse jedes Betriebs, Infektionen und Quarantänen und damit auch Betriebsschließungen zu vermeiden. Viele Betriebe agieren hier vorbildlich. Aber ich wundere mich dann schon, wenn ich in das eine oder andere Büro eines großen Unternehmens schaue, wie viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiterhin zur Arbeitsstätte pendeln und wie viele Büros geöffnet sind. Es gibt Bereiche, in denen Homeoffice nicht möglich ist: die Fertigung, die Bauwirtschaft, die Montage, die Pflege. Aber gerade moderne Büroarbeitsplätze bei Großunternehmen können ins Homeoffice verlagert werden.

Wir regen daher an, einen Homeoffice-Gipfel durchzuführen. Dabei sollen gemeinsam mit Verbänden und mit Unternehmen Best-Practice-Beispiele herausgearbeitet werden. Ich glaube, das bringt allen etwas. Ein solcher Homeoffice-Gipfel, der aufzeigt, wie mobiles Arbeiten von zu Hause aus möglich ist, ist ein ganz wichtiger Beitrag, um das Infektionsrisiko in unserer Wirtschaft zu reduzieren.

(Beifall – Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Jahreswechsel ist immer eine gute Zeit für gute Vorsätze. Deswegen: Lassen Sie uns in dieser Krise bei den Fakten bleiben. Wissenschaft ist mehr denn je Grundlage für das Handeln von Politik, von Parlament und Regierung. Nur so können wir das Virus im Zaum halten.

Es gibt einen Lichtblick am Ende der Marathonstrecke: Die Impfungen fangen an und werden schnell an Tempo zulegen. Gemeinsam schaffen wir es, die Pandemie zu bewältigen. Baden-Württemberg kann gestärkt aus dieser Krise hervorgehen. Deswegen wünsche ich mir, dass wir alle diese Maßnahmen mittragen – zum Wohle unseres Landes.

Bleiben Sie gesund! – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart das Wort.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst will ich Ihnen, auch im Namen meiner Fraktion, zu dem begonnenen Jahr im 5-G-Modus alles Gute wünschen: Glück, Gesundheit, Gelassenheit und Gottes Segen. Ich glaube, gerade in dieser Zeit ist es wichtig, dass wir zusammenkommen; denn auch der Jahreswechsel und das junge Jahr 2021 stehen leider weiterhin im Schatten der Pandemie.

Die Voraussagen übrigens auch der Kanzlerin wiesen auf einen langen und auch harten Winter hin. Das ist eingetreten. Schon zum vierten Mal in diesem Corona-Winterhalbjahr treffen wir uns hier im Landtag zu einer Sondersitzung, um über notwendige Beschränkungen zu debattieren.

Leider hat sich das akute Geschehen seit der letzten Debatte hier am 14. Dezember nicht substantiell verbessert. Zwar ist die landesweite Sieben-Tage-Inzidenz von 208 kurz vor Weihnachten auf zuletzt rund 110 zurückgegangen. Erstmals seit dem 5. November liegen wieder alle Stadt- und Landkreise unter 200. Aber der Trend und die Zahlen sind nach den Feiertagen – das hat der Ministerpräsident ausgeführt – schwer einzuschätzen; erst nächste Woche haben wir klarere Sicht. Auf jeden Fall sind sie noch immer zu hoch und zu weit weg von der angestrebten 50er-Marke.

Vor allem sterben noch immer viel zu viele Menschen im Zusammenhang mit Corona. An Silvester waren es 1 055 Leben, die gefordert wurden; heute haben wir einen Höchststand von knapp 1 200 Toten und 31 800 Neuinfektionen.

Schon aus Respekt, verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch vor den Toten der Pandemie war es richtig, dass wir den Jahreswechsel nicht mit Feuerwerk und Party gefeiert haben. Ich finde, wir sollten zu gegebener Zeit auch über passende Formen des Gedenkens für die Corona-Opfer nachdenken. Die Erinnerung ist eine lebendige Kraft; der Bundespräsident hat das auch angesprochen.

Wir alle wünschen uns, dass wir bald wieder zurück zur Normalität finden, wenn das Virus hoffentlich in absehbarer Zeit bezwungen ist. Doch dabei dürfen wir als Gesellschaft und als Menschheitsgemeinschaft all diejenigen nicht vergessen, die wir an diese globale Katastrophe verloren haben und lei-

(Dr. Wolfgang Reinhart)

der noch verlieren werden. Nach der Solidarität in der Gefahr sollte es auch eine Solidarität im Gedenken geben.

(Beifall)

Nach wie vor kämpfen unsere Krankenhäuser nah am Limit und unter wochenlanger Höchstlast um das Leben Tausender Schwerekranker. Die Zahl der Intensivpatienten ist auf einem Höchststand, und der Griff, mit dem uns das Virus festhält, ist noch immer unerbittlich.

Deshalb war es im Ergebnis die richtige Entscheidung der Regierungschefs von Bund und Ländern, die geltenden Beschränkungen zu verlängern und punktuell anzupassen. Die Maßnahmen wurden eben vom Regierungschef bzw. von der Regierung erläutert.

Wir, die CDU-Fraktion, tragen diese Beschlüsse mit, auch wenn uns allen solche Entscheidungen schwerfallen. Denn wir haben von der Länge des Bremswegs gehört: Mit einem R-Wert von 0,9 dauert es einen Monat, bis sich die Zahl der Neuinfektionen halbiert, mit einem R-Wert von 0,7 zieht es sich aber nur eine Woche hin. Deshalb tragen wir die Maßnahmen mit. Die Einschnitte sind nicht ohne. Sie greifen tief in den Alltag der Menschen und einmal mehr in das Wirtschaftsleben ein. Wir tragen sie aber mit, weil die Verantwortung das verlangt.

An dieser Stelle möchte ich auch all denen danken, die in der jetzigen Zeit im Gesundheitswesen aktiv sind und viel Gutes leisten. Herzlichen Dank an all diejenigen, die so gefordert sind.

(Beifall)

Natürlich halten wir es auch für richtig, manches zunächst exakt zu prüfen. Dazu gehört, wie ausgeführt wurde, z. B. die 15-km-Regel, die wir spontan hier gar nicht benötigen. Ich glaube, ohne belastbare Infektionszahlen wäre diese auch verfassungsrechtlich zunächst zu prüfen.

Unser Ziel ist es nicht, die Menschen an die Coronaleine zu legen, wie es die „Bild“-Zeitung formuliert hat. Ziel ist es, an einigen Ausflugsorten Ansammlungen und damit auch Gedränge zu vermeiden. Da hat die Regierung unsere volle Unterstützung.

(Beifall)

Wir müssen vor allem schauen, dass wir gerade bei der Einpersonenkontaktregel modifizieren. Im Grunde genommen sollten die Kinder, solange die Kindergärten geschlossen bleiben müssen, nicht zu sehr isoliert sein. Deshalb unterstützen die Regierungsfaktionen in diesem Fall auch den geänderten Antrag der Regierung, wonach Kinder bis 14 Jahre nicht mitgezählt werden und zwei Familien eine Betreuungsgemeinschaft bilden können. Wir halten das für den richtigen Weg. Darum muss es gehen.

(Beifall)

Die MPK hat nochmals die große Bedeutung der Schnelltests beim Betreten der Heime betont. Wir müssen hier zusätzliches Personal für Tests gewinnen und aktivieren. Bund und Länder haben dafür eine gemeinsame Initiative verabredet. Ich

will hier in Anwesenheit des Sozialministers für meine Fraktion schon einmal sagen: Das müssen wir dringend – dringend! – umsetzen. Hier geht es vor allem darum, dass wir gerade bei diesem Punkt sicher unterwegs sein können. Gerade die Alten- und Pflegeheime sind eine besondere Herausforderung.

Wir begrüßen auch ganz ausdrücklich, dass die Landesregierung dem Handel das Click-and-Collect-Geschäft ermöglichen will.

(Beifall – Abg. Anton Baron AfD: Das hätten wir vor Weihnachten gebraucht!)

Ich will hier deutlich sagen: Wir sind hier jederzeit dabei, über den Kommunalen Investitionsfonds zielführend zu sprechen.

(Zuruf)

Das Click-and-Collect-Geschäft bringt aber Tausende Einzelhändler zumindest in einem ersten Schritt wieder in Kontakt mit ihren Kunden. Wir wollen, dass sie zurück ins Geschäft kommen. Dazu tragen ohnehin auch die Hilfen bei der Gastronomie bei. Uns liegen die Einzelhändler am Herzen. Uns liegt der ganze Mittelstand im Land am Herzen. Deshalb wollen wir auch, dass die Überbrückungshilfen schnell, klar und zielgerichtet fließen.

(Beifall – Zurufe, u. a.: Das wurde schon im November versprochen!)

Insoweit ist es gut, wenn die Wirtschaftsministerin, die sich dazu klar geäußert hat,

(Zuruf: Sie wollen so viel! Machen Sie mal!)

auch diesen Homeoffice-Gipfel einberuft. Auch Homeoffice ist ein Weg,

(Zuruf: Die Helfer sind völlig überlastet!)

um Kontakte zu vermeiden. Alles, was hilft, werden wir unterstützen.

(Beifall – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Es ist halt so, leider bleibt es dabei: Den Kampf gegen die Pandemie können wir nur führen, indem wir in enger Taktung immer wieder lagebezogen, risikosensibel handeln und auch entscheiden. Schauen Sie einmal nach Sachsen oder Thüringen. Dort haben wir Inzidenzwerte von bis zu 500 trotz eines teilweise wochenlangen harten Lockdowns. Das hätte kein noch so ausgefeilter Masterplan verhindert, wenn wir das analysieren.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Wo ist denn die Grenze fürs Zumachen? – Abg. Anton Baron AfD: Zumindest ein Konzept!)

Auch die erwähnte Mutation des Virus bedeutet neue Gefahren und neue Herausforderungen. Wir müssen uns weiter mit den Zumutungen, auch mit den Zuspitzungen der Pandemie arrangieren und immer wieder neu darauf reagieren. Das ist wichtig.

(Beifall – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Das heißt auch, Zielkonflikte und schwierige Güterabwägungen immer wieder auszuhalten. Gesundheit und Eingriffe in Freiheitsrechte müssen in der Balance zugunsten der Menschen abgewogen werden.

Wir sollten in der Debatte fair bleiben, auch wenn die Geduld zu Ende geht und natürlich die Durchhaltekräfte schwinden. Ja, viele sind von der Pandemie geschlaucht, auch genervt, wie das angesprochen wird, aber wir sind noch immer auf der schwierigen Bergetappe und noch nicht über den Berg. Das ist noch immer die Situation.

Ich räume auch ein: Die Entscheidung der Ministerpräsidenten, die Schulen bis Ende Januar geschlossen zu halten, war ein harter Brocken. Da will ich sagen: Gemeinsam mit der Kultusministerin und mit der gesamten Kultusministerkonferenz sind wir weiter überzeugt: Auch das beste Homeschooling mit der feinsten Digitalausstattung kann das gemeinsame Lernen im Klassenzimmer nicht ersetzen.

(Beifall – Zuruf: Genau!)

Das ist ja nicht nur unsere Meinung, sondern es ist die klare Aussage der Bildungsforschung, und es ist übrigens auch das, was die Schüler selbst erleben.

Wir haben kürzlich die neue JIM-Studie bekommen. Dort gaben nur 6 % der Schüler an, dass sie im ersten Lockdown digital nicht gut genug ausgestattet waren. Aber 60 % berichteten, dass sie Probleme mit dem selbstständigen Lernen hatten. Deshalb haben die Kultusministerin und auch die Kultusministerkonferenz zu Recht darauf hingewiesen, dass es um engagierten Einsatz für den Präsenzunterricht gehen muss. Es gibt ja auch viele Fachleute, die das klar unterstützen und auf deren Stimme wir hören sollten.

Die Vorsitzende des Landesverbands der Schulpsychologen sagt:

Den Kurs von Ministerin Eisenmann, die Schüler schnell wieder an die Schulen zu holen, finde ich absolut richtig und mutig.

(Beifall)

Wir sind deshalb dankbar dafür, dass auch der MPK-Beschluss, wie es der Ministerpräsident dargelegt hat, der Öffnung der Schulen eindeutige Priorität gibt. Wenn irgendwo gelockert wird, dann zuallererst bei den Schulen. Denn „Shopping auf, Schule zu“, das kann nicht die Reihenfolge sein, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Für uns muss Bildung Vorfahrt haben. Deshalb ist es gut, wenn die Landesregierung den Wiedereinstieg in den Präsenzunterricht schon ab dem 18. Januar plant, wenn die dann hoffentlich valideren Infektionszahlen das auch möglich machen. Denn gerade für Grundschüler sind Distanz und Wechselmodelle keine Dauerlösung.

Allerdings will ich auch darauf hinweisen: Der MPK-Beschluss hat vielleicht auch ein Kommunikationsproblem. Da wird Bezug genommen auf den Beschluss vom 13. Dezember. Danach können Abschlussklassen immer in Präsenz un-

terrichtet werden. Bei Hotspots gibt es Regeln für drei Stufen. Das gibt es schon lange; es ist nur bislang nicht in diesem Ausmaß kommuniziert worden. Bei einer Inzidenzzahl von über 200 soll Fernunterricht erfolgen, und wenn die Zahlen um 50 % sinken, ist Wechselunterricht vorgesehen. Grundsätzlich gilt, wenn der Rückgang ausreicht, der Präsenzunterricht. Das sind Stufen; das nennt sich Stufenplan.

(Zuruf: Das ist ein Zickzackkurs!)

Im Grunde ist das längst bekannt. – Das ist auch kein Zickzackkurs,

(Zurufe, u. a.: Doch!)

sondern das sind klare Grundlagen, die sich an den Möglichkeiten orientieren. Darum muss es gehen.

(Beifall)

Übrigens: Auch die Eltern wollen natürlich, und zwar zu 80 %, den Präsenzunterricht.

(Zuruf: Ja!)

Wenn Sie von der AfD hier schon wieder meinen, Zweifel anmelden zu müssen, auch am Nutzen von Impfungen – es gehe nicht schnell genug –, auf der anderen Seite aber Corona in Teilen leugnen,

(Zuruf: Quatsch!)

dann kann ich nur sagen: Das ist widersinnig.

(Zuruf)

– Ihr Ehrenvorsitzender Gauland hat in der FAZ vor Weihnachten demonstrativ gesagt, es sei doch sehr dahingestellt, ob er sich überhaupt impfen lassen wolle. Er hat dies völlig offengelassen und hat abgewiegelt – ebenso wie Sie eben gerade, Herr Gögel, und auch viele von Ihren Kolleginnen und Kollegen –, Corona sei harmlos; im Grunde genommen sei die Pandemiebekämpfung so, wie sie jetzt vorgenommen werde, nicht sinnhaft. So haben Sie es dargestellt.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Die Maßnahmen! – Zuruf: So, wie es gemacht wird!)

– Ja. – Da kann ich Ihnen nur sagen:

(Abg. Anton Baron AfD: Bei den Älteren ist es doch gefährlich!)

Nehmen Sie dieses Thema ernst. Wir alle wollen rasch wieder zurück zur Normalität. Deshalb will ich schon klar sagen:

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist doch kein Konzept!)

Ja, es geht eben darum, dass wir hier vorankommen.

Ich will abschließend sagen: Gerade für Grundschüler sind Distanz- und Wechselmodelle keine Dauerlösung. Im Übrigen gibt es selbstverständlich Konzepte für Fernlernen und für Wechselunterricht. Seit Juli bereits haben wir vom Kultusministerium verbindliche Qualitätsvorgaben. Insofern sind die Schulen im Land für ganz verschiedene Szenarien gerüstet. Klar ist natürlich auch: Präsenzunterricht muss, sobald dieser

(Dr. Wolfgang Reinhart)

wieder möglich ist, immer die erste Wahl sein und muss dies bleiben.

Da gerade die Masken angesprochen wurden – das wurde vorhin auch durch Zwischenrufe thematisiert –, möchte ich den Sozialminister natürlich an dieser Stelle auch ermuntern, dass, wenn wir den Lehrern schon FFP2-Masken besorgen, dies auch vollwertige Masken sein müssen. Das ist natürlich auch ein Punkt.

(Beifall – Zurufe, u. a.: Sehr gut!)

Nichts anderes wird im Grunde genommen hier vertreten.

(Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Und wie viele Betten haben Sie abgebaut, Herr Reinhart?)

Neben der Pandemiebekämpfung geben uns jetzt Gott sei Dank auch die Impfstoffe eine Perspektive für die Normalisierung. Ich weiß, Corona nervt, und es ist auch gefährlich. Es wird Zeit, dass wir selbst dem Virus gefährlich werden. Das Ziel kommt in Sicht; die Impfungen laufen. Das ist die gute, die wirklich gute Nachricht zum Jahresanfang.

Die Impfung ist der lang erhoffte Game Changer. Sie wird die Wende bringen. Die Impfung ist die einzige echte Exitstrategie im Kampf gegen das Virus. Und genau das brauchen wir in diesem Zusammenhang.

Wir können übrigens auch stolz darauf sein – es wurde angesprochen –, dass wir in Deutschland das Know-how liefern, auf das die ganze Welt jetzt setzt. Das gilt nicht nur für die Impfstoffe selbst, ob es nun BioNTech oder CureVac ist, sondern es gilt beispielsweise auch für die weltweit händierend nachgefragte Tiefkühltechnik. Sie kommt aus Baden-Württemberg: von Kirsch im Ortenaukreis

(Abg. Anton Baron AfD: Wie viel haben Sie dort gekauft?)

oder von Binder in Tuttlingen. Der Erfolg dieser Unternehmen gehört auch zu den Geschichten, die diese Krise schreibt.

(Zuruf: Wie viel hat das Land bestellt?)

Und das macht Mut, dass wir hier so aufgestellt sind.

(Zuruf: Gar nichts!)

Dies zeigt auch: Wir haben unsere Kreativität, das Wissen, das Können, um der Pandemie Herr zu werden, jetzt unter Beweis gestellt, und zwar in einem Tempo wie noch nie in der Geschichte. Die Impfstoffe wurden in Rekordzeit entwickelt. Ebenso ist auch der Start der Impfkampagne eine historische Leistung. Deshalb müssen wir jetzt aufpassen, dass wir diese Leistungen und auch die Zuversicht, die solche Leistungen vermitteln, nicht im kleinlichen Streit zerreden.

Natürlich wäre es besser, wenn wir schneller mehr Menschen impfen könnten. Ja, man darf fragen, warum Länder wie Israel und Großbritannien schneller vorangekommen sind, warum Deutschland international auf Platz 7 rangiert. Wir müssen die Abläufe auch weiter verbessern und müssen dafür sorgen, dass Informationen und Terminvergaben schneller klappten – vielleicht ja auch über ein Einladungswesen.

(Beifall – Zuruf: Sehr gut!)

Es geht ja darum, dass wir auch dort die Strategie verbessern. Ältere, über 80-Jährige, sind natürlich häufig nicht in der Lage, sich damit digital zu befassen.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja! So ist es!)

Ja, wir sollten auch alles daransetzen, mehr Impfstoff zu produzieren und zu beschaffen. Deshalb ist die Partnerschaft von Bayer mit CureVac, die heute Morgen in den Medien verkündet wurde, eine ermutigende Nachricht. Aber um auch das klarzumachen: Es geht hier nicht um ein Wettrennen nach dem Motto „Ich zuerst!“. Mit Impfneid und Egoismus werden wir diese beispiellose Aufgabe nicht erfolgreich schaffen.

Lange vor dem Impfstart war klar: Der BioNTech-Impfstoff wird am Anfang knapp sein. Es war auch klar, dass es eine Priorisierung nach Risikogruppen geben würde.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie haben bei den Falschen bestellt!)

Diese Priorisierung wurde breit debattiert. Sie macht auch Sinn. Es war auch klar, dass wir natürlich am Anfang der Impfungen, der ersten Welle, gerade in den Pflegeheimen beginnen müssen. Es ist richtig, dort anzufangen. Aber seit der Diskussion um den Beginn – – Im Übrigen meine ich, dass wir froh sein sollten, dass es so schnell gegangen ist. Auch darum geht es ja.

(Abg. Anton Baron AfD: Und wie lange Geld gespart wurde!)

Heute werden erneut 650 000 Impfdosen an die Länder geliefert. Das wurde heute Morgen gemeldet. Bis zum Monatsende werden es weitere 2,7 Millionen sein. Im ersten Quartal sollen 13 Millionen Impfdosen allein von BioNTech ausgeliefert sein. Für das gesamte Jahr wird Deutschland allein von diesem Hersteller 85 Millionen Impfdosen bekommen. Seit zwei Tagen wissen wir, dass auch das Präparat von Moderna zugelassen ist. Wenn alle Impfstoffe zugelassen sind – das hat der Bundesgesundheitsminister in dieser Woche bei seiner Pressekonferenz betont und unterstrichen –, hat Deutschland durch die Zusicherung auf insgesamt 300 Millionen Impfdosen einen Lieferanspruch. Es gibt also keine Impfstofflücke, sondern es geht jetzt natürlich um das Tempo, das mit der Impfung verbunden ist.

(Zuruf)

Wenn wir in diesen Tagen abends geschaut haben, was aus Frankreich berichtet wird:

(Zuruf: Genau!)

Dort wurde in der ganzen Zeit übrigens der Präsident – ich sage mal so – gegrillt, weil man dort selbst jetzt zum Teil – gestern oder vorgestern – gerade einmal 570 Impfungen durchgeführt hatte.

(Zuruf)

Deutschland ist im weltweiten Vergleich auch sehr gut durch diese Pandemie gekommen, weil wir mit Achtsamkeit und Rücksicht alles miteinander – auch hier in diesem Haus – beschlossen haben, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Deshalb gilt es jetzt, die Impfkampagne umzusetzen. Es ist alles eine Frage der Perspektive. Ich zitiere nicht oft die „taz“, aber sie hat am Montag etwas geschrieben, was ich als zitierwürdig erachte:

(Zurufe, u. a.: Ogotogott! – Vereinzelt Lachen)

Tatsächlich konnte im Herbst, als die Bestellungen erfolgt sind, niemand wissen, welcher Impfstoff als erster eine Zulassung erhalten wird.

(Oh-Rufe – Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Doch! Das wusste ich sogar schon! Moderna und BioNTech, jeder wusste es! – Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, Herr Abg. Dr. Reinhart hat das Wort.

(Zurufe)

– Herr Abg. Baron, Herr Abg. Dr. Reinhart hat das Wort.

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn er schon einmal die „taz“ zitiert, sollten alle zuhören!)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut, Herr Kollege Rülke. – Die „taz“ schreibt weiter:

Die EU hat also weise gehandelt, als sie bei verschiedenen Herstellern Vorbestellungen getätigt hat. Von den Kritikern, die jetzt neunmalklug behaupten, es sei schon früh absehbar gewesen,

(Abg. Anton Baron AfD: Na klar!)

dass BioNTech dieses Hasenrennen gewinnen würde, war damals im Herbst seltsamerweise kein einziges Wort zu vernehmen. Aber hinterher ist man bekanntlich immer klüger.

(Vereinzelt Beifall)

Es geht wieder um die Ex-post-Betrachtung und nicht um die Ex-ante-Betrachtung. Das ist die Wahrheit, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf)

Über nichts ist in den vergangenen Monaten mehr, breiter und offener diskutiert worden als über Impfstoffe, Zulassungen, Bestellungen, Priorisierungen. Insoweit bin ich überzeugt davon: Wir sollten der Versuchung wirklich widerstehen, die Hoffnung der Menschen auf die Impfung für die parteipolitische Profilierung zu nutzen.

Sonst könnte man manches fragen – auch in Baden-Württemberg, wo wir zwar im unteren Drittel rangieren –: „Warum wurden etwa am Montag im benachbarten Rheinland-Pfalz genau null Impfungen gemacht?“, „Warum haben sich dann entervte Rheinland-Pfälzer Termine in Baden-Württemberg geben lassen?“ Man könnte fragen: „Warum sind Niedersachsen und Brandenburg bei der Impfquote Schlusslichter?“ und vieles mehr.

Aber wir sollten die Diskussion nicht in diesem kleinen Karo führen. Impfung ist kein Wahlkampfthema, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall – Zurufe, u. a.: Gut, dass Sie daran erinnern!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Seit fast einem Jahr bestimmt Corona unser Leben, unser Denken und Entscheiden.

(Abg. Anton Baron AfD: Nach wie vor kein Konzept!)

Die Erfahrungen mit dieser Pandemie werden eine Epoche und auch unsere Zukunft prägen. Die Frankfurter Gedächtnisforscherin Astrid Erll hat zwischen den Jahren eine kluge Mahnung formuliert, die da lautet:

Noch können wir mitentscheiden, ob die Coronapandemie eine Erzählung von Zusammenarbeit und Hoffnung oder von Zwietracht und Verzweiflung werden soll.

(Abg. Anton Baron AfD: Zitieren Sie mal aus dem Bundesinnenministerium!)

Stellen wir uns weiter gemeinsam auf die Seite der Hoffnung und des Zusammenhalts. Dann werden wir in diesem neuen Jahr erfolgreich sein, diese wahre Geißel der Menschheit auch gemeinsam zu bezwingen.

(Beifall – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das war heute die beste Rede! – Weitere Zurufe – Heiterkeit)

Präsidentin Muhterem Aras: Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch ich möchte persönlich und im Namen meiner Fraktion Ihnen allen ein gutes, ein erfolgreiches und – ich glaube, in diesem Jahr ist dieses Wort ganz besonders wichtig – ein gesundes neues Jahr wünschen. Man geht ja oft zu Beginn eines neuen Jahres auf andere Menschen zu und sagt einfach: „Gesundes neues Jahr!“ Ich glaube, dieses Jahr hat jeder bei dem Wort „gesund“ eine ganz eigene Betonung gehabt.

Jetzt, im Januar 2021, treffen wir uns hier immer noch, um über Corona und die Maßnahmen gegen die Pandemie zu sprechen. Das kann einem, das wird einem auch allmählich auf die Nerven gehen. Ich verstehe auch jeden, dem dies auf die Nerven geht. Aber es muss leider sein. Wir reden wieder über Einschränkungen, über Abstriche, über Verbote und Schließungen. Das ist schmerzhaft, und für gar nicht so wenige Menschen in diesem Land ist es – das dürfen wir nie vergessen – auch existenzbedrohend. Ich verstehe noch viel besser, dass einem das auf die Nerven geht. Aber es muss leider sein.

Aber nach all den Monaten erkläre ich hier zum dutzendsten Mal, dass es uns diese Pandemie, dass es uns Corona nicht leicht macht und dass wir es uns deswegen auch nicht leicht machen dürfen. Deswegen müssen wir an Orten wie in diesem Parlament über die richtigen Strategien sprechen. Wie schaffen wir es, unsere Gesellschaft am Leben zu erhalten, die Wirtschaft in Schwung zu halten, den Menschen eine gute Perspektive zu geben und gleichzeitig dieses Virus in den Griff zu bekommen? Das ist das, worüber wir hier diskutieren müssen, und wir alle tun das in großer Verantwortung, denke ich.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Ausgangslage ist unter allen vernunftbegabten Menschen unstrittig. Wir haben wei-

(Andreas Stoch)

terhin viel zu hohe Infektionszahlen, wir haben über 30 000 Neuinfektionen pro Tag. Die Zahl der Menschen, die an diesem Virus sterben, ist so hoch wie noch nie. Wir haben die Zahl vom Kollegen Reinhart und vom Kollegen Schwarz gehört: 1 188 Menschen sind allein gestern an oder mit dem Coronavirus verstorben. Die Kliniken und Intensivstationen an vielen Orten unseres Landes sind an ihrer Belastungsgrenze und teilweise darüber hinaus. Das ist alarmierend, das ist dramatisch, und es ist für all die Menschen, die einen Angehörigen, einen Freund oder einen Nachbarn verlieren, unglaublich traurig und tragisch.

Als wir im November und Dezember letzten Jahres hier im Haus über dieses Thema diskutiert haben, war dies noch zu einem Zeitpunkt, als zwar die Inzidenzen angestiegen sind, aber die Todeszahlen noch nicht so hoch waren. Damals waren die Intensivstationen noch nicht ausgeschöpft, was ihre Kapazitäten angeht. Aber genau das, was sich jetzt in diesen jüngsten Zahlen ausdrückt, ist doch der Beweis, dass wir nicht erst handeln dürfen, wenn es zu spät ist, sondern dass wir rechtzeitig die richtigen Maßnahmen ergreifen müssen, um das Coronavirus in den Griff zu bekommen und unser Gesundheitssystem nicht zu überlasten.

Deswegen möchte ich an dieser Stelle noch mal in Erinnerung rufen, warum Mitte Dezember diese harten Maßnahmen verhängt wurden, die jetzt verlängert werden sollen. Wenn wir weiter versuchen, dieses Virus nur mit geringen Maßnahmen in den Griff zu bekommen, werden wir es nicht schaffen. Dann wird das, was jetzt in unseren Intensivstationen passiert, noch schlimmer werden, dann werden noch mehr Menschen daran sterben.

Ich glaube, wir müssen das immer wieder auch in dieser Deutlichkeit zum Ausdruck bringen: Es geht jetzt nicht darum, über Monate diese Einschränkungen fortzuführen, sondern – das ist, glaube ich, auch für die Zuversicht der Menschen ganz wichtig – es geht darum, diese Einschränkungen jetzt so wirksam zu fassen, dass wir es schaffen, in drei oder vier Wochen sagen zu können: Wir haben diese Infektionswelle gebrochen. Darum geht es, liebe Kolleginnen und Kollegen, und das müssen wir den Menschen draußen in diesem Land auch ganz deutlich sagen.

(Beifall)

Deswegen kann es – ich glaube, das ist die Grundlinie – kein Abweichen von den im Dezember beschlossenen Maßnahmen geben. Diese Maßnahmen waren richtig. Wir sehen das an den bereits wieder sinkenden Inzidenzen – aber wir sehen eben noch keine sinkende Auslastung der Intensivkapazitäten und auch noch keine sinkenden Todeszahlen.

Deswegen war klar: Diesen Prozess zu unterbrechen und die Ausbreitung des Virus zu stoppen, das ist nicht innerhalb von einer oder von zwei Wochen erledigt. Der Lockdown, den dieses Land über Weihnachten, Neujahr und Heilige Drei Könige hatte, war wirksam, aber er war noch nicht wirksam genug. Auch das müssen wir alle konstatieren. Deshalb müssen wir eben auch darüber sprechen, was wir in den nächsten Wochen tun müssen, damit es uns gelingt, dieses Virus in den Griff zu bekommen.

(Zuruf: Da gibt es noch die Dunkelziffer!)

Wir seitens der SPD stehen daher im Grundsatz klar zu der Entscheidung, die im Dezember beschlossenen Maßnahmen aufrechtzuerhalten, und zwar so lange, bis eine deutlich geänderte Infektionslage Lockerungen ermöglicht. Und ja, wir stehen auch ganz klar zur Grundstrategie, die wir hier in Baden-Württemberg und in ganz Deutschland verfolgen. Dass wir eben auf Bevölkerungsschutz statt auf Durchseuchung gesetzt haben, das hat Zigtausenden, vielleicht sogar Hunderttausenden Menschen das Leben gerettet. Es spielt keine Rolle, ob all diese Menschen sich dessen bewusst sind oder nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Richtig war und ist es auch, auf Impfungen zu setzen. Es ist richtig, auf ein abgestimmtes europäisches Vorgehen zu setzen.

(Zuruf: Oje!)

Es ist richtig, mit den Gruppen der besonders vulnerablen und gefährdeten Personen zu beginnen, und es ist auch eine richtige Entscheidung, dass wir die vielen Monate bis zum Erreichen der Herdenimmunität gemeinsam und solidarisch durchstehen und darauf verzichten wollen, dass bereits geimpfte Personen Vorteile und Privilegien gegenüber denjenigen erhalten, die noch auf ihre Impfung warten müssen.

Denn, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, machen wir uns nichts vor: Die nächsten Wochen und Monate werden nicht einfacher, auch wenn die Impfungen jetzt begonnen haben. Denn wenn einmal ein Drittel der Bevölkerung geimpft sein wird, werden natürlich viele Menschen meinen: „Jetzt können wir uns ja wieder frei bewegen, jetzt ist das Ganze ja nicht mehr gefährlich.“ Wenn aber ein Drittel geimpft ist, sind noch immer zwei Drittel der Bevölkerung nicht geimpft, meine sehr geehrten Damen und Herren, und deswegen müssen wir alle doch ein großes Interesse daran haben, dass wir über die Ernsthaftigkeit dieser Maßnahmen reden, aber auch sagen: Was ist das Ziel unserer jetzt beschlossenen Maßnahmen? Das Ziel ist, möglichst wieder in Lockerungen zu kommen. Solche Lockerungen dürfen aber nicht heißen: Wir vergessen das Virus, nur weil der Impfstoff da ist.

Wir werden das frühestens in etwa einem halben Jahr sagen können, und auch das muss eine Botschaft aus einer solchen Debatte sein: Wir sind noch lange nicht über den Berg – Herr Kollege Reinhart hat es gesagt –, und wir werden noch einen langen Atem brauchen, wenn wir dieses Virus überstehen wollen, ohne größeren Schaden zu nehmen, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall)

Wir begrüßen es auch ausdrücklich, dass die Landesregierung diese 15-km-Regel bisher nicht eingeführt hat. Das mag jetzt schon fast komisch klingen, wenn wir ansonsten vor Schnellschüssen warnen, wenn wir fordern, dass man alle Maßnahmen immer an ihrer Wirksamkeit misst. Aber wir haben eben große Zweifel, ob diese Maßnahme für Baden-Württemberg überhaupt eine Wirkung hätte.

Vorhin wurde gesagt: Jetzt ist auch der letzte Landkreis unter die 200er-Grenze gefallen. Das heißt, wir hätten keinen konkreten Anwendungsfall. Aber auch bei den Szenen, die wir alle vor Augen haben, die wir in den Griff bekommen wollen –

(Andreas Stoch)

die vielen Menschen, die auf irgendwelchen Skihängen in Göppingen oder im Schwarzwald aufeinander treffen –, ist klar, liebe Kolleginnen und Kollegen: Mit der 15-km-Regel würden wir dieses Phänomen nicht in den Griff bekommen.

Deswegen möchte ich an dieser Stelle für meine Fraktion sagen: Wir wollen niemandem die Freizeitbetätigung an der frischen Luft verleidern. Jeder soll sich möglichst viel draußen bewegen und gesund halten, aber eben nicht in Zusammenballungen von Menschen, weil es dort eben wieder ein erhöhtes Infektions- und Übertragungsrisiko gibt. Deswegen begrüßen wir es, dass die Landesregierung sich dieses Themas annimmt, und wir unterstützen diese Maßnahmen auch. Wir brauchen auch einen Schutz für die Menschen, die dort, wo diese Wochenend- oder Tagespendler hingehen, leben.

Wir seitens der SPD stehen zu den Maßnahmen, die die Landesregierung plant. Wir können Sie nur auffordern: Setzen Sie diese Maßnahmen möglichst schnell ins Werk. Andernfalls würden wir in den nächsten Wochen wieder extreme Hotspots im Bereich der Freizeit haben, und das können wir nicht gebrauchen, wenn wir das Infektionsgeschehen in den Griff bekommen wollen.

(Beifall)

Aber wir kommen dann auch zu Maßnahmen, die aus unserer Sicht falsch waren oder zu spät kommen. Wir haben vorhin über das Thema „Click and Collect“ gesprochen. Der Einzelhandel ist in den letzten Wochen sicherlich extrem unter Druck geraten. Viele Einzelhändler, die sich bei uns melden, haben konkret Angst davor, ihre Existenz zu verlieren.

Ich sage Ihnen ganz offen: Wir haben hier schon Mitte Dezember über dieses Thema geredet. Wir, die SPD-Fraktion, haben gesagt: Wenn es gut organisiert ist, halten wir eine Click-and-Collect-Regelung zu diesem Zeitpunkt für richtig. Denn machen Sie sich nichts vor: Der Umsatz vieler Einzelhändler – z. B. im Buchhandel – erfolgt zu 30 % in der Weihnachtszeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir alle haben hier wortreich bekundet, dass wir nicht wollen, dass die großen Internethändler wie Amazon das Geld machen. Sie haben es de facto gemacht. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es aus meiner Sicht eine späte und für manche vielleicht auch zu späte Einsicht. Die Möglichkeit von Click and Collect hätte man bereits im Dezember beschließen müssen. Das wäre damals richtig gewesen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Aber wir müssen auch klar sehen: Je länger die Pandemie andauert – ich habe es gesagt: den Leuten geht es langsam auf die Nerven –, desto fragiler kann auch die Akzeptanz für die Maßnahmen werden.

Ich habe es schon gesagt – auch der Ministerpräsident hat es am Dienstag gesagt –: Die Einschränkungen gehen uns auf die Nerven, und vielen hängen sie auch zum Hals heraus. Aber genau deswegen ist es das pure Gift, wenn man Einschränkungen verfügt, wie auf der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen, und sie dann wieder aufhebt, ohne dass sich die In-

fektionslage wirklich gebessert hat. Das kann den Eindruck erwecken, solche Maßnahmen seien willkürlich oder einfach symbolisch.

Der Schaden, den so etwas anrichtet, ist nicht nur finanziell gewaltig, sondern es mindert auch das Vertrauen der Menschen in die Wirksamkeit der Maßnahmen.

Ich lasse mir bei dieser Kritik nicht immer wieder sagen: „Hinterher ist man eben schlauer.“ Ich habe bereits im November hier an dieser Stelle deutlich vor den Debatten zur Frage „Wie begeht man Weihnachten und Silvester?“ gewarnt. Ich habe angemahnt, dass es zum Jahresende Wichtiges geben müsse als die Frage, wer mit wem wie viele Raketen abschießen darf.

Wir alle haben gemerkt, dass der Silvesterabend vergangenen Jahres auch irgendwie begangen wurde. Ich glaube nicht, dass es ein schlechteres Silvester war, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es gab vielen Menschen die Gelegenheit, sich im kleineren Kreis, in einem ruhigeren Kreis über das neue Jahr wirklich Gedanken zu machen.

Dann war es eben nichts mit all den Lockerungen zu Silvester. Es wäre besser gewesen, man hätte die Idee der Lockerungen gar nicht erst in die Welt gesetzt. Auch das war ein Schaden. Man dürfte doch erwarten, dass man aus Schaden klug wird.

Damit komme ich zum größten Schadensfall, den das Land beim Umgang mit der Pandemie erleben muss. Das betrifft zu meinem großen Bedauern die Bildung und die Schulpolitik von Frau Ministerin Eisenmann. Seit dem Auftreten der Pandemie im Frühjahr des vergangenen Jahres haben wir nicht gesehen, dass die Ministerin auch nur ein einziges Problem gelöst hat. Sie hat Probleme geschaffen – oder wie es mir kürzlich ein Schulleiter gesagt hat: „Ministerin Eisenmann ist Teil des Problems, und zwar kein kleines.“

Die Pauschalschließung im Frühjahr brachte viele Familien an den Rand der Verzweiflung; die Zeit im März, April, Mai, die Zeit bis zu den Pfingstferien, war für viele Familien vom sogenannten Homeschooling geprägt. Sie haben gemerkt, dass vieles in diesem Land, was z. B. das Thema Digitalisierung angeht, nicht funktioniert. Sie haben auch gemerkt, dass viele Schulen sehr lange gebraucht haben, um sich auf diese neue Situation einzustellen. Ich möchte deutlich sagen: Es gab viele Lehrerinnen und Lehrer, die in dieser Zeit mit unglaublicher Energie sehr gute pädagogische Konzepte erstellt haben.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, Teil der Wahrheit ist auch: Die Eltern sind aus diesem Zeitraum noch immer traumatisiert. Deswegen ist es aus meiner Sicht ein ganz großer Fehler, dass man sich offensichtlich vor den Sommerferien und auch danach in Sicherheit gewiegt hat.

Wir, die SPD, hatten bereits im Juni ein Papier vorgestellt mit dem Titel „Das krisenfeste Klassenzimmer“, in dem wir aufgefordert haben, unterschiedliche Szenarien, abgestimmt auf die unterschiedlichen Infektionszahlen, dafür zu entwickeln, wie Schule unter Pandemiebedingungen funktionieren kann.

Solche Vorschläge kamen nicht nur von uns; sie kamen auch aus den Schulen, sie kamen von den Eltern, sie kamen von

(Andreas Stoch)

den Verbänden. Als der Druck dann zu groß wurde, schwenkte die Strategie vom simplen „Zu“ zum simplen „Auf“ der Schulen um. Pauschale Öffnung, komme was wolle: „Wir lüften einfach dauernd.“ Bessere Vorschläge, die an unseren Schulen erarbeitet wurden, wie der Einsatz von Luftfiltern waren nicht erwünscht.

Vor Weihnachten gab es ein unglaublich peinliches Theater. Es ging um die Frage: Schulen früher zu – ja, nein, vielleicht, oder alles anders? Der Ministerpräsident widersprach damals der Kultusministerin. Im Ergebnis gab es eine Woche früher beginnende Weihnachtsferien und damit fünf weitere verlorene Schultage.

Schulleiterinnen und Schulleiter haben bei uns angerufen und gefragt: „Mit Verlaub, wir haben uns jetzt auf Fernlernen vorbereitet, wir haben die fertigen Konzepte in der Schublade, was ist denn jetzt eigentlich los? Warum wird die Schule fünf Tage früher zugemacht?“ Und dann – das hat dem Ganzen, glaube ich, die Krone aufgesetzt – kommt nach Weihnachten die absurd unsinnige Ankündigung, die Schulen nach den Weihnachtsferien pauschal und bei jeder Infektionslage zu öffnen.

(Zuruf)

Ich zitiere Frau Eisenmann: „unabhängig von den Inzidenzzahlen“.

Es hat sich in keinem gesellschaftlichen Bereich, in keinem Kultusministerium Deutschlands irgendjemand erlaubt, zu sagen: „Es ist uns egal, wie die Inzidenzzahlen sind. Es ist uns egal, wie hoch die Gefahr ist, dass sich Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler an den Schulen anstecken. Wir machen die Schulen auf.“

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das ist der Gipfel an Unverantwortlichkeit.

(Beifall – Zurufe)

Jetzt könnte man ja glauben, Frau Eisenmann weiß es nicht besser. Ich sage Ihnen, was der Grund ist. Der Grund ist, dass Frau Eisenmann dieses Trauma, das die Eltern aus dem Frühjahr und Frühsommer mitbringen – sie wollen nicht wieder erleben, dass die Schulen zumachen –, politisch für sich ausnutzen will. Sie treibt damit einen Keil in die Elternschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dem Vertrauen in eine vernünftige und verantwortliche Schulpolitik, dem Vertrauen in die Zusammenarbeit zwischen der Ministerin und ihren Expertinnen und Experten, dem Miteinander von Politik und Schulen und der Hoffnung, dass die, die tagtäglich Schule machen, in irgendeiner Weise auch Gehör finden bei dieser Ministerin, haben solche Aussagen erheblichen Schaden ausgelöst.

Das ist nun wirklich mehr als genug Schaden, um daraus klug zu werden. Und man müsste nur ein bisschen, ein klein bisschen klug sein, um die Vorschläge zu akzeptieren, die auf dem Tisch liegen – Vorschläge von Lehrerverbänden und Elternverbänden, von Experten und Praktikern und, ja, auch von der SPD. Ich kann es auch nicht ändern, dass wir uns da mit der

Ebene der Verbände einig sind. Da geht es auch nicht um Politik, sondern es geht um die Frage, wie wir den Kindern Bildungschancen während einer Pandemie gewähren können.

Herr Ministerpräsident, Folgendes würde ich gern von Ihnen wissen – um diese Frage drücken Sie und auch Ihre Kultusministerin sich herum –: Was heißt denn: „Wir machen wieder Präsenzunterricht, wenn die Inzidenzzahlen fallen“? Wenn Sie auf die Wissenschaft hören – ich habe Sie bisher so verstanden, dass die Wissenschaft die Leitlinie Ihrer Entscheidungen ist; nehmen wir mal die Empfehlungen des RKI –, dann kann es bei einer Inzidenz von über 50 nicht wieder normalen Präsenzunterricht mit vollen Klassen geben.

Von dem aber, was wir jetzt hören, geht nichts in Richtung angepasster Modelle oder Wechselmodelle. Das ist übrigens der Weg, den sich die Schulen wünschen: dass sie nicht volle Klassenzimmer haben, sondern dass sie in den Klassenzimmern die Kinder auf Abstand setzen können, und dies möglichst in einem täglichen Wechsel, damit nämlich auch die Tagesstruktur bei den Schülerinnen und Schülern nicht verloren geht. Ich höre von einem solchen Modell nichts, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Deswegen, Herr Ministerpräsident, hätte ich gern von Ihnen heute und hier gewusst – und ich glaube, viele Tausend Lehrkräfte in diesem Land und viele Hunderttausend Eltern hätten dies gern von Ihnen gewusst –: Was heißt denn „bei fallenden Inzidenzen“? Denn solange der Wert über 50 liegt, kann es keinen vollen Präsenzunterricht geben, sagt das RKI.

Ich gebe Ihnen vollkommen recht, auch Ihnen, Herr Kollege Schwarz: Pauschalierungen funktionieren in der Schule erst recht nicht. Aber wir hören von dieser Kultusministerin – Sie sind ja als grüne Fraktion Teil dieser Regierung – von Anfang an keine Differenzierung. Was bedeutet denn die Frage eines Wechselmodells oder von mehr Fernlernen für ältere Schüler? Nur zu sagen: „Grundschüler können nicht den ganzen Tag vor dem Computer sitzen“ und damit quasi jegliche Form von Wechselmodellen abzulehnen, das ist pädagogisch ultraplump.

Wenn Sie mit Schulleiterinnen, Schulleitern und Lehrkräften sprechen, dann sagen die Ihnen: „Bevor ich volle Klassenzimmer habe –“ Die Studien aus England und Österreich sagen eindeutig, dass auch kleine Kinder Träger und Überträger dieses Virus sind, im Gegensatz also zu einer Studie aus Heidelberg vom Mai letzten Jahres, die sagt, dass sie irgendwie weniger ansteckend seien. Sie haben aber einen anderen Betreuungsbedarf, was die Situation der Eltern angeht. Aber das heißt doch noch lange nicht, dass man die Augen vor der Infektionsgefahr verschließen darf und 25 oder 30 Kinder mit ihrer Lehrkraft – dazu noch ohne Masken – in ein Klassenzimmer stecken kann.

Wir brauchen in dieser Phase verantwortbare Modelle. Denn – ich komme zum Ausgangspunkt meiner Rede –, Herr Ministerpräsident, wenn wir diese Welle brechen wollen, Sie aber jetzt das Signal geben: „Ab 18. Januar ist uns die Schule wieder egal, denn da setze ich dann 25 oder 30 Kinder auf einen Fleck“, dann wundert es mich nicht, dass Kanzleramtsminister Helge Braun gestern die Länder und auch Baden-Württemberg davor gewarnt hat, zum jetzigen Zeitpunkt unverantwortliche Öffnungen vorzunehmen.

(Andreas Stoch)

Wir brauchen Konzepte, die das Betreuungsinteresse der Eltern und vor allem das Bildungsinteresse der Kinder, aber auch das Interesse an effektivem Infektionsschutz im Auge haben, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Stoch, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schütte zu?

Abg. Andreas Stoch SPD: Nein, ich habe leider nur noch eine Minute Redezeit.

Es geht also darum, unter diesen Bedingungen gute, funktionierende Modelle zu haben, am besten ein rollierendes Wechselmodell, und dass wir dann, wenn es die Inzidenzwerte zulassen, diesen ersten Schritt machen.

Wir haben auch mit vielen Vertreterinnen und Vertretern der Sonderschulen gesprochen. Die Sonderschulen für geistig und körperlich behinderte Kinder sollen bereits am kommenden Montag wieder öffnen. Die fühlen sich komplett vergessen. Ich weiß, dass diese Kinder und ihre Eltern in einer ganz besonderen Situation sind. Meine sehr geehrten Damen und Herren, spielt Infektionsschutz hier keine Rolle? Es geht darum, zu begreifen, dass die in Baden-Württemberg so gern zitierte „Weisheit“, Kinder seien von der Pandemie nicht betroffen, ein herber Unfug ist.

Es geht auch darum, dass in unseren Schulen endlich das Nötigste zum Schutz der Menschen getan wird: zertifizierte FFP2-Masken für die Lehrkräfte, Luftreiniger dort, wo nötig, und zusätzliche Räumlichkeiten dort, wo es Sinn macht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das wären wichtige Punkte, die in den nächsten Tagen und Wochen auf der Ebene der Landesregierung geklärt werden müssen. Wir brauchen deswegen eine klare Antwort dieser Landesregierung, und wir brauchen auch klare Ansagen zur Auszahlung der Wirtschaftshilfen. Wir erwarten, dass die von Ihnen angekündigten Termine eingehalten werden, dass in den nächsten zwei Wochen diese Zahlungen bei den Menschen ankommen.

Auch bei den Kontaktbeschränkungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen wir über die Bund-Länder-Beschlüsse ein Stück weit hinausgehen. Gerade die Frage der Betreuungssystematik für Kinder, aber auch für ältere Menschen, die pflegebedürftig sind, verlangt von uns, dass wir eine in diesem Sinn vorgeschlagene Ausnahme vom Bund-Länder-Weg machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam die richtigen Wege finden, um aus dieser Pandemie herauszukommen. Dazu brauchen wir noch Geduld, aber vor allem müssen wir in den nächsten Wochen die Zähne zusammenbeißen, um den harten Lockdown in diesem Land mit den Menschen durchzustehen. Dafür wünsche ich uns allen viel Kraft und alles Gute.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dankbar, Herr Ministerpräsident, dass Sie dem Landtag von Baden-Württemberg heute die Gelegenheit geben, über die in der Ministerpräsidentenkonferenz vereinbarten Maßnahmen zu debattieren, bevor die Verordnungen in Kraft treten. Anders als die AfD sind wir nicht der Auffassung, dass es so etwas wie ein Vorschlagsrecht der Exekutive an das Parlament nicht gibt. Entscheidend ist, dass sich das Parlament zu diesen Vorschlägen positionieren und dann am Ende auch im Wege von Entschließungsanträgen abstimmen kann. Das ist gegeben. Das ist an dieser Stelle für uns das Entscheidende.

Wir unterstützen Sie auch ausdrücklich darin, für das Impfen zu werben. Natürlich wollen wir keinen Impfwang – das ist völlig klar –, aber es ist, glaube ich, erkennbar, dass es Sinn macht, zur Bekämpfung dieser Pandemie für die Impfung zu werben.

Herr Gögel, ich habe das meiste von dem, was Sie hier erzählt haben, nicht verstanden. Aber eines war besonders skurril: Auf der einen Seite machen Sie das Impfen madig und behaupten hier quasi, diejenigen, die den Impfstoff erfunden haben, lassen sich selbst nicht impfen, weil der so gefährlich ist, aber auf der anderen Seite werfen Sie der Landesregierung vor, dass noch so wenig Leute geimpft sind. Das ist AfD-Logik, Herr Gögel.

(Beifall – Zurufe)

Da nimmt es einem wirklich den Hut weg.

Die Pandemielage ist nun einmal erkennbar gefährlich. Wer halbwegs vernünftig ist, kann nicht leugnen, dass es notwendig ist, dass die Politik Maßnahmen ergreift – auch nach unseren Kriterien.

Wir haben ja immer kritisiert, dass Sie sich allein an der Inzidenz von positiv Getesteten orientieren, und haben immer gesagt, man müsse sich auch anschauen: Wie hoch ist die Zahl der belegten Intensivbetten, wie hoch ist die Zahl derjenigen, die einen schweren Krankheitsverlauf nehmen? Aber diese Zahl ist nun einmal auch so, dass die Politik nicht einfach sagen kann: „Das Ganze ist ungefährlich.“ Deshalb ist es auch notwendig und sinnvoll, sich zu überlegen: Welche Kontaktbeschränkungen machen Sinn?

Einen Teil Ihrer Maßnahmen unterstützen wir, andere – darüber wird zu reden sein – nicht.

Mehr Schnelltests in Alten- und Pflegeheimen: Auch dafür sind wir dankbar; das findet sich in dem Beschluss. Da geht es um den Schutz vulnerabler Gruppen. Ich will daran erinnern und es dem Kollegen Reinhart zurufen – Bei ihm ist ja für seine gesamte landespolitische Agenda der Satz „Hinterher ist man immer klüger“ mittlerweile quasi zum Leitmotiv geworden.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Aber wir haben schon vorher immer darauf hingewiesen: Im Sinne einer Protektionsstrategie ist es notwendig, vulnerable Gruppen zu schützen.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Ja, Kollege Stoch, so wie die SPD-Fraktion haben auch wir schon vor Weihnachten gefordert, man solle im Sinne des Handels zu Click and Collect kommen. Das hätte dem Handel geholfen. Aber Kollege Reinhart wird sagen: Hinterher ist man klüger.

Ich wäre auch dankbar, wenn wir nicht zu einer 15-km-Regel kämen – zumindest im Moment nicht. Denn es wäre der Bevölkerung schwer vermittelbar, zu sagen: Wenn jemand 16 km allein im Auto unterwegs ist, ist das eine größere Gefahr für das Infektionsgeschehen als ein Bus, in dem 30 oder 40 Leute sitzen. Nicht alles, was auf der Ministerpräsidentenkonferenz gelegentlich beschlossen wird, ist also der Weisheit letzter Schluss.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie sind ein Merkel-Leugner!)

Aber was für uns natürlich eine zentrale Rolle spielt – da muss man schon etliche Fragezeichen setzen –, ist die Politik der Kultusministerin – die jetzt nicht mehr da ist. Wahrscheinlich hat sie befürchtet, dass ich ihre Politik ähnlich lautstark würdige wie mein Vorredner, und sich lieber davongemacht. Aber ich kann sie da ein Stück weit beruhigen: Ich werde das etwas leiser im Ton, aber nicht minder deutlich machen.

Da kommt die Ankündigung: „Voraussichtlich am 18. Januar öffnen die Schulen.“ Und Sie, Herr Ministerpräsident, haben erklärt: „Am nächsten Donnerstag treffen wir die Entscheidung“ – also in sechs Tagen.

Wir haben – das wurde schon mehrfach zitiert – am heutigen Tag über 30 000 gemeldete Neuinfektionen sowie eine Rekordzahl von an oder mit Corona Verstorbenen. Glaubt da wirklich jemand ernsthaft, dass diese Landesregierung am nächsten Donnerstag, in sechs Tagen, beschließt: „Jetzt ist die Luft rein, wir öffnen alle Schulen“? Nein. Das Problem ist,

(Zuruf)

dass die Kultusministerin aus Wahlkampfgründen immer wieder Positionen bezieht, an die sie selbst nicht glauben kann. Das ist doch das Problem. Sie verkündet Dinge, die sie selbst nicht glaubt.

(Beifall)

Herr Ministerpräsident, ich würde von Ihnen schon erwarten, dass Sie ein solches Spiel nicht mitmachen, es sei denn – es ist auch Wahlkampf –, Sie sagen: „Lasst die Eisenmann nur mal reden, die werden wir in der nächsten Woche schon wieder einfangen.“ Bisher war es immer so. Aber das Problem ist: Diese Form des Wahlkampfs läuft auf dem Rücken der Kinder, der Eltern und der Lehrerschaft. Das ist das Problem der Schulpolitik im Land Baden-Württemberg.

(Beifall – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Diese Ministerin hat keine Strategie für die Schulen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Sie sorgt durch widersprüchliche Ankündigungen für maximale Verwirrung. Es gibt jeden Tag neue Wasserstandsmel-

dungen. Das Schlimmste ist: Die Schulpolitik in Baden-Württemberg ist vollkommen unberechenbar geworden, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Natürlich ist es richtig, möglichst zu Präsenzunterricht zu kommen. Präsenzunterricht ist das, wovon junge Menschen am meisten profitieren.

(Zurufe, u. a.: So ist es!)

Natürlich wollen wir den Präsenzunterricht jetzt auch nicht untersagen oder davon abraten, sondern Präsenzunterricht muss eben abhängig vom Infektionsgeschehen und nach pädagogischen Erfordernissen – beispielsweise für Prüfungsklassen – durchaus möglich gemacht werden. Aber wir können in einer Situation wie dieser nicht einfach einzig und allein auf Präsenzunterricht setzen.

(Zuruf: So ist es!)

Was wir brauchen, ist nicht eine Präsenzgarantie, sondern eine Bildungsgarantie. Diese Bildungsgarantie umfasst dann eben auch Notbetreuung, umfasst Fernunterricht, umfasst Wechselunterricht. Das muss strategisch abgestimmt werden.

(Beifall)

Es muss ein realistischer Plan sein, eine realistische Strategie. Sie muss vor allem auch für alle am Bildungswesen Beteiligten berechenbar sein. Diese Berechenbarkeit gibt es nicht – es gibt Verwirrung bis hin zu Verzweiflung. Das sind der Grund und das Ergebnis Ihrer Bildungspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ich bin auch dankbar, Herr Ministerpräsident, dass diese Landesregierung – Sie haben sich ja im Kreise der Ministerpräsidenten eher die Rolle eines Hardliners erworben; bei diesen Beschlüssen jetzt erfreulicherweise nicht – das nicht einfach umgesetzt hat: Nur noch eine Person, die nicht im gleichen Haushalt lebt, darf Kontakt zu einer Familie haben.

Es wäre auch außerordentlich schwierig, nun zu erklären: Die Großeltern dürfen ihren Enkel nicht mehr besuchen. Wobei: Ich sehe jetzt nicht ganz klar, wie das, was Sie vorhin vorge tragen haben, zu verstehen ist.

(Zuruf)

Ist das so zu verstehen – wenn Kinder unter 14 Jahren nicht mitzählen –, dass Kinder unter 14 Jahren dann Opa und Oma besuchen dürfen, aber Opa und Oma die Kinder nicht? Oder vielleicht nur Opa oder nur Oma? Das sollte man vielleicht noch erklären. Vor allem sollte man das klären, bevor die Verordnung rausgeht und das Ganze dann möglicherweise von den Kommunen umgesetzt werden muss.

Auch die Nachbarschaftsbetreuung ist wichtig. Auch da sind wir dankbar, dass es eine Ausnahmeregelung gibt.

Wir müssen allerdings konstatieren – deshalb können wir dem Entschließungsantrag der Regierungskoalition mit Sicherheit nicht zustimmen –, dass viele Maßnahmen der Vergangenheit ins Leere gelaufen sind, dass der „Wellenbrecher-Lockdown“

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

gescheitert ist; denn sonst hätten wir nicht diese Entwicklung. Man hat da eine Regelung auf den Weg gebracht, hat sie „Wellenbrecher-Lockdown“ genannt und erklärt: Wenn wir das machen, dann drängen wir die Infektionszahlen zurück.

Das Gegenteil ist richtig. Nimmt man den einen Tag mit den Nachmeldungen aus, dann haben wir am heutigen Tag so ziemlich die höchste Zahl neu gemeldeter Infektionen im Land.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Positive Tests, Herr Rülke! Das bitte ich sorgfältig zu unterscheiden!)

Deshalb bestätigt sich offensichtlich, was wir in der Vergangenheit schon gesagt haben. Kollege Reinhart würde wahrscheinlich sagen: „Hinterher ist man immer schlauer.“

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]
– Gegenruf des Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Ruhig!)

Wir haben schon damals gesagt, diese Maßnahmen seien eher kontraproduktiv.

Wenn ich nämlich beispielsweise Gaststätten, Kultureinrichtungen oder Sportstätten mit funktionierenden Hygienekonzepten und funktionierenden Abstandsregelungen schließe und die Leute sozusagen ins Dunkel der Privatheit abdränge, habe ich am Ende mehr Infektionen als vorher. Das ist der Grund, warum Sie jetzt zu solchen Maßnahmen wie im Schwarzwald gezwungen werden, wo verhindert werden soll, dass sich die Leute im Schnee treffen. Denn in der Vergangenheit haben die Maßnahmen zwar das soziale Leben eingeschränkt, aber eben an Stellen, wo es nichts gebracht hat. Das war der Fehler Ihrer Politik.

Deshalb können wir auch einem Entschließungsantrag nicht zustimmen, in dem sich diese Regierungskoalition auf die Schultern klopf.

(Beifall)

Herr Kollege Reinhart, den ersten Punkt Ihres Entschließungsantrags sollten Sie streichen und ersetzen durch: „Hinterher ist man immer schlauer.“ Dann stimmen wir vielleicht zu.

(Heiterkeit und Beifall)

Insgesamt hat diese Regierungskoalition vor allem keine Öffnungsstrategie. Nach wie vor – das mahnen wir immer wieder an – tasten Sie sich von Ministerpräsidentenkonferenz zu Ministerpräsidentenkonferenz nach dem Motto „Schauen wir mal, wie die Lage ist“. Dann gibt es wieder neue Wasserstandsmeldungen – das nächste Mal am 25. Januar. Da treffen sich dann die Ministerpräsidenten erneut mit der Kanzlerin; das haben Sie schon angekündigt. Dann wird es eine Bestandsaufnahme geben. Es wird neue Regelungen geben, die wir im Landtag von Baden-Württemberg wahrscheinlich zeitnah diskutieren werden.

Aber es gibt keine Perspektive, keine Perspektive für die gesellschaftliche Öffnung, keine Perspektive für die Frage: „Wie geht es mit der Wirtschaft weiter?“, keine Perspektive für die Frage – das wurde schon ausgeführt –: „Wie geht es in diesem Land mit der Bildungspolitik weiter?“ Das funktioniert eben nicht.

Vielmehr stellen wir fest, dass auch die finanziellen Hilfsmaßnahmen nicht ankommen – anders als beispielsweise in Bayern. Das funktioniert nicht. Sie kündigen jetzt an, dass die Novemberhilfe ab 10. Januar kommt. Das ist schwierig und in sich schon ein Widerspruch. Wir hätten gern, dass Sie sich auch auf Bundesebene für den steuerlichen Verlustrücktrag für die Unternehmen einsetzen. Das wäre kein Ersatz für ausbleibende Zuschüsse, würde aber gerade vielen mittelständischen Unternehmen in Baden-Württemberg helfen.

(Beifall)

Sie setzen aber nach wie vor aufs Durchwursteln. Das Durchwursteln – das müssen wir leider konstatieren – sehen wir auch im Bereich Ihrer Impfstrategie. Ich habe schon eingangs gesagt: Wir werben für das Impfen. Wir halten es für richtig. Ich glaube, europa- und weltweit gibt es schon jetzt genügend Erfahrungen mit dem Impfstoff von BioNTech,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Echt? Gibt's das? Wirklich?)

sodass man sagen kann: Die Gefahren der Nebenwirkungen sind so, dass man nun wirklich niemandem von der Impfung abraten muss.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das kann man nach ein paar Monaten schon sagen, Herr Rülke? Das ist ja interessant!)

Was man allerdings weniger loben kann,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

ist das Impfchaos, das diese Landesregierung in den letzten Tagen und Wochen angerichtet hat. Einerseits schiebt man alles auf die EU und sagt, dass die EU an allem, was nicht funktioniert, schuld sei. Die EU bestellt die Impfdosen, teilt sie national zu, und am Ende bekommen wir in Baden-Württemberg das, was übrig bleibt. Mit hehren Worten haben die Vertreter der Regierungskoalition Europa und die europäische Kooperation gepriesen. Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung vier Staaten aufgezählt und gesagt: Die alle brauchen unsere Solidarität.

Auf der anderen Seite hat dann diese Ministerpräsidentenkonferenz aber doch beschlossen: „Wir brauchen ein zusätzliches Werk in Marburg. Wir müssen jetzt doch auf nationale Produktion umstellen.“ Das passt nicht zusammen, meine Damen und Herren. Auf der einen Seite dient Europa als Sündenbock, auf der anderen Seite wird dann aber wieder auf eine nationale Strategie gesetzt. Diese Sündenbockstrategie gibt es übrigens auch in anderen Bereichen.

In Ihren Ausführungen, Herr Ministerpräsident, findet sich der schöne Satz – ich darf das zitieren –:

Die Hotline funktioniert.

Haben Sie da mal angerufen, Herr Ministerpräsident?

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ich bin ja noch nicht dran! – Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Wenn Sie dort angerufen hätten, wären Sie vermutlich heute nicht hier, sondern noch immer in der Warteschleife.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Oder vielleicht schon tot!)

Also, jetzt zu erklären, die Hotline funktioniere, ist schon eine steile Behauptung. Wir alle hören aus unseren Wahlkreisen anderes, nämlich dass das eben nicht funktioniert, meine Damen und Herren.

Es ist auch interessant: Den 80-Jährigen – Sie sagen, Sie seien noch nicht dran. Sie haben recht – aber bald. Dann wird den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern erklärt: „Ihr seid die erste Gruppe.“ Dann wird ihnen in Aussicht gestellt: „Ihr werdet bald in Kreisimpfzentren geimpft.“ Gleichzeitig gibt es mobile Einsatzteams, die dann zwar in Alten- und Pflegeheime gehen, aber zu älteren Menschen im betreuten Wohnen schon nicht mehr. Also, vom betreuten Wohnen aus muss man sich dann schon einen Termin suchen. Dann bemühen sich die Leute, einen Termin in einem Kreisimpfzentrum zu finden. Dann wird mit großem Getöse angekündigt: „Am 15. Januar geht es los. Ihr könnt schon mal Termine machen.“ Kurz vor dem 15. Januar kommt dann Ihr großartiger Gesundheitsminister und erklärt: „April, April! Es gibt doch keine Termine am 15. Januar, sondern das Ganze verschiebt sich bis Ende Januar.“ Das kommt zu den anderen Dingen, die da im Sozialministerium verschlafen wurden, noch hinzu.

Herr Ministerpräsident, Sie orientieren sich ja immer gern an Bayern und an Ihrem Kollegen Söder. Ich kann Ihnen nur empfehlen: Nehmen Sie sich auch an dieser Stelle Herrn Söder zum Vorbild. Der hat nämlich seine Gesundheitsministerin ausgetauscht. Oder sorgen Sie zumindest dafür, dass jemand anders die Zuständigkeit für dieses Ressort übernimmt.

An dieser Stelle auch eine Frage. Wir haben jetzt überall gehört – Sie haben es in Ihrer Rede gesagt –, es wurde in den Medien gemeldet: Der Impfstoff in den Kreisimpfzentren verzögert sich, weil Sie es nicht auf die Reihe bekommen. Meine Frage ist: Gilt das jetzt für alle Kreisimpfzentren, so, wie Sie es angekündigt haben und wie es auch in Ihrem Redemanuskript steht? Oder ist es frei nach George Orwell so, dass dann doch wieder manches Schwein gleicher ist als das andere? Da hätten wir schon gern gewusst, wie sich das verhält.

Jedenfalls ist es notwendig, möglichst rasch allen über 80-Jährigen im ersten Aufschlag die Möglichkeit zu bieten, zeitnah zu einer Impfung zu kommen. Wenn Sie das mit dem System, das Herr Lucha da aufbaut, nicht schaffen, dann sollten Sie – da bin ich sehr dankbar, um auch, Herr Kollege Reinhart, einmal etwas Lobendes zu sagen – zu einem Einladungssystem kommen. Eine glänzende Idee, die wir schon vor Wochen geäußert haben; aber: Hinterher ist man immer schlauer.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Es ist mit Sicherheit richtig, zu sagen: Wir machen das wie in anderen Bundesländern; wir übergeben das an die Krankenkassen, und diese sollen die über 80-Jährigen einladen.

Wenn Sie das nicht wollen, wenn Sie das ablehnen – Ihr Sozialminister sagt immer: „Wollen wir nicht“ –, dann sollten Sie zumindest den über 80-Jährigen eine Warteliste ermöglichen, sodass eine Perspektive da ist. Denn der Unmut in dieser Bevölkerungsgruppe und auch bei deren Kindern und Enkeln wächst, weil Ihr Versprechen „Die über 80-Jährigen sind in der ersten Gruppe dran“ nicht eingehalten wird. Und das,

was Sie jetzt kommunizieren: „Die Kreisimpfzentren gehen später an den Start“, ist alles andere als hilfreich. Das muss besser werden, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Als Nächster spricht Herr Abg. Pfeiffer.

Abg. Harald Pfeiffer (fraktionslos): Werte Frau Präsidentin, werte Kollegen! Ich wünsche Ihnen allen ein glückliches, gesegnetes und gesundes Jahr 2021 – ein Jahr, mit dem die Menschen viele Hoffnungen verbinden: dass die Pandemie, die Lockdown-Maßnahmen und was alles damit verbunden ist, endlich vorbei sein mögen.

Diese Hoffnungen sind begründet: Am 9. November 2020 gab es u. a. ein Kursfeuerwerk an den internationalen Finanzmärkten – der Impfstoff ist da! Jetzt geht es darum, das Impfen aller Impfwilligen so schnell wie möglich umzusetzen. Der Bundesgesundheitsminister hat hierzu in Aussicht gestellt, dass im Laufe des zweiten Quartals jeder Impfwillige auch geimpft werden kann. Ich nehme ihn da gern beim Wort – je schneller, umso besser.

Zwei in Deutschland ansässige Firmen, BioNTech in Mainz und CureVac in Tübingen, gehören hier zu den Pionieren. Der BioNTech-Impfstoff steht ja zur Verfügung, und das Präparat von CureVac soll nach der Zulassung im Sommer schnell in großen Mengen bereitgestellt werden.

Man sieht auch: Es lohnt sich, unser Land als Innovationsstandort stark zu machen. Bleiben Sie hier bitte am Ball!

Es kann somit genug Impfstoff für die Menschen, für die wir Verantwortung tragen, gesichert werden. Das ist übrigens kein nationaler Egoismus, sondern die ureigenste Pflicht jedes demokratischen Politikers. Länder wie Israel sind hier vorbildlich.

Aber bitte verzichten Sie auf Zwangslizenzen. Es ist verstörend – das sei nebenbei gesagt –, dass von der FDP und der Linkspartei ähnlich lautende politische Forderungen kommen.

Damit keine weiteren Engpässe entstehen, sollte meines Erachtens geprüft werden, wie die vorhandene medizinische Infrastruktur genutzt werden kann. Hier denke ich etwa an die arbeitsmedizinischen Dienste der Berufsgenossenschaften, den Medizinischen Dienst der Krankenkassen – Dienste, die in der Fläche ja bereits gut vertreten sind – oder auch an betriebliche medizinische Dienste. Diese könnten die aktuellen Impfzentren kurzfristig ergänzen und ein Durchimpfen beschleunigen.

Ebenso sollten die Krankenkassen und privaten Krankenversicherungen an den Kosten der Impfkampagnen in Höhe von derzeit 600 Millionen € beteiligt werden, zumal die Kosten bei schweren Covid-19-Verläufen weitaus höher sind.

Gleichzeitig müssen wir die offenen Fragen und vorhandenen Restrisiken des Impfens völlig transparent diskutieren. Nebenwirkungen wird es genauso geben, wie es sie bereits bei haushaltsüblichen Präparaten gegen Kopfweg gibt – wie man den Beipackzetteln solcher Kopfwegpräparate entnehmen kann.

(Harald Pfeiffer)

Nach allem, was wir derzeit wissen, übersteigen aber die Chancen die Risiken deutlich.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Echt?)

In diesem Sinn Ihnen und uns allen ein hoffnungsfrohes Jahr 2021.

Vielen Dank.

(Zurufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie haben sich zu Wort gemeldet.

(Oh-Rufe)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ich kann Sie doch nicht enttäuschen. – Frau Präsident, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z! Zuerst ein gesegnetes neues Jahr. Möge am Ende dieses Jahres mehr Licht stehen, mehr Freiheit für die Bürger,

(Zuruf: Ihnen gute Besserung!)

mehr Einsicht, mehr Wahrheit, mehr Klarheit und vor allem das Recht. Denn das ist massiv infrage gestellt.

Ich lese aus der Bibel:

... ihn, dessen Ankunft nach der Wirkung des Satans geschieht mit jeder Art von Kräften und Zeichen und Wundern der Lüge und mit jeder Art von Verführung zur Ungerechtigkeit unter denen, die verloren werden, weil sie die Liebe zur Wahrheit nicht angenommen haben, um gerettet zu werden.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Lauter, bitte!)

Darum wird ihnen Gott kräftige Irrtümer senden, sodass sie der Lüge glauben, damit alle gerichtet werden, die der Wahrheit nicht glaubten, sondern an der Ungerechtigkeit Gefallen fanden.

Genau das ist das Problem. Es ist eine düstere, eine finstere, eine böse Zeit, in der wir stehen. Wir haben Menschen an den Hebeln der Macht, die ihren Sadismus hemmungslos ausleben – Menschenfeinde, Feinde der Kultur –, die hemmungslos, grob fahrlässig handeln, die Schicksale, Tod, Leid billigend in Kauf nehmen, die Menschen verführen mit Lügen, mit einem aufgeblasenen Virus-Popanz, mit einem Test, der keiner ist – was wir schon lange wissen könnten –, mit Infektionszahlen, die keine sind, mit Krankenhausbelegungen, deren Darstellung völlig überzogen ist und so nicht stimmt. Allein heute: 2 862 Intensivbetten in Baden-Württemberg, 1 000 weniger als im August, davon 20 % mit Covid-19-Patienten belegt. Von einer Überlastung kann keine Rede sein; wer genauer nachschaut, wird das Gegenteil finden.

Trotzdem verbreitet man das Paniknarrativ, um die Menschen in Schach, in Bann zu halten, damit sie sich endlich dieser Impfung hingeben, einer medizinischen Prozedur, die völlig unausgegoren ist und die vielleicht in drei bis fünf Jahren erhebliche Probleme bereitet: Leid, Tod und Sterben. Wir wissen es nicht. Wer hier also die Impfung leichtfertig propagiert, begibt sich auf ein ganz unsicheres Terrain und macht sich letztlich zu einem Jünger Josef Mengeles.

(Zurufe – Unruhe)

Aber das ist auch kein Wunder, denn in den Georgia Guidestones steht ja, dass man die Menschheit auf 500 Millionen reduzieren müsse.

(Zurufe)

Wir haben hier die Auswüchse des „Deep State“, der Menschheitsvernichtung, wir haben hier das Ende eines sinnvollen Parlamentarismus.

Ich bin überzeugt: So, wie Sie die Menschen jetzt quälen, wird das, was wir nur als Show im Kapitol in Washington oder am Reichstag gesehen haben, Wirklichkeit werden. Die Bürger werden allein um ihres schieren Überlebenswillens auf die Straße gehen und Sie aus Ihren Ämtern und Regierungssitzen vertreiben. Es ist höchste Zeit, dass das Volk für sein eigenes Leben und seinen eigenen Erhalt aufsteht, um Sie, den Pol Pot der „Grünen Khmer“, aus Ihrem Amt zu werfen.

(Zurufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, das war jetzt der Gipfel. Ich will schon im Vorhinein sagen, dass Sie – wenn auch nicht persönlich benannt – Mitglieder der Regierung nicht mit Mengele und ganz konkret den Herrn Ministerpräsidenten nicht mit dem Pol-Pot-Regime vergleichen dürfen. Das ist ein Ordnungsruf.

(Beifall – Zurufe, u. a.: Vielen Dank! – Er gehört raus!
– Abg. Hans-Ulrich Scerl GRÜNE: Rausschmeißen!
– Abg. Udo Stein AfD: Wir sind tolerant!)

– Toleranz heißt nicht Beliebigkeit.

(Abg. Udo Stein AfD: Ertragen heißt das!)

Herr Minister Lucha, Sie haben das Wort.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir einige wenige aufklärende Sätze

(Abg. Anton Baron AfD: Wie viele Betten habt ihr abgebaut in dieser Legislaturperiode?)

zu den doch ziemlich fehlerhaften Darstellungen zu den Impfbetrieben, den Impfstrategien und den Impfbetrieben.

Wir haben am 27. Dezember mit den Impfungen begonnen. Der Impfstart war ein voller Erfolg. In Baden-Württemberg haben wir zehn zentrale Impfbetriebe aufgebaut. Der Fraktionsvorsitzende der FDP/DVP hat noch beim Neujahrsempfang oder bei dem Dreikönigstreffen der FDP davon gesprochen, Baden-Württemberg hätte dieselbe Summe wie das Saarland. Das ist natürlich mitnichten der Fall.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

In der ersten Info war eine politische – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Na also! Genau das habe ich gesagt!)

– Das haben Sie aber dann immer so weiter kolportiert.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

(Minister Manfred Lucha)

Wir haben natürlich ganz streng nach dem Bevölkerungsschlüssel aufgebaut. Wir haben derzeit 5 000 Impfungen täglich, meine Damen und Herren.

Wir bekommen von überall die Rückmeldung, dass die Leute sehr dankbar sind. Selbstverständlich hat es am Anfang in der Info-Hotline – – Wir hatten ganz am Anfang 86 000 Zugriffe. Wir haben uns ganz bewusst auf die kv.digital mit dem Bund verständigt und keinen Einzelweg gemacht wie die Kollegen in Rheinland-Pfalz, denen die Hotline sofort nach einem Tag zusammengebrochen war. Wir haben jetzt eine Baden-Württemberg-Weiche nachgeschaltet, und wir haben nur noch kurze Verweildauern.

Was natürlich ist – selbstverständlich –: Wir haben geplant, als wir – – Den Satz erlauben Sie mir einfach ganz schnell einzufügen. Noch im Spätsommer letzten Jahres war überall die Rede: „Wir beginnen mit dem Impfen Mitte des Jahres 2021.“ Es ist doch eine große politische Kraftanstrengung der Bundespolitik, der Länder, der Europäischen Union, dass es, zusammen mit der Forschung, gelungen ist, den Beginn auf Ende des letzten Jahres vorzuziehen.

(Beifall)

Ja, es wurden und werden feste Impffolgen nach dem Bevölkerungsschlüssel an die Länder vergeben. Warum müssen wir jetzt den für uns konzipierten Start bei den Kreisimpfzentren um sieben Tage verschieben? Weil die für die Kalenderwoche 1 vorgesehene Lieferung von BioNTech nicht stattgefunden hat. Wenn wir jetzt in der nächsten Woche den Start an den Kreisimpfzentren gemacht hätten, hätten wir diesen Impfstoff bunkern müssen und ihn in dieser Woche nicht verimpfen können. Wir verimpfen ihn weiter in den zentralen Impfzentren, gestärkt durch unsere mobilen Teams.

Ich beantworte auch Ihre Frage, sehr geehrter Herr Rülke: Ja, im Landkreis Konstanz gab es, wie so oft im Leben, einen technischen Konflikt. Dort ist das System hochgeschaltet gewesen, sodass man tatsächlich Termine einbuchen konnte. Dann hat das Zentrum in Singen 200 Termine vergeben. Die dafür benötigten Dosen – darauf haben wir uns gestern mit dem Landkreis Konstanz verständigt – werden jetzt auch verimpft, damit dort keine Irritation geschieht.

(Abg. Anton Baron AfD: Wie viele Betten haben Sie abgebaut, wie viele Krankenhäuser haben Sie geschlossen?)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Nein, ich mache das jetzt schnell fertig. – Ich sage Ihnen noch etwas ganz Wichtiges: Was machen wir anders als andere? Starren Sie jetzt nicht auf Einzelwerte wie 5,1 oder 6,7. In der Summe werden wir bis zur nächsten Lieferung wieder jeden vorhandenen Impfstoff verimpft haben. Aber wir machen konsequent keine Kohortenimpfung. Wer heute bei uns im Land den ersten Impftermin hat, hat den zweiten Termin garantiert. Wenn in anderen Ländern, die jetzt ganz stark durchimpfen, eine kleine Lieferschwierigkeit eintritt – das kann zu jedem Zeitpunkt eintreten, meine Damen und Herren –, kann dort die notwendige zweite Impfung nicht durchgeführt werden.

Die amerikanische Zulassungsbehörde FDA sagt ganz klar – darin besteht auch die Gefahr für Großbritannien, wo man zunächst auf die zweite Impfung verzichtet –: Bei diesem mRNA-Impfstoff ist es notwendig, binnen 21 bis 28 Tagen die zweite Impfung vorzunehmen.

Im Übrigen haben wir uns jetzt auf der Ebene der Ministerrunde mit dem Paul-Ehrlich-Institut und dem RKI darauf verständigt, dass wir die Rhythmen von Moderna und BioNTech miteinander abstimmen – die Rhythmen, nicht die Impfstoffe; die zweite Impfung erfolgt immer auf der Basis des Impfstoffs der ersten Impfung –, damit wir das organisatorisch unterbekommen.

Also, meine Damen und Herren, es ist eine Mär, wir hätten ein Impfchaos; das stimmt einfach nicht. Wir haben fünfmal so hohe Kapazitäten, als uns derzeit Impfstoffe zur Verfügung stehen. Die Situation wird aber von Mal zu Mal besser. Das ist jetzt einfach ein Halbmarathonlauf. Wir verfügen aber über eine gute Struktur. Wir haben den großen Vorteil, dass durch die Abläufe in den zentralen Impfzentren Lerneffekte für die Kreisimpfzentren, was die Modalitäten und die Abläufe anbetrifft, entstehen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Was die Applikation der mobilen Impfteams angeht, muss ich Ihnen sagen: Wir haben jetzt beschlossen, dass aus einer Phiolen sechs Impfdosen entnommen werden dürfen. Bei Moderna werden es dann zehn sein. Sobald eine Phiolen geöffnet ist, müssen die Dosen verimpft werden. Daraus kann man keine Einzelteile herauslösen. Das ist keine Bagatelle, meine Damen und Herren. Das ist eine hochtechnische und logistische Herausforderung.

Wir haben gesagt: „Jeder Impfstoff, der uns zur Verfügung steht, kommt zur Anwendung.“ Das ist in gewisser Weise ruhig und konservativ. Aber wir werden von Lieferung zu Lieferung alle Impfstoffe an die Bürgerinnen und Bürger bringen.

Im Übrigen, was Ihre Frage nach den Einladungen und den Altersklassen betrifft: Baden-Württemberg ist das Bundesland mit der höchsten Quote der über 80-Jährigen, die zu uns in die Impfzentren kommen und diese Impfungen entgegennehmen. Das ist ein ganz großer Erfolg.

Wir haben uns in der Landesregierung entschieden, dass wir jetzt zum Start in der ganzen Fläche an alle Haushalte in einfacher Sprache formulierte Ablaufschreiben versenden werden, denen zu entnehmen ist, wie man an eine Impfung kommt und wie wir gewissermaßen am Ball sind,

(Beifall – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

damit wir tatsächlich alle so erreichen, dass jeder an den Impfstoff kommt. Meine Damen und Herren, ja, der Bundesminister – – Ich bin Ihnen dankbar für Hinweise auch aus Ihren Reihen, wie in Baden-Württemberg, Frau Wirtschaftsministerin, jetzt unter Umständen auch noch mit hiesigen Betrieben unterstützt werden kann.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Herr Rülke, jetzt zu Marburg: Marburg diskutieren wir schon seit dem Sommer. Ich sage Ihnen etwas, was Sie selbst schon

(Minister Manfred Lucha)

wissen. In meinem ersten Leben war ich ja in der großtechnischen Chemie tätig, und ich habe bei Aminoxiden auch einiges erlebt, was dann nicht auf den Markt ging. Wir wissen, dass BioNTech im November einfach eine Charge von einer Million kaputtgegangen war. Dabei handelt es sich eben nicht um Edelbrause, sondern um einen hoch-hochtechnischen und unter Sicherheitsaspekten zu produzierenden Impfstoff. Und dass Marburg mit den Hessen, mit dem RKI und allen Genehmigungsbehörden so schnell an den Markt geht: Da könnten sich andere Projekte in dieser Republik eine Scheibe abschneiden.

Da sind, glaube ich, auch wir, Herr Ministerpräsident, mit CureVac und mit der Forschung, die hier aus diesem Land kommt, sehr gut aufgestellt. Das werden wir auch weiterhin so umsetzen.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, bleiben Sie bitte noch einen Moment am Redepult. Es liegen drei Fragen vor.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Ja, gut, drei Fragen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Abg. Dr. Baum.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Ach so! – Ja, okay.

(Unruhe)

Frau Abg. Dr. Baum, bitte fragen Sie. Selbstverständlich!

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Vielen Dank, Herr Minister. Es ist ja nicht selbstverständlich, sondern eher die Ausnahme, dass Fragen beantwortet werden.

Meine konkrete Frage lautet: Wer wird für Folgeschäden der Impfung zur Verantwortung gezogen? Übernimmt die Regierung die Verantwortung? Wird das heruntergebrochen auf die Landratsämter, oder ist letzten Endes sogar der Arzt, der die Impfung vornimmt, verantwortlich für die Folgeschäden?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Es gibt immer eine klare gesetzliche Verantwortung. Wenn es am Impfstoff selbst liegt, wenn es also ein sogenannter Impfschaden wäre, dann hilft das Versorgungsgesetz. Wenn Folgeschäden auf Nachlässigkeit zurückgingen, weil wir technisch arbeiten, sind wir am Ende für die in der Haftpflicht, die wir angestellt haben und die diese Tätigkeit für uns wahrgenommen haben.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Danke schön!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Danke schön, Herr Minister. – Herr Abg. Haußmann, bitte.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Herr Minister, Sie haben jetzt gerade noch einmal erläutert, dass es eine Ausnahme gibt, weil da schon Termine vergeben wurden. Jetzt gibt es offenbar aber auch andere Landkreise mit Kreisimpfzentren, die ebenfalls schon Termine vergeben hatten und diese

Termine offenbar wieder gestrichen haben. Welche Kommunikationsstrategie haben Sie denn da gewählt? Denn wir haben ja die Information bekommen, dass grundsätzlich erst eine Woche später begonnen wird.

Nach welchen Kriterien haben Sie jetzt festgelegt, welche Kreisimpfzentren doch impfen dürfen und welche nicht?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Noch einmal: Grundsätzlich sind keine Termine offiziell freigeschaltet. Die Konstanzer waren sehr agil und haben tatsächlich schon Termine für sich gebucht, und das ist – hervorgehoben durch einen technischen Fehler bei kv.digital – nach oben sichtbar geworden. Deshalb sind wir erst einmal darauf aufmerksam geworden, dass Termine gemacht wurden. Denn die offizielle Freischaltung für die Kreisimpfzentren wird jetzt erst am 19. vereinbart – sehr zeitnah zur Öffnung. Denn wir wissen erst am Ende ganz genau, wie viele Dosen die Zentren tatsächlich zur Verfügung haben, sodass sie die Termine verbindlich vergeben können.

Dem Landkreis Konstanz, Basis Singen – das ist der einzige Landkreis, in dem Termine vereinbart wurden; uns ist heute Morgen nichts anderes kommuniziert worden –, konnten wir jetzt diese 200 Dosen, die verbindlich organisiert oder vergeben wurden, geben. Den Spielraum dafür hatten wir.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Danke schön. – Dann kann auch Herr Abg. Stein von der AfD noch seine Frage stellen.

Abg. Udo Stein AfD: Vielen herzlichen Dank für das Zulassen der Frage, Herr Minister. – Ich habe folgende Frage an Sie: Ich habe mich gestern mit jemandem aus der Pflege unterhalten. Die Dame sagte mir, dass auf sie und ihre Kollegen ein enormer Druck ausgeübt wird, dass sie sich impfen lassen müssen – und dass im Zweifelsfall sogar die Kündigung droht. Wie stehen Sie zu dieser Situation, wenn das Pflegepersonal erpresst wird? Welche rechtliche Grundlage sehen Sie dafür, und finden Sie persönlich einen solchen Umgang richtig?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Herr Abg. Stein, ich kenne diesen Vorgang nicht. Er wurde mir persönlich nicht zugetragen. Ich werbe mit persönlichen Anschreiben bei allen Vertretern in der Medizin und der Pflege, dass sich die in diesem Bereich Tätigen impfen lassen sollen.

Ja, für uns ist es eine große Herausforderung. Wir haben es gehört: In Halberstadt, Sachsen-Anhalt, war man bei den Impfungen ein bisschen früher dran, hat einen Frühstart gewählt, und nur zehn von 40 Beschäftigten in der Altenhilfe hätten sich impfen lassen. Ja, wir müssen da stärker informieren.

Ich bin im Übrigen sehr dankbar, dass wir – nach den Stichproben zu urteilen – mit Blick auf die Impfungen des Pflegepersonals in den Altenhilfeeinrichtungen in Baden-Württemberg deutlich höhere Quoten haben, als uns das aus anderen Bundesländern geschildert wird. Es ist keine Frage von Zwang und Repression, sondern eine Frage von Verantwortung, Vernunft und Aufklärung. Es gibt keine Impfpflicht. Aber ich weiß von den Medizinernden selbst, dass sie sich zunehmend als Vorbild positionieren und es als Best Practice darstellen.

(Zuruf: Zwang!)

(Minister Manfred Lucha)

Im Übrigen – das war immer meine These – wird die Zustimmung zum Impfen mit dem Impfbeginn größer. Nach der gestrigen Umfrage von Medien ist die Zustimmung in Baden-Württemberg vermutlich gar nicht so schlecht, obwohl Baden-Württemberg ein impfskeptisches Land war. Daran arbeiten wir gerade. Es wird kein Zwang ausgeübt, sondern informiert und an die Vernunft sowie das Verantwortungsbewusstsein der Kolleginnen und Kollegen appelliert.

(Beifall – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Keine Antwort! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Was ist mit der Kündigungsdrohung? Sie haben keine Antwort gegeben! Keine Antwort ist auch eine Antwort! Es gibt sie also, die mittelbare Drohung! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun spricht noch einmal der Herr Ministerpräsident.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Oh, das löst ja eine zweite Runde aus! Wie schön!)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal herzlichen Dank für die Debatte, die bei den meisten auf einem guten Niveau stattgefunden hat. Danke für die Unterstützung durch die Regierungsfractionen, aber auch für die weitgehende Unterstützung durch die SPD und die FDP/DVP – bei aller Kritik im Einzelnen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Der Blockparteien halt!)

Ich will mit Ihrem Beitrag anfangen, Herr Fraktionsvorsitzender Gögel. Sie haben behauptet, wir würden das Grundgesetz außer Kraft setzen.

(Abg. Anton Baron AfD: Die Grundrechte, ja!)

Ich meine: Man muss sich – wir haben die Vorgänge in den USA vor Augen – überlegen,

(Vereinzelt Lachen – Abg. Carola Wolle AfD: Was hat denn das damit zu tun?)

was solche Aussagen in entsprechenden Situationen bewirken können, was es bewirken kann, wenn man einfach behauptet,

(Zuruf: Deshalb machen sie es ja!)

eine Regierung setze das Grundgesetz außer Kraft.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Das tun Sie doch schon seit zehn Monaten! – Weitere Zurufe, u. a.: Am Parlament vorbei! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: So ein Quatsch!)

Das sind ungeheure Vorwürfe, die Sie da erheben. Sie sind natürlich abwegig und ohne Substanz.

(Beifall)

Zunächst einmal: Unser Grundgesetz beginnt mit Artikel 1, mit der Unantastbarkeit der Würde des Menschen. Diese Würde hat jeder, egal, wer er ist, woher er kommt oder wie alt er ist. Das ist der oberste Maßstab, den wir bei jeder Debatte anlegen, auch bei einer Pandemiedebatte.

(Beifall – Abg. Anton Baron AfD: Es gibt mehrere Grundrechte!)

Der nächste Artikel, Artikel 2 des Grundgesetzes, garantiert die freie Entfaltung der Persönlichkeit, soweit jemand nicht die Rechte anderer verletzt.

(Zurufe, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unversehrtheit!)

Klar ist: Wenn jemand einen anderen mit einer schweren Krankheit infiziert, verletzt er dessen Persönlichkeitsrechte.

(Zuruf: Richtig!)

Also muss man das verhindern. Das ist der erste Auftrag.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Weil das so ist, Herr Fraktionsvorsitzender Gögel, gibt es im Land ein Pandemiegesetz, das das regelt, und im Bund ein Infektionsschutzgesetz. Wenn Sie mal in dieses Gesetz hineinschauen würden,

(Der Redner hustet. – Abg. Udo Stein AfD: Haben Sie uns jetzt angesteckt?)

das dieser Landtag ja erst kürzlich beschlossen hat, dann würden Sie sehen, dass das Pandemiegesetz selbstverständlich aus diesem Grund die Landesregierung ermächtigt, in andere Grundrechte einzugreifen. Denn anders geht es überhaupt nicht.

(Zurufe)

In Artikel 2 Absatz 2 des Grundgesetzes heißt es:

Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

Das heißt, mit den Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung schützen wir dieses elementare Grundrecht auf Leben und Unversehrtheit.

(Beifall – Zurufe)

Jetzt ist es aber logisch, dass das nur geht, wenn man andere Grundrechte einschränkt, nämlich die Grundrechte, die der Ausbreitung dieses Virus dienen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ausufernde Begründungen der Staatsgewalt!)

Es ist ganz normal bei jedem Verfassungsgrundrecht, dass es nur im Zusammenhang mit den anderen Grundrechten wirksam werden kann. Deswegen gibt es fast keine unbeschränkten Grundrechte.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie wollen die Menschen knechten! Das ist alles! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das ist aber eine Tatsache. Darum ist es ein vollkommen abwegiger, falscher und irreführender Vorwurf, den Sie hier erheben.

(Beifall – Zurufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Ministerpräsident, ich habe Wortmeldungen für Zwischenfragen von Frau Abg. Dr. Baum und Frau Abg. Wolle. Lassen Sie diese zu?

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das hilft doch nichts! – Zurufe: Nein! – Gegenruf: Warum nicht?)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Diesem Extremismus, den Sie mit solchen Vorwürfen verbreiten,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie sind doch der Extremist! Sie spielen mit den Menschenleben!)

müssen wir entschieden entgegentreten.

(Zuruf: Sie sind der Extremist!)

Sie zündeln da mit dem friedlichen Zusammenleben in diesem Land. Das werden wir nicht zulassen.

(Beifall – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wie weit man andere Grundrechte im Zusammenhang damit einschränken kann, ist allerdings in der Tat jede Debatte wert, und die wird hier auf einem hohen Niveau geführt. Das will ich Ihnen einmal sagen.

(Zurufe)

Nur: Von Ihnen habe ich noch nie einen Beitrag gehört, der mir auch nur irgendwie eine Hilfe gewesen wäre in dem, was ich hier mache – noch kein einziges Mal.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Unverschämtheit! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Deswegen kann ich Sie nur aufrufen – nach dem, was wir am Reichstag und jetzt in den USA erlebt haben –, einfach einmal mit Ihrer Maßlosigkeit aufzuhören und hier zu einer vernünftigen Debatte zu kommen. Diese führen wir selbstverständlich auch mit Ihnen,

(Abg. Udo Stein AfD: Lassen Sie doch mal Fragen zu! – Gegenruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Der kann keine Fragen zulassen! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ruhe!)

auch wenn wir Ihre Meinung im Einzelnen ganz scharf ablehnen. Aber auch Sie haben das Recht, dass wir uns mit Ihrer Meinung auseinandersetzen – aber nur auf der Ebene der verfassungsmäßigen Ordnung und nicht hinter oder neben oder unter ihr.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ich impfe Sie gern, Herr Ministerpräsident! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Von Ihnen würde ich nicht mal ein Hustenbonbon nehmen! – Heiterkeit)

Ich will jetzt noch einmal betonen, weil Sie das dauernd in Frage stellen: Es gibt für diese Impfung keinen Impfwang. Das heißt nicht, dass es generell überhaupt nie und nimmer einen Impfwang gibt. Das heißt es überhaupt nicht. Es gab zur Pockenimpfung einen Impfwang, und mit diesem hat man diese gefährliche Krankheit weltweit so gut wie ausgerottet. Das heißt, ein Impfwang kann im Einzelfall durchaus notwendig und eine überlegenswerte Maßnahme sein. Aber

das ist natürlich ein ganz extremes Mittel, zu dem man greifen müsste, und das haben wir bei dieser Infektion nicht vor. Es wird da keinen Impfwang geben, es sei denn, in der Gefährlichkeit dieses Virus verändert sich etwas dramatisch.

(Beifall – Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Ministerpräsident, Herr Abg. Dr. Schweickert möchte eine Zwischenfrage stellen.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Das ist der Stand der Debatte. Es ist klar, seit diesen zwangsweisen Impfungen haben sich die Gesellschaft, die Medizin und alles weiterentwickelt, das Wissen über Pandemien und vieles andere. Ich denke, in aller Regel werden wir nicht zu solchen drastischen Maßnahmen greifen müssen.

(Abg. Anton Baron AfD: Deswegen waren Sie nicht vorbereitet auf diese Pandemie! – Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Jedenfalls: Für diese Impfung gibt es keinen Impfwang – damit das mal klar ist.

(Zurufe)

Und das haben nun alle, die Verantwortung tragen, schon x-mal gesagt. Darauf kann sich jeder verlassen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Ministerpräsident, wenn Sie jetzt gerade eine Zäsur machen: Wollen Sie drei Zwischenfragen zulassen? Zwei von der AfD und eine von der FDP/DVP.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Die von der FDP/DVP lasse ich zu, die AfD sollte erst mal nachdenken.

(Beifall – Zurufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Schweickert, bitte.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Herr Ministerpräsident, vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage. – Sie haben vorhin auf die Einschränkungen bei Einzelnen hingewiesen, wenn diese andernfalls negative Effekte bei anderen auslösen würden. Wie stehen Sie, die Landesregierung, denn zu der Diskussion – wenn das jetzt nachgewiesen wird –, dass Geimpfte keine Ansteckungsgefahr mehr darstellen? Wie gehen wir dann mit den Einschränkungen der Freiheitsrechte bei diesen Personengruppen um?

(Zurufe)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Erst einmal beabsichtigen wir da nichts – also nicht, dass wir Geimpfte in irgendeiner Weise privilegieren. Das zu machen wäre bei dem Stand der Impfung gar nicht sinnvoll. Denn wenn wir das machten, würden wir in dem praktischen Handling solch große Schwierigkeiten erzeugen, dass wir das Ganze am Schluss nicht mehr händeln könnten. Das muss man also zuerst einmal sehen.

Ich sehe natürlich das verfassungsrechtliche Problem, das Sie damit aufwerfen – das hat ja die FDP sehr deutlich benannt –, aber ich wüsste nicht, wie das Ganze gehandelt werden könn-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

te. Das könnten wir im Moment praktisch überhaupt nicht umsetzen.

(Abg. Anton Baron AfD: Also Regieren per Verordnung ist in Ordnung!)

Ich wüsste dazu keinen vernünftigen Weg. Aber Sie können entsprechende Vorschläge gern einmal machen.

Eine Privilegierung sehe ich also erst einmal nicht, zumal wir gar nicht wissen, wie es sich bei einem Geimpften bezüglich der Weitergabe einer Infektion tatsächlich verhält.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wir wissen gar nichts! Nur: Sie propagieren das trotzdem!)

Dafür gibt es noch keine wirklich belastbaren Grundlagen. Deswegen wäre es auch schon aus medizinischer Sicht sehr, sehr schwierig, Geimpfte zu privilegieren.

Das heißt, jetzt versuchen wir erst einmal, die Menschen, soweit wir die Impfstoffe zur Verfügung haben, zu impfen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: „Gucket ihr halt amol“, gell? Schwere allergische Reaktion!)

Und dann muss man zu gegebener Zeit über dieses Thema noch einmal ernsthaft debattieren. Aber ich gestehe noch einmal ein: Verfassungsrechtlich ist es natürlich ein Problem, die Freiheitsrechte von jemandem einzuschränken, der nach einer Impfung andere nachgewiesenermaßen gar nicht mehr ansteckt. Das ist also eine durchaus ernste Frage, die Sie da aufwerfen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ja, so ist es, wenn man nichts weiß, gell?)

Ich bin dem Kollegen Schwarz sehr dankbar dafür, dass er in seiner Rede noch einmal die Bedeutung von Wissenschaft als Grundlage von Politik hervorgehoben hat. Das sehen wir auch an der Frage hier. Ich rate uns allen, dafür auch wirklich zu werben. Das ist ganz entscheidend.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wir wissen nichts! Genau! Aber wir glauben fest daran! Wir sind ja katholisch!)

Denn eine moderne Gesellschaft, eine moderne Demokratie kann bei der Komplexität der Realitäten in der Welt anders gar nicht mehr funktionieren. Sie kann nicht mehr funktionieren, ohne dass wir uns immer wieder der Fakten und der Tatsachen versichern. Die liefert uns die Wissenschaft in dem Maß, wie sie das kann.

Weil die Wissenschaft das in dieser Pandemie nur zum Teil kann, können wir eben so etwas wie Planungssicherheit nicht geben. Eine Pandemie ist nun die ungeeignetste Materie, um etwas wirklich planen zu können.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Da gab es doch Übungen! LÜKEX, 2007!)

Wir sehen das jetzt wieder daran, dass diese Virusmutante unsere ganzen Maßnahmen gegebenenfalls wieder über den Haufen werfen kann –

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

z. B. das Maskentragen, das Abstandhalten. Das wissen wir alles noch nicht. Insofern fährt man da in gewisser Weise immer auf Sicht.

Jetzt will ich noch einmal etwas zur Schule sagen, zuvor aber etwas richtigstellen. Herr Kollege Rülke, Sie haben gesagt, wir würden dann alle Schulen öffnen. Das beabsichtigen wir nicht.

(Zuruf: Richtig!)

Alle weiterführenden Schulen bleiben für den Präsenzunterricht den ganzen Januar geschlossen – außer Abschlussklassen. Es geht also nur um die Grundschule. Bei den weiterführenden Schulen ist klar, dass sie über den Januar geschlossen bleiben, wie es die Ministerpräsidentenkonferenz mit der Kanzlerin beschlossen hat.

Was ist nun das Problem bei den Grundschulen und den Kindergärten? Erst einmal möchte ich darauf hinweisen, dass der Beschluss vom 13. Dezember bezüglich der Schulen, den wir wiederholt haben, lediglich sagt: Die Kinder sollen möglichst zu Hause betreut werden usw. Daher werden die Schulen in diesem Zeitraum grundsätzlich geschlossen, oder die Präsenzpflicht wird ausgesetzt. Für die Kindergärten gilt das analog. So haben z. B. die allermeisten Bundesländer die Kindergärten gar nicht geschlossen. Viele haben auch die Grundschulen nicht geschlossen, sondern es wurde lediglich die Präsenzpflicht aufgehoben. Das ist sogar die Mehrheit der Länder gewesen, auch unter unseren Nachbarn. Hessen z. B. hat es noch nie anders gemacht.

Ich will also noch einmal darauf hinweisen: Das heißt, das, was wir beschließen, bewegt sich im Rahmen dieses Beschlusses.

Worin liegt das Problem? Das Problem liegt darin, dass es hier nicht nur um Beschulung, sondern auch um Betreuung geht. Das heißt, wenn ich die Grundschulen schließe, habe ich zugleich ein Betreuungsproblem – streng genommen eigentlich bis Klasse 7.

Jetzt gibt es eine ganz einfache Überlegung. In dieser Weise habe ich mich auch mit der Kultusministerin ausgetauscht. Wenn wir die Grundschulen und die Kindergärten schließen, müssen wir natürlich eine Betreuung ermöglichen. Die kann man nun sehr eng oder weiter fassen. Der Kollege Kretschmer aus Sachsen ging davon aus, dass er das mit 5 % macht. Dann waren es 10 %. Dann war auch das nicht durchzuhalten, weil das für die Alleinerziehenden nicht ging. Und jetzt ist er sehr viel weiter oben.

Wenn ich zum Schluss aber 50 % in der Betreuung habe und damit das Gruppenprinzip aufgegeben wird – das kann man nicht anders händeln, als die Gruppen zusammenzulegen –, muss man doch ehrlicherweise sagen: Dann hat man epidemiologisch mit Zitronen gehandelt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Aber dann heißt die Antwort doch nicht: alles auf!)

Das ist die Überlegung, die dahintersteht. Darüber werden wir uns in dieser Woche besprechen, wenn wir belastbare Zahlen haben. Im Moment geht das ja runter.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wohin „runter“?)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Aber ob das belastbar ist, kann man aufgrund der geringeren Zahl von Testungen und vielem anderen mehr nun wirklich infrage stellen.

Das müssen wir dann also entscheiden. Am Donnerstag hat man am ehesten belastbare Zahlen. Später können wir es nicht machen, denn je nachdem, was wir entscheiden, müssen die Schulen ja wenigstens noch einen Tag Zeit haben, um dies zu organisieren. Deswegen ist der Donnerstag der Stichtag, an dem wir uns da austauschen und dann zu einer entsprechenden Regelung kommen.

Natürlich ist das einerseits inzidenzabhängig; das ist klar. Wir werden das nicht machen, wenn die Zahlen hochgehen. Aber wir müssen dabei immer auch überlegen, ob die Betreuung, die bei einer Schließung einsetzt, in den Schulen und Kindergärten zu einem Zustand führt, der epidemiologisch kontraproduktiv ist. Genau das wird die Abwägung sein, die wir aufgrund der Lage treffen werden. Man muss einfach abwarten, wie die Tendenz ist. Das ist jetzt schwer zu entscheiden.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die Zahl können Sie sagen!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Ministerpräsident, Herr Abg. Binder möchte – –

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ich kann natürlich ganz strikt vorgehen und sagen: Ganz strikt gibt es 50, und alles andere darüber ist dunkelrot.

(Zurufe: Oder?)

Das kann man machen. – Oder: Leider sind wir längst massiv über diesem Wert. Warum das so ist, dazu haben Sie ja einiges gesagt. In der Tat ist man hinterher halt immer klüger. Jedenfalls bekamen wir damals von der Wissenschaft den Rat,

(Zurufe)

das so zu machen; das könnte reichen.

Ich erinnere mich noch: Ich war mit dem Kollegen Lauterbach in einer Talkrunde.

(Oh-Rufe – Abg. Anton Baron AfD: Oje!)

Er ist in diesen Fragen bekanntermaßen sehr streng.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Er hat das gelobt und gepriesen und gesagt: „Das ist der Durchbruch.“

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist der Wahnsinn! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das hätte Ihnen zu denken geben müssen! – Abg. Andreas Stoch SPD: Beim Blinddarm ist der Durchbruch nichts Gutes! – Weitere Zurufe)

Und das hat sich jetzt eben als falsch herausgestellt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Der mit den schlechten Zähnen und der Maske wahrscheinlich!)

Jetzt seien wir doch einmal ehrlich: Der Einzige, der schon im November gesagt hat, man müsse einen scharfen Schließungslockdown machen, war der Kollege Strobl,

(Vereinzelt Beifall – Abg. Andreas Stoch SPD: „Für eine Woche“, hat er gesagt!)

und er war ein einsamer Rufer in der Wüste.

(Zuruf: Ja! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Herr Strobl ist ja der mit St. Blasien und den Lagern!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Binder zu?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Und niemand ist ihm gefolgt. – Bitte?

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Binder von der SPD zu?

(Zurufe – Unruhe)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ja, gleich. – Also, niemand ist ihm gefolgt. Das hatte auch nachvollziehbare Gründe. So, wie damals die Rechtslage war, mussten wir davon ausgehen, dass so etwas vor Gericht überhaupt nicht standhält.

Herr Kollege Rülke, Sie waren immer der Obermahner und fragten, ob das, was wir tun, verhältnismäßig ist.

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Bin ich nach wie vor!)

Da haben sich die Erkenntnisse erweitert. Auch die Rechtsprechung – das kann man sehen – hat ihren Kurs doch in unsere Richtung geändert, aufgrund der Erfahrungen, die man gemacht hat. Das muss man einmal ehrlich sagen.

Heute sind wir schlauer und wissen, dass diese Light-Lockdowns eben nicht das halten, was sie versprechen oder was andere versprechen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Deswegen auch die Verschärfung der Maßnahmen – jetzt, zu diesem Zeitpunkt, obwohl ja erst einmal nur geplant war, den Lockdown so weiterzuführen.

Der Vorschlag zu einer Verschärfung kam erst am Abend vorher; das muss man ehrlicherweise sagen. Da hatten alle Ministerpräsidenten und die Kanzlerin noch einmal ein sehr ausführliches Briefing durch die Wissenschaftler, und da wurde uns klar:

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wer sind die Wissenschaftler?)

Wir müssen jetzt noch einmal verschärfen, wenn wir wollen, dass das Ganze kürzer wird und die Zahlen schneller nach unten gehen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wir wissen es mittlerweile!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Nach unten gehen die Zahlen mit anderen Maßnahmen wahrscheinlich auch – aber viel zu langsam. Dann dauert das Ganze viel zu lange, und es geht immer wieder um Nachbesserungen. Das hat etwas Zermürbendes für uns selbst und für die Bevölkerung.

Deswegen jetzt noch einmal der Versuch, mit diesen sehr, sehr harten Eingriffen – das muss man ja sehen und sieht es auch an Ihren Fragen und Konstruktionen – etwas zu erreichen.

Aber auch da haben Sie wieder ein Beispiel geliefert. Verstehen Sie: Wenn man immer Konstruktionen schafft, wie man eine solche Regelung umgehen kann – etwa, wie Sie gesagt haben, wenn von den Fünfen jeder woanders hingeht –, dann ist sie natürlich Makulatur. Wenn man die Regelung nicht ihrem Sinn nach befolgt, sondern darüber nachdenkt, wie man sie klug umgehen kann, dann hat das ganze Ansinnen zum Schluss keinen Erfolg.

Einer der Wissenschaftler hat uns gesagt: Der Grund, die Erklärung dafür, dass die Zahlen im Oktober nach oben gingen – wir dürfen ja nicht vergessen: wir waren sehr, sehr erfolgreich; über sehr viele Wochen hinweg lagen die Inzidenzen unter zehn; dann gingen die Zahlen hoch –,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das war eine Frage der Testzahlen!)

war, dass sich die Leute dann nicht mehr an die Regelungen gehalten haben. Das war schlicht und einfach der Grund.

Wir müssen uns alle noch einmal klarmachen und dafür werben: Wir können hier Gebote und Verbote rund um die Uhr machen. Wenn jeder versucht, da irgendwo durchzuschlüpfen und diese zu umgehen, werden die Maßnahmen nicht wirken. Wir sind auf das Mitmachen der Bevölkerung angewiesen.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Nach wie vor kein Konzept!)

Glauben Sie mir, es ist ständige Praxis, dass jeder mir erzählt, warum etwas bei ihm nicht sinnvoll ist – und meist sind es nachvollziehbare Argumente. Aber wenn ich dem nachgeben würde, würden wir zum Schluss überhaupt nichts mehr tun.

(Zurufe – Unruhe)

Deswegen ist ein solches System, das wir schaffen, nicht widerspruchsfrei machbar.

(Zuruf: Gut!)

Ich finde auch, diese Ausnahmeregelung bis 14 Jahre ist schon sehr gewagt; das muss ich Ihnen einmal sagen. Wir hatten erst andere Regelungen vor; sie wären aber zu kompliziert gewesen. Wir brauchen einfache, klare Regelungen, sonst hat man wieder 10 000 Anfragen, ob dieses erlaubt ist oder ob man jenes darf.

(Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Deswegen, damit es auch jeder versteht und nicht jeder nachfragen muss – das alles senkt ja die Akzeptanz –, haben wir es einfach so gemacht, wie wir es beschlossen haben. Ich habe dazu ja auch Zustimmung aus den Fraktionen gehört.

Das ist natürlich nicht ganz im Sinne der Kontaktbeschränkungen. Die Kollegin Dreyer sieht Ausnahmen z. B. nur bis zum Alter von sechs Jahren vor. Aber das führt alles zu sehr umständlichen Konstruktionen, die man im Gefolge einer solchen Verordnung machen kann. Deswegen ist das jetzt zwar etwas gewagt, aber es ist dafür klar und verständlich. Jeder weiß jetzt, woran er ist.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Ministerpräsident, würden Sie jetzt eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Binder zulassen?

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Bitte.

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage. – Sie haben gerade angesprochen, dass Sie die Altersgrenze bei 14 Jahren für sehr gewagt halten. Das hat vor allem auch etwas mit der Ansteckungsgefahr und der Weiterverbreitung zu tun.

Im Gegensatz zur Kultusministerin, die unabhängig von Inzidenzzahlen handeln will, haben Sie gesagt: „Es hängt von Inzidenzen ab.“ In welchem Korridor befinden wir uns aber, und ab welchen Inzidenzen macht es überhaupt Sinn, die von Ihnen genannte Abwägung zwischen dem Bildungs- und Betreuungsinteresse auf der einen und der Infektionsgefahr auf der anderen Seite zu machen? Wir sind uns ja einig, dass es bei den Zahlen, die wir heute haben, sicherlich für niemanden – von einzelnen Mitgliedern Ihrer Landesregierung einmal abgesehen – vorstellbar war, dass die Schulen am Montag wieder öffnen, geschweige denn eine Woche später.

Deshalb frage ich: Bei welchen Inzidenzen halten Sie es überhaupt für sinnvoll, eine solche Abwägung zu treffen? Denken Sie, wenn Sie die Schulen unter diesen Bedingungen doch öffnen, an Wechselunterricht oder an volle Klassen? Werden Sie die Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer mit angemessenen und dafür vorgesehenen Schutzausrüstungen versorgen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Haben wir doch schon alles gehabt!)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Abg. Binder, Sie können sich denken, dass wir auch über die Frage nachgedacht haben, ob wir da jetzt eine Inzidenz nennen sollen. Welche sollen wir denn nennen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das tun Sie nicht!)

Jeder hat mir gesagt, es sei besser, eine Inzidenz zu nennen. Wenn ich dann gefragt habe: „Welche nennst du?“, war Schweigen im Walde. Worauf ist das ein Hinweis?

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber irgendeine Entscheidung werden Sie treffen müssen!)

Schauen Sie – ich wiederhole mich jetzt –: Es gibt einen klaren Inzidenzwert im Infektionsschutzgesetz, der bei 50 liegt.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Streng genommen hieße das, dass über diesem Wert Schluss ist und alles zugemacht wird.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Alles zumachen! Das ist gut!)

Das heißt es letztlich. Den Vorschlag gab es; das habe ich schon gesagt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Totaler Lockdown! – Gegenruf des Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Den Mund zumachen!)

Dem sind wir nicht gefolgt. Auf dem Niveau, auf dem wir jetzt sind, würde dann gar keine Unterscheidung mehr gemacht. Alles, worüber wir heute diskutiert haben – die einzelnen Abweichungen –, wäre Makulatur, weil die Inzidenz derzeit weit über 50 liegt. Wir müssten in allen Bereichen zudrehen und zumachen. Das geht aber nicht. Die Sünde ist nun mal gemacht worden und zieht jetzt weitere nach sich.

Von dem hohen Wert muss man jetzt einfach herunterkommen. Wir haben schon sehr drastische Maßnahmen ergriffen. Wir sind darauf angewiesen, dass die Leute mitmachen. Das ist doch das Verhängnis. Schon von der Überlegung, dass bei einer Inzidenz von 200 diese 15-km-Regelung gelten soll, war ich wenig begeistert.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ich will 20 km!)

Wenn wir eine solche Maßnahme treffen, dann hätten wir das doch eigentlich schon bei einer Inzidenz von über 50 machen müssen.

Wir müssen jetzt überall dort, wo es die Gefahr von Menschenansammlungen – wie beispielsweise an touristisch attraktiven Punkten – gibt, handeln. Diese Menschenansammlungen müssen wir verhindern und einschränken. Wir versuchen, die Inzidenzzahlen jetzt wieder massiv herunterzubekommen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Inzidenz 20!)

Wenn die Inzidenz wieder im Bereich von 50 liegt, können wir sehr streng am Infektionsgeschehen selbst und an den Erfordernissen viel rationalere und planbarere Debatten führen. Genau das ist der Sinn. Dann funktioniert das alles. Dann haben Lockerungen ihren Sinn, dann kann man sie einschätzen. Dann kann man die Infektionen nachverfolgen; man kann herausfinden, wo sie stattfinden und wo nicht.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Ministerpräsident – –

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Das kann man bei der jetzigen Inzidenz nicht mehr machen. Deshalb verfolgen wir den anderen Weg: Kontakte, wo es geht, zu reduzieren. Das ist nicht immer in jedem einzelnen Fall ganz logisch zu machen. Das ist im Grunde ein Ding der Unmöglichkeit. Da bitte ich einfach um Ihr Verständnis. Das bringt uns selbst dauernd Probleme, weil wir Tausende von Anfragen erhalten. Ich sehe dazu aber keine rechte Alternative.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Wir haben noch die Anfrage nach einer Zwischenfrage von Herrn Abg. Stein.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Wir werden also, wie gesagt, jetzt am Donnerstag entscheiden, was wir mit den Grundschulen machen. Das Problem habe ich Ihnen genannt. Wir müssen dabei beachten, dass wir da nicht in eine Betreuungssituation kommen, die epidemiologisch das aufhebt, was wir mit der Schließung bezwecken. Das wird noch mal abzuwägen sein. Das werden wir machen.

Ich würde also mal so sagen: bei fallender Tendenz. Mehr kann ich im Moment nicht sagen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die haben wir jetzt schon!)

– Aber diese ist unter Umständen gar nicht stabil.

(Zurufe)

Herr Fraktionsvorsitzender Stoch, wenn wir heute belastbare Zahlen hätten, hätten wir die Entscheidung nicht auf den Donnerstag verschoben, sondern sie jetzt getroffen. Weil die Zahlen aber aus den bekannten Gründen im Moment nicht wirklich belastbar sind – man weiß nicht, ob der Trend wirklich stimmt –, entscheiden wir erst am Donnerstag. Damit mögen Sie nicht zufrieden sein, aber so wird es jetzt einfach gemacht, und wir hoffen, dass das ein richtiger Weg ist.

Vielen Dank für Ihre Geduld, und einen guten Tag.

(Beifall – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ich impfe Sie gern, Herr Ministerpräsident!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, bitte beenden Sie Ihre Selbstgespräche.

(Vereinzelte Heiterkeit – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das war ja auch nicht an Sie gerichtet! Das war ein Angebot an den Ministerpräsidenten!)

Ich möchte jetzt fragen, wer sich aus der Runde der Fraktionsvorsitzenden noch zu Wort meldet. Gibt es von der AfD noch Wortmeldungen, Herr Abg. Gögel? – Die SPD meldet keinen Redebedarf an.

Dann haben Sie das Wort, Herr Abg. Gögel.

(Zurufe)

Abg. Bernd Gögel AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, in einem Vergleich die Vorgänge in Washington und Berlin mit der AfD-Landtagsfraktion hier in Stuttgart in Verbindung zu bringen verbitte ich mir im Namen meiner Fraktion.

(Beifall – Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Wir haben weder mit den Vorgängen in Washington noch mit denen in Berlin etwas zu tun. Ich sage Ihnen ganz klar: Wenn Sie einen Vergleich anstellen zwischen einem Terroranschlag und einer Ordnungswidrigkeit, dann liegen Sie mit Ihrer Betrachtung auch da völlig daneben. Das ist so.

(Beifall – Abg. Winfried Mack CDU: Was ist eine Ordnungswidrigkeit? Der Angriff auf den Kongress ist eine Ordnungswidrigkeit? – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sie haben doch dem Präsidenten 2017 zur Wahl gratuliert!)

– Wem haben wir gratuliert?

(Bernd Gögel)

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Präsident Trump, 2017, hier die AfD-Fraktion!)

– Welchem Präsidenten haben Sie nicht gratuliert?

(Zurufe – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich würde sagen, wir beenden hier die Dialoge und Sie, Herr Abg. Gögel, fahren mit Ihrer Rede fort.

(Abg. Winfried Mack CDU: War der Angriff auf den Kongress eine Ordnungswidrigkeit?)

Abg. Bernd Gögel AfD: Das war mir ein wesentliches Anliegen. Das möchte ich ungern hier im Landtag noch einmal vornehmen. Wir haben mit beiden Vorgängen nichts zu tun.

(Vereinzelt Beifall)

Zu Ihren Angriffen, was die Aussetzung von Artikeln des Grundgesetzes betrifft: Da priorisieren Sie, und das geht nicht. Das Grundgesetz gilt im Ganzen,

(Beifall – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau so ist es!)

und Sie verletzen die Artikel 8, 11 und 12. Ich habe gar nicht alles durch. Sie dürfen nicht priorisieren, Sie müssen insgesamt abwägen.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Sie haben das Grundgesetz einzuhalten. Nur über Parlamentsentscheide, und zwar über Mehrheitsentscheide, können Sie daran etwas ändern – und nicht über Gremien, die nicht entscheidungsbefugt sind. Das müssen wir festhalten.

(Beifall)

Diese Kritik müssen Sie sich anhören, und das gilt nach wie vor.

Das waren die zwei wesentlichen Punkte.

Zu Herrn Rülke vielleicht noch einen Satz: Wenn Sie mich nicht verstehen, ist das nicht so schlimm, denn draußen im Land verstehen mich mehr Prozent der Bevölkerung als Sie. Das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

Vielen Dank. Ich will das nicht in die Länge ziehen.

(Beifall – Zurufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gibt es weitere Wortmeldungen aus der Reihe der Fraktionsvorsitzenden? – Das ist nicht der Fall. Dann liegen mir jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor.

Bevor wir jetzt zur Abstimmung über die vorliegenden Entschließungsanträge kommen, hat Herr Abg. Dr. Fiechtner den Wunsch nach einer persönlichen Erklärung geäußert.

(Zurufe, u. a.: Meine Güte! – Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Ich gehe mal einen Kaffee trinken!)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsident, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Parlamentarismus

ist schwer, besonders wenn man jemanden vor sich hat, der einem so die Finger in die Wunden legt.

(Zuruf des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

Ich verwahre mich gegen den Anwurf des Ministerpräsidenten, der hier sowieso mit Fake News in Hülle und Fülle daherkommt und die Menschen belügt, betrügt mit Falschausagen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist keine persönliche Erklärung! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie können dem Herrn Ministerpräsidenten nicht vorwerfen, er würde lügen.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Er hat hier, als ich ihm etwas angeboten habe, nämlich – – Das biete ich übrigens allen hier an. Alle Politiker sollten mit gutem Beispiel die Ersten sein, die sich impfen lassen. Und ich bin Arzt. Ich biete Ihnen an: Kommen Sie in meine Praxis. Ich impfe Sie alle, den Ministerpräsidenten zuallererst.

(Zurufe, u. a.: Von Ihnen würde ich nicht mal eine Halstablette nehmen! – Lebhaftige Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, Entschuldigung, aber das ist keine persönliche Erklärung.

(Anhaltende lebhaftige Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Ich darf um Ruhe bitten. – Ich höre hier keine persönliche Erklärung.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsident, ich bin gerade dabei.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Dann konzentrieren Sie sich auf das, was angesagt ist.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Unruhe)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Die Art und Weise, wie ich erkläre, unterliegt keiner Zensur – um das mal festzuhalten.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Aber zeitlich sind Sie beschränkt.

(Heiterkeit – Zuruf: Und auch sonst! – Unruhe)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Das ist richtig; da haben Sie recht. Drei Minuten habe ich, und die nutze ich auch aus.

(Zurufe, u. a. des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Anhaltende Unruhe)

– Jetzt halten Sie mal den Mund, Herr Sckerl. Sie sind nicht – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Also, Herr Abg. Dr. Fiechtner, ich glaube, jetzt halten Sie mal den Mund. Sie haben sich gemeldet – –

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

(Beifall – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Sie haben sich gemeldet zu einer persönlichen Erklärung.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Da bin ich gerade dabei.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Das passt nicht zusammen mit Vorschlägen für Impftermine und Anwürfen an den Herrn Ministerpräsidenten.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ich bin gerade dabei.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich wünsche jetzt eine persönliche Erklärung zu hören oder gar nichts mehr.

(Beifall – Zuruf: Sehr gut!)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Es ist geradezu grotesk, wenn ein Ministerpräsident einem Arzt, der ihm während einer Plenardebatte, als es um das Thema Impfen ging, anempfiehlt oder anbietet, diese Impfung bei ihm als Allererstem und möglichst zügig höchstpersönlich durchzuführen –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Haben Sie denn überhaupt einen Impfstoff?)

– Herr Dr. Rülke, diesen Impfstoff würde ich extra besorgen.

(Lebhafte Unruhe)

Ich persönlich würde ihn extra besorgen, und dann wüssten wir auch, dass es eine neutrale Impfung ist. Wenn er mir dafür Pöbeleien vorwirft, ist das ja mithin genau das Gegenteil.

(Anhaltende lebhafte Unruhe)

Anpöbeln lasse ich mich nicht. Wenn ich eine aus der Sicht des Ministerpräsidenten gesundheitsförderliche Maßnahme vorschlage, dann ist das doch keine Pöbeleien. Ich erwarte vom Ministerpräsidenten, dass er sich dafür bei mir in aller Form entschuldigt.

(Vereinzelt Lachen – Vereinzelt Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen jetzt zu den Entschließungsanträgen.

(Unruhe)

Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit für die Abstimmung der Entschließungsanträge.

(Zurufe)

Wir beginnen mit dem Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/9650. Ich schlage Ihnen vor

(Zuruf der Abg. Nese Erikli GRÜNE)

– Frau Erikli, ich schlage dies auch Ihnen vor –, dass wir über den Antrag mit den Abschnitten I und II insgesamt abstimmen. – Damit sind Sie einverstanden. Wer dem SPD-Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Ge-

genstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich stelle jetzt den Antrag der Regierungsfractionen, Drucksache 16/9651, zur Abstimmung. Auch hierzu schlage Ihnen vor, über die beiden Abschnitte insgesamt abzustimmen. – Damit sind Sie einverstanden. Wer stimmt dem Antrag der Grünen und der CDU zu? – Danke sehr. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Entschließungsantrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen jetzt zum Antrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/9652. Auch hier gibt es zwei Abschnitte, über die ich gemeinsam abstimmen lasse. – Danke sehr. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag der FDP/DVP mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben Tagesordnungspunkt 1 – –

(Zuruf: Frau Präsidentin, da gibt es noch eine Erklärung zur Abstimmung! – Gegenruf: Was gibt es?)

– Herr Abg. Stein hat auch noch eine Erklärung?

(Zuruf: Ja! Zur Abstimmung!)

– Okay. Zur Abstimmung.

(Zu- und Gegenrufe)

Abg. Udo Stein AfD: Danke schön, Frau Präsidentin. – Ich möchte mein Abstimmungsverhalten erklären, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann, Sie sprachen an, dass die Menschen in unserem Land sich nicht bemühen sollen, um die Regeln, die Sie hier aufstellen, herumzukommen. Jetzt schauen Sie einmal nach vorn.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ist das Ihre persönliche Erklärung?

Abg. Udo Stein AfD: Ja, das ist meine persönliche Erklärung dafür, warum ich dem nicht zustimme. Nicht einmal Sie und wir hier drin halten uns selbst an die vorgegebenen Regeln. Wo, glauben Sie denn, können die Menschen noch Glaubwürdigkeit hernehmen, wenn nicht mal wir hier drin die Abstandsregeln einhalten, die Sie vorgeben?

(Zu- und Gegenrufe)

Sie setzen noch mal einen drauf, kommen mit noch viel willkürlicheren Regeln daher, greifen in das Familienleben ein, greifen in die Aufsicht ein, wer Familien und Kinder beaufsichtigen darf. Dem kann und werde ich niemals zustimmen, weil es hier pure Willkür ist und Sie sich nicht mal selbst an Ihre eigenen Regeln halten.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

– Ich sage meine Meinung.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, ich rufe Punkt 2 – –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Halt! Persönliche Erklärung! – Weitere Zu- und Gegenrufe – Unruhe)

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

– Sie hatten eine persönliche Erklärung.

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ich habe eine Erklärung zum Abstimmungsverhalten!)

– Bitte schön, Herr Abg. Dr. Fiechtner.

(Zurufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist Missbrauch der Geschäftsordnung, Frau Präsidentin!)

Dann erklären Sie bitte zur Einleitung, wie Sie abgestimmt haben, und sagen Sie dann, warum.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Selbstverständlich! – Zurufe – Unruhe)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsident, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z! Ich möchte hier mein Abstimmungsverhalten erklären.

(Zurufe)

Ich habe bei allen drei Abstimmungen mit Nein gestimmt.

Zur Begründung: Was hier, egal, von welcher der anwesenden Blockparteien, vorgeschlagen worden ist – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Unterlassen Sie diese Bezeichnung für demokratische Parteien.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Unterlassen Sie die Zensur, Frau Präsident!

(Zuruf)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Das ist eine Rüge. Unterlassen Sie solche Bezeichnungen.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sie haben kein Recht, meine Wortwahl zu zensieren.

(Zuruf)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich zensiere nicht, ich rüge Sie.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Es wird Gegenstand der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs werden – hoffentlich.

(Zurufe)

Das Urteil wird Sie dann hoffentlich auch in die Schranken weisen.

(Vereinzelt Beifall)

Es kann schlechterdings nicht sein, dass sich das Parlament hier selbst kastriert, wie es geschieht, dass das Parlament mehrheitlich die Unterdrückung, die Freiheitsberaubung, den Untergang, den Niedergang

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist keine Erklärung zur Abstimmung, Frau Präsidentin!)

menschlichen Miteinanders, menschlicher Kultur, wirtschaftlichen Zusammenlebens und mithin den Ruin eines gesamten

Bundeslands beschließt. Was hier geschieht, ist völlig irrational. Es hat böartige Züge, es ist menschenfeindlich, wie man mit Familien umgeht,

(Widerspruch – Zurufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist keine Erklärung zum Abstimmungsverhalten, Frau Präsidentin!)

wie man mit Kindern umgeht,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wir müssen das im Präsidium klären! Das geht so nicht!)

wie man mit Fantasiezahlen, erdachten Infektionen, die in Wahrheit nur positive Testergebnisse sind, die selbst wiederum höchst fragwürdig sind und beliebig reproduzierbar sind,

(Zuruf)

wie man mit willkürlichen Aktivitäten Menschen in ihrem Bewegungsraum eingrenzt. Bislang – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich glaube, der Inhalt Ihrer Erklärung zur Abstimmung ist angekommen.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsident!

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Bitte beenden Sie sie.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsident! Ich habe drei Minuten.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nein.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sie halten sich – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Sie geben eine Erklärung zur Abstimmung ab, Sie füllen keine drei Minuten.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sie halten sich bitte auch an die Geschäftsordnung.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ja, und Sie auch. Die Erklärung ist angekommen.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ich halte mich – – Es ist schlechterdings nicht hinnehmbar,

(Zurufe)

dass man dadurch der Staatsmacht auch noch Möglichkeiten einräumt, Familien mit Polizeiaufgebot aufzuwarten, friedliche Zusammenkünfte mit Polizeikohorten, Zusammenrottungen, mit Waffengewalt aufzulösen,

(Zurufe)

den Menschen sinnloseste Aktivitäten, sinnloseste Maßnahmen aufzunötigen und sie dadurch letztlich zu spalten, in Feindschaft zueinander zu bringen und ein ganzes – –

(Zurufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt ist es gut! Frau Abg. Dr. Baum möchte Sie da vorn gern ablösen. Herr Abg. Dr. Fiechtner, hören Sie jetzt auf!

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ich höre nicht auf!

(Zurufe, u. a.: Sag mal!)

Deswegen kann man – –

(Zurufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Es reicht jetzt!)

Deswegen kann man – –

(Zurufe)

Deswegen kann man diesen Dingen nicht zustimmen.

(Zurufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ja, gut. Danke schön.

(Zurufe, u. a.: Abtreten!)

Frau Abg. Dr. Baum als Nächste.

(Zurufe – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie müssen sich etwas mehr zurückhalten, Frau Präsident!)

– Das würde ich Ihnen aber auch empfehlen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Nein! Sie haben mir keine Anweisung zu geben!)

– Ja, aber natürlich.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Nein! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist ein Missbrauch der Geschäftsordnung, der hier stattfindet, und zwar organisiert! – Weitere Zurufe)

Falls es noch weitere persönliche Erklärungen gibt, schlage ich vor, dass diese vom Saalmikrofon aus abgegeben werden. Dann geht es schneller.

(Zurufe)

Bitte schön.

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Danke schön. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zum wiederholten Mal möchte ich Sie darauf hinweisen, dass das, was mit diesen Maßnahmen geschieht, dass die Maßnahmen wesentlich schädlicher sind als das, was die Krankheit selbst verursacht.

(Zurufe – Unruhe)

Als Arzt habe ich aber geschworen, dass eine Therapie

(Anhaltende Unruhe)

niemals schädlicher sein darf als die Erkrankung selbst.

(Unruhe)

Es gibt Nachfragen, welche Auswirkungen die Coronamaßnahmen auf die Gesellschaft, auf die Menschen, auf die Gesundheit der Menschen haben.

(Zurufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Würden Sie bitte Ihre persönliche Erklärung abgeben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist keine persönliche Erklärung, keine Erklärung zum Abstimmungsverhalten! Das ist Geschäftsordnungsmissbrauch!)

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Es gibt keine – –

(Zurufe – Unruhe)

Es ist die persönliche Erklärung dazu, weshalb ich bei der Abstimmung mit Nein gestimmt habe.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ja, es geht aber nicht um eine Verlängerung der Redezeit, es geht um eine kurze,

(Zurufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist ein Missbrauch der Geschäftsordnung! – Unruhe)

ganz persönliche Erklärung.

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Und die persönliche Erklärung beruht darauf, dass ich Medizinerin bin und – das habe ich gerade erklärt –

(Zurufe – Unruhe)

dass ich als Medizinerin niemals Maßnahmen befürworten werde, die schwerwiegendere Folgen haben als die Erkrankung selbst.

(Unruhe)

Dazu gibt es genug Angaben aus der Bevölkerung. Sie alle haben selbst solche E-Mails erhalten.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Entschuldigung, Frau Abg. Dr. Baum, ich kann den persönlichen Aspekt nicht erkennen. Beenden Sie jetzt bitte Ihre Erklärung.

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ich wiederhole es noch mal.

(Zurufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nein, Sie wiederholen jetzt nicht mehr. Es entspricht nicht der Geschäftsordnung.

(Zurufe)

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ich wiederhole es noch mal, dass die Maßnahmen gravierend schädlicher sind als die Erkrankung selbst und deshalb eigentlich überhaupt kein Arzt, kein Mediziner solchen Maßnahmen zustimmen darf.

Danke schön.

(Vereinzelt Beifall – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Wir beenden Tagesordnungspunkt 1.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – Gesetz zur Durchführung von Hausunterricht mit Jahresabschlussprüfungen und Schulabschlussprüfungen (Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg, des Gesetzes über das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung) – Drucksache 16/9543

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Die Fraktionen haben folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung drei Minuten und für die Aussprache drei Minuten je Fraktion.

Zur Begründung hat Herr Abg. Dr. Balzer das Wort.

(Zurufe)

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, werte Kollegen Abgeordnete! Es gibt derzeit Eltern, die aufgrund der Coronakrise nicht oder nur eingeschränkt arbeiten gehen und die mehr Verantwortung in der Familie übernehmen möchten und können, und das möchten wir mit diesem Gesetzentwurf ermöglichen. Es gibt Eltern, die generell relativ viel Zeit haben, die eine pädagogische Ausbildung haben, ein entsprechendes Studium oder dergleichen nachweisen können, und sich zu Recht fragen: „Warum kann ich die Kinder nicht selbst unterrichten, wenn die Schule geschlossen ist?“ Daher bietet sich an, darüber nachzudenken, ob man nicht aus der Not eine Tugend machen sollte.

Es ist völlig klar: Bei keinem der Anwesenden, bei keinem der Beteiligten sollte jetzt der Eindruck entstehen, wir wären der Auffassung, die Eltern könnten a priori besser unterrichten als die Lehrkräfte. Das ist sicherlich nicht zutreffend. Aber wir erhoffen uns von dieser zusätzlichen Möglichkeit einen wichtigen Impuls hin zur Übernahme von mehr Eigenverantwortung für die Bildung der Kinder.

Dabei möchten wir zwischen der jetzigen Coronasituation und einer grundsätzlichen Ermöglichung des Unterrichtens zu Hause unabhängig von der Coronalage unterscheiden. Sie sehen daran, dass unser Gesetzentwurf zwar eine Antwort auf die jetzige Coronakrise ist, aber doch einen gedanklichen Impuls weit darüber hinaus setzen möchte.

Wir wollen wieder das Prinzip der Leistung im Gegensatz zu der an vielen Schulen – nicht an allen, aber an vielen Schulen – herrschenden Kultur des kleinsten gemeinsamen Nenners vertiefen.

(Beifall)

Aus diesem Grund möchten wir die Möglichkeit von Leistungsnachweisen, gerade wenn zu Hause im sogenannten Homeschooling unterrichtet wird, durch Jahresabschlussprüfungen schaffen.

Die Schule hat sich in den vergangenen Jahren an vielen Standorten zu einer Institution entwickelt, in der es durch das Absitzen der Zeit und durch eine halbwegs – die Betonung liegt auf dem Wort „halbwegs“ – aktive Mitarbeit hinreichend war, zu einem Abschluss zu kommen. Natürlich gilt das nicht für alle Fächer und sicherlich auch nicht für die Abschlussklassen, schon gar nicht im Gymnasium. Aber es gilt für zu viele Schularten und für zu viele Fälle. Wir wollen diese Kultur des Absitzens durch eine Kultur der Leistungsnachweise und der Leistung ersetzen.

Wir erwarten daher von diesem Entwurf eine gewisse Strahlkraft, die sich über die Schullandschaft hinweg verbreitet, die auch länger hält, als die Coronakrise andauern wird. Deswe-

gen sollte es für diejenigen Schüler interessant sein, die diese Möglichkeit konkret in Anspruch nehmen wollen.

In den unteren Klassen wird man es sicherlich so gestalten können, dass die Eltern konkret den Unterricht durchführen und später – das ist für mich ein ganz wichtiger Gedanke –, wenn die Schüler älter sind, die Eigenverantwortung in den Vordergrund gerückt wird.

Sie haben vorhin sicherlich der Rede unseres Fraktionsvorsitzenden aufmerksam zugehört. Er hat von „Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung“ gesprochen. Genau das ist eigentlich der Kerngedanke unserer politischen Arbeit, und das gilt es jetzt eben hier umzusetzen.

Es werden sicherlich nicht allzu viele Schüler sein – da sind wir uns sicherlich einig; die erfahrenen Pädagogen hier im Raum wissen, was ich meine –, die für diese Stärkung der Eigenverantwortlichkeit geeignet sind. Noch nicht; denn so etwas muss ja allmählich wachsen. Aber es wird sicherlich auf die Schullandschaft ausstrahlen.

Diese Jahresabschlussprüfungen werden natürlich, je nach Alter der Schüler, unterschiedlich ausfallen können.

Werfen wir einmal einen Blick über die Grenze, und schauen wir einmal nach Österreich. Dort gibt es die dort „Externistenprüfungen“ genannten Prüfungen an allen Schulen, sogar auch an manchen Hochschulen. Wenn ein Schüler am Ende des Jahres diese Prüfung nicht ablegen kann, nicht ablegt oder ungenügende Leistungen zeigt, dann wird die Schulbehörde die Befreiung von der Schulbesuchspflicht natürlich zurücknehmen. Ausnahmen mögen Krankheiten und andere besondere Umstände sein. Es ist auch völlig klar: Der Unterricht zu Hause durch die Lehrer kann natürlich nicht flächendeckenden normalen Schulpräsenzunterricht durch ausgebildete Lehrkräfte ersetzen. Das wird auch nicht die Lösung für die Coronakrise sein. Aber wir denken, das ist ein richtiges Ziel, das ist ein richtiger Weg in eine gute Richtung.

Deswegen würde ich, wenn Sie in der Diskussion, vielleicht auch im Ausschuss, darauf kommen, nur um eines bitten: Kommen Sie bitte nicht gleich mit dem seltsamen Argument „handwerklich schlecht gemacht“, sondern denken Sie einfach einmal über den Impuls nach.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Abg. Bogner-Unden, bitte.

Abg. Andrea Bogner-Unden GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Corona hat nochmals deutlich gemacht, wie wichtig Schule für Kinder und Jugendliche ist, nicht nur als Lernort, sondern auch als Sozialraum. Hier werden Freundschaften gepflegt, wird der Teamgeist gefördert und wird auch der Umgang miteinander in einer vielfältigen Gesellschaft erlernt. Darüber hinaus erhalten Schülerinnen und Schüler hier oftmals Zugang zu Angeboten im sportlichen, musischen, technischen und kulturellen Bereich, was von zu Hause aus nicht möglich ist.

(Andrea Bogner-Unden)

Wir Grünen stehen für Bildungsgerechtigkeit. Das bedeutet, dass alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von den intellektuellen Fähigkeiten oder den finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses die gleichen Chancen haben.

Schule erfüllt mehr als nur den Bildungsauftrag. Sie unterstützt ganzheitlich die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu resilienten und empathischen Persönlichkeiten sowie mündigen Bürgerinnen und Bürgern in einer vielfältigen Gesellschaft.

Beim Hausunterricht, wie die AfD es will, werden die Kinder nur mit der Meinung und den Einstellungen der Eltern oder der Hauslehrerinnen und Hauslehrer konfrontiert. Sie müssen sich nicht in einen Klassenverband einfügen und lernen nicht, Kompromisse einzugehen und Konflikte zu lösen. Eine solche Art der Erziehung nenne ich elitär und AfD-spezifisch.

Hoch engagierte Eltern können sich heute in Coronazeiten gern bei der Unterrichtung der Kinder zu Hause engagieren, und nach den pädagogischen Vorstellungen von uns Grünen können sie sich auch in multiprofessionellen Teams einbringen, sodass diese pädagogischen Ressourcen genutzt werden könnten. Hausunterricht kann immer nur eine Ausnahme oder Ergänzung sein, und dies ist bereits heute möglich.

Der vorliegende Gesetzentwurf geht aber nicht nur am pädagogischen Ziel vorbei, sondern ist auch rechtlich und fachlich bedenklich: rechtlich bedenklich, weil sich die Frage stellt, wer die Aufsicht über den Hausunterricht übernimmt, und fachlich, weil nicht klar ist, ob die Eltern die notwendigen pädagogischen und fachlichen Fähigkeiten mitbringen. Wer überprüft denn diese Fähigkeiten? Nicht umsonst studieren unsere Lehrkräfte, durchlaufen das Referendariat und müssen sich in Prüfungen beweisen. Hausunterricht spaltet die Gesellschaft schon im Kindes- und Jugendalter. Daher lehnen wir diesen Gesetzentwurf ab.

Danke.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Als Nächster spricht Herr Kollege Dr. Becker.

Abg. Dr. Alexander Becker CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf nimmt ein sehr aktuelles Thema auf, nämlich das Thema Homeschooling, allerdings mit der Zielrichtung eines regelmäßigen Hausunterrichts.

Mit Verlaub, so aktuell das Thema sein mag, so aus der Zeit gefallen ist die Forderung, Eltern dauerhaft zu Lehrern zu machen. In Wahrheit haben wir genau das umgekehrte Problem.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Aus dem ersten Lockdown wissen wir, dass es eine geradezu unlösbare Aufgabe ist, die Schule durch die Familie zu ersetzen. Ich spreche da durchaus aus eigener Erfahrung. Man gerät geradezu zwangsläufig in einen Rollenkonflikt, wenn man als Elternteil seinen Kindern die Lehrer und übrigens auch die Schulfreunde ersetzen soll. Da bleibt etwas auf der Strecke. Nicht jeder kann solche Defizite wie Johannes Pfeiffer – „Pfeiffer mit drei f“ – später ausgleichen. Das gibt es nur im Film.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Für meine Fraktion ist klar: Die Eltern sind die Ersten und die Besten, um sich um die Erziehung ihrer Kinder zu kümmern, und zwar mit Liebe, mit Herzenswärme und mit Menschenverstand.

(Beifall)

Die Vermittlung von Bildung ist etwas anderes. Da gilt nicht ohne Weiteres, dass gute Eltern noch bessere Lehrer sind. Die Debatte zur Grundschulempfehlung speist sich aus dieser Spannung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist in Ordnung, wenn Oppositionsanträge mit heißer Nadel gestrickt sind. Das passiert heute nicht zum ersten Mal.

(Zurufe)

Dass aber die Argumente für die Ablehnung – Defizite in der Ausbildung und bei der Sozialisierung – gleich mitgeliefert werden, das ist schon bemerkenswert.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Diesen wird begegnet mit der reichlich unbestimmten Formulierung – ich zitiere, Herr Sänze –:

Die zuständige Schulbehörde überprüft jährlich, ob die Befreiung von der Schulbesuchspflicht noch den Bedürfnissen des Schülers entspricht ...

Das klingt für mich nach einem Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Schulverwaltung, für Anwälte und für Verwaltungsgerichte.

Wenn man den Gesetzentwurf bis zum Ende liest, zeigt sich, dass die Initiatoren es so ernst gar nicht gemeint haben können. Und tatsächlich: Gerade mit der Aufsicht auf privat erteilten Unterricht ohne staatlichen Durchgriff, z. B. auch im Umfeld nicht christlicher Religionsgemeinschaften, kann ich mir Ihre überschäumende Freude vorstellen, sollten wir tatsächlich auf die Idee kommen, Ihrem Gesetzentwurf zuzustimmen. Das tun wir natürlich nicht. Wir lehnen ihn ab.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall – Zu- und Gegenrufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fulst-Blei, Sie haben das Wort für die SPD-Fraktion.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Herzlichen Dank. – Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich bin kein Befürworter des Hausunterrichts. Aber es liegt mir fern, Menschen, die pro argumentieren, pauschal abzuwerten.

Es geht bei diesem Punkt nicht nur um eine schulorganisatorische Frage, sondern es geht auch um eine Grundfrage unserer demokratischen Ordnung. Und für AfD-Gesetzentwürfe gilt sowieso: Sie versuchen, scheinbar harmlos daherzukommen, sie sind es aber nicht und arbeiten gezielt gegen eine weltoffene Gesellschaft.

(Beifall – Zurufe)

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Ich werde Ihnen das belegen. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wollen die Rechtsradikalen in einer Zeit, in welcher übrigens Eltern den Wert von Schule gerade sehr bewusst spüren, nun also dem Hausunterricht breit die Türen öffnen.

(Zurufe, u. a.: He, he, he! – Entschuldigung, das kann auch nicht sein!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fulst-Blei, ich habe vorhin den Begriff „Blockparteien“ gerügt. Bitte drücken auch Sie sich anders aus.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Frau Präsidentin, ich zitiere Ihren Parteikollegen, den ehemaligen Ministerpräsidenten Erwin Teufel. In der politologischen Definition ist der Begriff Rechtsradikalität auf die AfD zweifelsohne anzuwenden.

(Zurufe)

Ich komme zu meiner Rede zurück. – Dabei geht es nicht nur um Ausnahmen, sondern der Entwurf zu Artikel 1 Absatz 2 sieht eine weitgehende Befreiungsmöglichkeit vom Unterricht vor, sofern – das ist der Zusatz; ich zitiere –

... Erziehungsberechtigte oder andere Personen aus dem ... Umfeld geeignet sind, den Unterricht zu erteilen.

Dieser Zusatz ist im Gesetz und in der Begründung so wachstümlich formuliert, dass er keinerlei Einschränkung darstellt.

Umgekehrt verlangt aber Artikel 1 Absatz 4 des Gesetzentwurfs das Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte, wenn die Eltern etwa gegen die Verfassungen verstoßen oder ein ungenügendes Heranwachsen der Kinder und Jugendlichen in die soziale Gesellschaft droht. Die Beweislast wird damit übrigens auf den Staat abgewälzt.

Weiter ist der Gesetzentwurf auch begrifflich unsauber formuliert. Der aktuelle Unterricht zu Hause ist kein Hausunterricht. Schülerinnen und Schüler erhalten aktuell unter didaktischer Vorbereitung und Betreuung durch staatlich geprüfte Lehrkräfte Fernunterricht. Hier gilt weiterhin auch die Schulpflicht. Das ist etwas völlig anderes als Hausunterricht durch „geeignete Personen“, wie es pauschal im AfD-Gesetzentwurf heißt.

Hausunterricht wurde übrigens auch nicht ohne Grund mit Ende des Kaiserreichs in diesem Land abgeschafft. Die Bedeutung der Schule für Demokratie betonte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier anlässlich des hundertjährigen Bestehens der Grundschule in der Frankfurter Paulskirche mit den Worten:

... kommen ... Kinder unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion ... zusammen, um miteinander und voneinander zu lernen.

Hausunterricht fördert diese wichtige Begegnung erst mal nicht. Es werfen sich damit Fragen nach gesellschaftlicher Spaltung auf. Aber auch die Gefahr der geistigen Indoktrination wird kritisch diskutiert, wie es z. B. M. K. von der Katholischen Elternschaft Deutschlands formulierte:

Nicht umsonst schwärmen zum Beispiel Reichsbürger für diese Art von Schule.

(Zurufe)

Nein, der Hausunterricht wirft mehr kritische Fragen auf, als er an pädagogischem Spielraum eröffnet.

(Zuruf)

Qualität kann nicht gewährleistet werden, soziales Lernen wird eingeschränkt, Kinder unterschiedlicher Herkunft lernen sich nicht mehr kennen, Entfremdungstendenzen mit allen demokratischen Konsequenzen können verstärkt werden. Unser Land braucht aber nicht mehr Eigensinn, sondern ein Mehr an Solidarität und eine weitere Stärkung der Demokratie.

Daher: Nein zum AfD-Gesetzentwurf, der nicht zuletzt auch im klaren Widerspruch zum Geiste des Artikels 7 des Grundgesetzes steht.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Als Nächster hat nun Herr Abg. Dr. Kern für die FDP/DVP das Wort.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei all den schwierigen Belastungen durch die Coronapandemie werden aber auch Erfahrungen gewonnen, die nach der Überzeugung der FDP/DVP-Landtagsfraktion für die Weiterentwicklung unseres Bildungswesens durchaus nutzbar gemacht werden müssen. Dies gilt sowohl für die Krisenfestigkeit als auch für die Qualität des Bildungsangebots.

Die Schließung der Schulen bedeutete und bedeutet für Lehrer, Eltern und Schüler, beim Unterrichten und Lernen zu Hause in einer bisher unbekanntem Weise auf sich gestellt zu sein. Gleichzeitig wurde noch einmal transparent, welche fundamentale Rolle die soziale Interaktion beim Lernen spielt. Das ungeplante Experiment hat gezeigt: Weder die Mitschüler noch die Lehrer sind ersetzbar. Das zeigte sich insbesondere dort, wo Eltern und Familien nicht in der Lage waren, einzuspringen und beim Lernprozess zu unterstützen.

Daraus ergibt sich aus der Sicht der FDP/DVP-Fraktion eine doppelte Aufgabenstellung. Einerseits gilt es, die Chance der Digitalisierung für die bestmögliche Entfaltung jedes Schülers zu nutzen, indem Lernprozesse stärker auf die individuellen Bedürfnisse abgestimmt werden, andererseits gilt es, ein förderliches soziales Umfeld für jede Schülerin und jeden Schüler sicherzustellen.

Formen dezentralen Lernens steht die FDP/DVP-Fraktion grundsätzlich offen gegenüber, sofern sie unter staatlicher Schulaufsicht und in Verantwortung der Lehrerinnen und Lehrer stattfinden. Das dezentrale Lernen eröffnet Chancen für die individuelle Bildung und Entwicklung, aber dabei darf die soziale Einbindung nicht verloren gehen.

Die individuelle und die soziale Dimension in der Balance zu halten, das ist die große Aufgabe beim dezentralen Lernen. Der AfD-Fraktion ist hierbei aber aufgrund ihres generellen Auftretens die Ernsthaftigkeit nicht abzunehmen. Wir lehnen daher den Gesetzentwurf ab.

(Beifall)

Die aktuelle Erfahrung mit der Coronapandemie hat auch ganz grundsätzlich die elementare Bedeutung der Erziehungspart-

(Dr. Timm Kern)

nerschaft zwischen Eltern und Lehrern deutlich werden lassen. Für eine gelebte Bildungspartnerschaft zum Wohle aller Kinder und Jugendlichen bedarf es einer Kultur des intensiven Austauschs und der echten Zusammenarbeit. Für beide Seiten bedeutet dies Möglichkeiten und Pflichten zugleich. Neben kurzen Wegen der Kontaktaufnahme bedarf es fester Formen der Kontaktpflege, beispielsweise in Form von verbindlichen Eltern-Lehrer-Gesprächen. Das gilt umso mehr, wenn Eltern im Lernprozess ihrer Kinder mehr Mitverantwortung übernehmen wollen.

Ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich bitte jetzt Frau Ministerin Dr. Eisenmann an das Redepult.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mich eigentlich dem anschließen, was meine Vorredner gesagt haben.

(Zurufe: Danke! – Wer alles?)

– Na, Sie nicht.

(Heiterkeit)

Dass Schule mehr ist als die inhaltliche Vermittlung von Bildung, wird – wenn es überhaupt dieses Beweises bedürfte – dadurch mehr als deutlich, dass wir in Baden-Württemberg schon in der Landesverfassung geregelt haben, dass es eine Bildungspartnerschaft zwischen Eltern/Erziehung und Schule/Bildung – gibt, die sich natürlich miteinander verzahnen, weil man nur gemeinsam zum Wohle des Kindes wirken kann. Auch das ist eine große Errungenschaft.

Ein Angebot, von zu Hause unterrichten zu lassen, den Eltern Verantwortung zuzuschieben, Kinder aus ihrer sozialen Struktur, die ja gerade Schule mit sich bringt, herauszureißen, wäre fahrlässig. Vor diesem Hintergrund bitte ich darum, den Gesetzentwurf der Fraktion der AfD abzulehnen. Er ist weder im Sinne der Kinder und jungen Menschen in unserem Land noch im Sinne guter Bildung zielführend.

Vielen Dank.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Zurufe, u. a.: Doch!)

– Doch. – Herr Abg. Dr. Balzer, bitte.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Über den Rahmen des Gegebenen hinauszudenken ist schwierig, und je erwachsener man ist, desto schwerer fällt einem dies.

(Zuruf: Ja, und manchen besonders!)

Wichtig ist folgender Kernsatz, Frau Eisenmann: Der schlechteste Unterricht ist der, der nicht stattfindet.

(Vereinzelt Beifall)

Jeder Unterricht, der stattfindet, ist besser als der, der ausfällt. Und im Rahmen der Coronakrise ist nach Berichten von Lehrern – da haben wir alle miteinander genügend Gespräche geführt –, nach Berichten von Eltern sehr, sehr viel Unterricht ausgefallen. Das weiß ich auch aus eigener familiärer Erfahrung.

Deswegen: Natürlich freut es mich, wenn die FDP/DVP erkennt, dass dezentrale Ansätze durchaus einen Sinn haben können. Und dass wir schon jetzt eine Spaltung haben, wissen wir doch alle, wenn wir schicken Privatschulen und Klassen im Berufsvorbereitungsjahr an den Gewerbeschulen anschauen. Da brauchen wir hier doch nicht herumzudiskutieren. Das wissen wir doch.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Halten Sie sich bitte an die Redezeit.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Deswegen müssen wir – Ich will mich kurzfassen.

Dass die SPD bei diesem Gesetzentwurf möglicherweise eine Verletzung der Bildungsgerechtigkeit sieht, ist mir schon klar. Aber wenn einige Eltern in der Lage sind, den Kindern mehr Bildung mitzugeben, können wir das doch positiv nehmen. Dann haben ja die Lehrkräfte die Möglichkeit, sich genau dort, wo Defizite bestehen, vermehrt für die verbleibenden Kinder einzusetzen.

(Vereinzelt Beifall)

Das war doch in jeder Klasse – bei Ihnen und bei mir – auch schon so.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Balzer, Sie hatten die längste Redezeit ...

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Ich weiß.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: ... und haben die Redezeit jetzt sehr weit überzogen.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Ich bedanke mich auch ausdrücklich.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich schlage Ihnen jetzt vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/9543 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Wir haben auch Tagesordnungspunkt 2 der heutigen Sondersitzung erledigt.

Die nächste Plenarsitzung findet am Mittwoch, 27. Januar, um 10:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 14:02 Uhr